BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf zur heutigen Sitzung herzlich begrüßen und diese für eröffnet erklären, und ich begrüße auch herzlich die Damen und Herren aus der Bevölkerung bzw. die Vertreter der Presse. Ich darf mitteilen, daß als Protokollprüfer gemeldet sind die Herren Gemeinderäte Josef Brandstötter und Hans-Dieter Götz, den ich allerdings noch nicht erblickt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Der ist leider nicht ....

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hat die FP vielleicht einen anderen Vertreter?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Günter Fürweger nimmt das gerne an.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Günter Fürweger anstelle von Hans-Dieter Götz. Ich darf mitteilen, daß die Beschlußfähigkeit besteht und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Entschuldigt sind heute, infolge Krankheit Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach, Herr StR. Gerhard Bremm, weiters ist Herr Arno Thummerer entschuldigt.

Zu Pkt. 2) meine Damen und Herren - darf ich mitteilen, daß Herr GR Walter Strobl mitgeteilt hat, daß er mit 22.1.97 aus beruflichen Gründen auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet. Aufgrund der Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes unseres Gemeinderates kommen. Bevor ich dazu übergehe, möchte ich mitteilen und würdigen, daß Herr Kollege Strobl am 1.2.90 in den Gemeinderat angelobt wurde. Er war im Kulturausschuß, im Ausschuß für soziale Angelegenheiten, im Verkehrsausschuß und Umweltausschuß tätig. Er hat sich im besonderen um die Angelegenheiten des Wehrgraben-Gebietes verdient gemacht. Und ich möchte ihm herzlich für diese Tätigkeit im Gemeinderat der Stadt Steyr

danken. Aufgrund des eingelangten Mandatsverzichtes des Herrn Gemeinderates Walter Strobl ist daher in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei als neues Mitglied des Gemeinderates Frau Helga Feller-Höller anzugeloben.

Ich darf die Gelöbnisformel vortragen. sie lautet wie folgt:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Ich ersuche nun Frau Helga Feller-Höller, sich von ihrem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe", zu leisten.

HELGA FELLER-HÖLLER:

„Ich gelobe!"

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich darf sie herzlich im Gemeinderat begrüßen und um gute Zusammenarbeit bitten.

Beifallskundgebung verschiedener Art

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen nunmehr zu Pkt. 3) **Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und Änderung in der Zusammensetzung**.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. November 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gemäß § 40 Stadtstatut 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die Gemeinderatsfraktion der SPÖ im Gemeinderat der Stadt

Steyr mit Schriftsatz vom 23. Jänner 97 bekannt, daß Frau Gemeinderätin Helga Feller-Höller anstelle des ausscheidenden Gemeinderates Walter Strobl in nachstehende gemeinderätliche Ausschüsse folgen soll. Als ordentliches Mitglied in den Kulturausschuß, in den Ausschuß für soziale Angelegenheiten, den Verkehrsausschuß und den Umweltausschuß sowie als Ersatzmitglied in den Bauausschuß, den Wohnungsausschuß, Ausschuß für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung, den Ausschuß für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtung. Da Ausschußmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf daher vorgeschlagen werden, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates, das ist heute, die entsprechende Wahl durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir führen daher diese Wahl durch. Und ich darf hier die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates bitten - wenn sie mit den vorgeschlagenen Funktionen in den entsprechenden Ausschüssen der Frau GR Feller-Höller einverstanden sind -, das durch ein Handzeichen bekanntzugeben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Die Frau Kollegin Feller-Höller ist einstimmig in die betreffenden Ausschüsse gewählt. Bitte das auch ins Protokoll zu nehmen.

Wir kommen damit - meine Damen und Herren - zu Pkt. 4) **Behandlung allfälliger Anfragen**.

Mit Schreiben vom 20.1.97 richtete Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil folgende Anfrage an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Verkehrskonzept für den Wirtschaftsraum Steyr, erstellt vom Amt der OÖ. Landesregierung, Stabsstelle für Verkehrsplanung vom April 1996, wird auf Seite 79 festgehalten: Lahrndorfer Bezirksstraße Nr. 1344, Abschnitt Leopold Werndl-Straße km 0,3 - km 1,3. Dieses Projekt sieht grundsätzlich den Rückbau der überbreiten Fahrbahn vom Steyr-Zentrum stadtauswärts in Richtung Garsten vor (Bauloslänge = 1,0 km). Das Detailprojekt ist derzeit in Arbeit. Es sind jedoch noch Besprechungen mit dem Magistrat Steyr und den betroffenen Anrainern zu führen. Dieses Bauvorhaben ist derzeit nicht bei den Baumaßnahmen des Landes vorgemerkt. Dazu ist anzumerken: Mit den Anrainern wurde bereits 89 und 90 in mehreren Gesprächen vom Planungsbüro im Auftrag des Landes weitgehendst Übereinstimmung über die Neugestaltung der Leopold Werndl-Straße erzielt. Insbesondere im gefährlichen Abschnitt im Bereich der Schulzufahrt HAK und HBLA wurden Sofortmaßnahmen verlangt. Im Bereich Krakowitzer-Straße sollte ein Fußgängerübergang ein gefahrloses Überqueren dieser Kreuzung ermöglichen. Eine Verampelung der Schulzufahrtsstraße wurde vom Land 1991 zugesagt. Die Stadt hat den Bürgern in einigen Stadtteil-Gesprächen wiederholt versprochen, eine wenigstens einseitig durchgehende Fußwegverbindung von der Forum-Kreuzung bis Garsten zu errichten. Der ehemalige StR. Zagler hat die Planungsbeamten des Landes 92 bei einer diesbezüglichen Dienstbesprechung beschimpft, so daß sie vorzeitig die Verhandlungen verließen.

Seither gab es nur eine Präsentation dieses Projektes im Bauausschuß. Die Mittel, die die Stadt für Fußgänger etc. zur Verfügung stellen müßte, finden sich auch nicht mehr im Budgetvoranschlag. In diesem Abschnitt kommt es laufend zu schweren Unfällen. Die Schulkinder müssen weiterhin ungesichert die schlecht einzusehende Kreuzung passieren. In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich in der nächsten Gemeinderatssitzung ersuche:

1) Welche Art von Besprechungen Land - Magistrat sind nach 6jähriger Frist noch nötig? Was kann die Stadt für eine Beschleu- nigung dieser Gespräche tun?

2) Welche Art von Besprechungen sind mit den Anrainern nach den intensiven Gesprächen und Ver-

sammlungen 89/90 noch nötig?

3) Sehen sie Handlungsbedarf bei den Umbaumaßnahmen im Be-

reich der Leopold Werndl- Straße?

4) Was haben sie unternommen, um den nötigen Straßenumbau

nicht an Streitigkeiten zwischen

Politikern und Beamten scheitern zu lassen?

5) Warum ist im Budget der Stadt

Steyr kein Geld mehr für dieses

Projekt vorhanden?“

Hiezu kann ich folgendes berichten, Herr Dr. Pfeil.

Zu Frage 1) Welche Art von Besprechungen Land - Magistrat sind nach 6jähriger Frist noch nötig? Was kann die Stadt für eine Beschleunigung dieser Gespräche tun?

Vereinbarungsgemäß wurde der Entwurf des Detailprojektes der Lahrndorfer Bezirksstraße am 17.12.96 seitens der Landesstraßen-Planung dem Magistrat übermittelt. Es sind daher keine weiteren Gespräche zwischen Land - Magistrat zur Projekterstellung nötig. Eine Beschleunigung ist aufgrund der Beantwortung zu Pkt. 1 nicht erforderlich.

2. Welche Art von Besprechungen sind mit den Anrainern nach den intensiven Gesprächen und Versammlungen 89/90 noch nötig?

Als nächster Schritt ist meiner Meinung nach eine Abstimmung des Detailprojekts mit den betroffenen Dienststellen des Bundes erforderlich. Außerdem sind mit 2 priv. Grundeigentümern Verhandlungen über die Zurverfügungstellung von Grundflächen für den Straßenbau noch notwendig.

3. Sehen sie Handlungsbedarf bei den Umbaumaßnahmen im Bereich der Leopold Werndl-Straße?

Meiner Meinung nach ist der Handlungsbedarf grundsätzlich gegeben, weshalb die vorzitierten Besprechungen mit den Bundesdienststellen und den privaten Grundeigentümern durch das Land in die Wege geleitet werden sollen.

4. Was haben sie unternommen, um den nötigen Straßenumbau nicht an Streitigkeiten zwischen Politikern und Beamten scheitern zu lassen?

Durch die nunmehr erfolgte Vorlage des Detailprojektes seitens des Landes kann eigentlich von einem Scheitern der Umbaumaßnahmen nicht die Rede sein. Und die Voraussetzungen für die weitere Abwicklung sind gewährleistet. Im übrigen glaube ich nicht, daß hier der ehemalige StR. Zagler so einseitig eine Beschimpfung vorgenommen hat, sondern es handelte sich dabei um ein Streitgespräch vor Ort, wie ich mir berichten habe lassen - ich war ja nicht dabei. Bei einem Lokalaugenschein kommt so etwas ja immer wieder einmal vor und entspricht für das Engagement der Beteiligten.

Gelächter

5. Warum ist im Budget der Stadt Steyr kein Geld mehr für dieses Projekt vorhanden?

Dazu möchte ich mitteilen, wenn das Land hier die Grundeinlösungen im heurigen Jahr noch durchführen sollte und die Stadt zu einer anteiligen Kostentragung verpflichtet wird, so können aufgrund der Geringfügigkeit der Abtretungsflächen selbstverständlich die Mittel aus der Ansatzpost für den Grundankauf aufgebracht werden.

Im übrigen ist die Fragestellung und die Anfrage an und für sich durch den Verkehrsreferenten an den Bürgermeister zumindest einigermaßen merkwürdig. Normalerweise müßte oder wäre es für mich jedenfalls normaler, wenn eine Anfrage aus dem Gemeinderat oder vielleicht auch von mir an den Verkehrsreferenten stattfinden würde, weil hier haben wir ja eindeutig die Zuordnungen in der Zuständigkeit. Aber wie gesagt, das Problem ist mir seit langem bewußt. Und ich erinnere mich an ein Gespräch, wo auch sie mit Vertretern der Landesbaudirektion dabei waren, wo wir auch noch das Thema miteingebracht haben, nämlich Verbauung des Reithoffer-Gebietes und Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der Werndl-Straße und auch unsere Überlegung, im Bereich des Casino Vorplatzes Bauernkammer eine zentrumsnahe Garage zu errichten. Auch diese Überlegungen, haben wir damals gemeint, sollten in die Planung zumindest eingehen oder berücksichtigt werden.

5. Die Debatte ist - Zusatzfrage?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf das von hier aus machen. Eine Erklärung. Die Anfrage kam deshalb an den Herrn Bürgermeister, weil es sich um ein Landesprojekt handelt. Es ist die Lahrndorfer Bezirksstraße, und deshalb sind übergeordnete Stellen für diese Straße verantwortlich. Es war gestern eine Sitzung im Unterausschuß des Landes und da wurde das Verkehrskonzept für den Wirtschaftsraum der Region Steyr präsentiert bzw. besprochen. Und dieses Verkehrskonzept hat die Gültigkeit von 15 Jahren, 15 Jahre soll es Gültigkeit haben. Und auch Aussagen von Herrn Dr. Högler, der hier für dieses Verkehrskonzept verantwortlich ist, hat

man auf Anfrage bei den Experten - und da gelten die Landtagsabgeordneten am Runden Tisch als Experten - gemeint, dieses Konzept paßt. Daraufhin hat sich in der Diskussion herausgestellt, daß auf die Leopold Werndl-Straße vergessen worden ist. Schlicht und einfach „vergessen“. Es ist auch der Verkehrsreferent der Stadt Steyr zu diesem sogenannten „Runden Tisch“ zur Auskunfts- oder Expertendiskussion nicht eingeladen worden. Deshalb habe ich mir erlaubt, diese Anfrage an sie zu stellen. Und ich möchte dies aber noch einmal präzisieren - Herr Bürgermeister -, was gedenken sie zu unternehmen, um hier wieder in diese Prioritätenliste des Landes hineinzukommen? Für mich ist ein Zeithorizont von 15 Jahren für diese Engstelle dort nicht tolerabel. Was können wir, was können sie tun, daß wir gemeinsam Druck auf das Land ausüben, daß wir wieder in dieses Konzept des Landes OÖ. hineinkommen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, also für mich ist es auch überraschend, daß dieser Kilometer hier nicht drinnen ist. Wahrscheinlich deswegen nicht, weil die Großbauvorhaben, die Region betreffend, wahrscheinlich Priorität haben. Für uns - und da waren sie beim letzten Gespräch dabei, das haben wir in diesem Raum hier durchgeführt - war klar, daß die Werndl-Straße ausgebaut werden soll. Wir haben lediglich eingebracht, daß also diese Bauvorhaben Reithoffergründe und Citygarage noch mit in die Überlegungen einfließen sollen. Wir wollen dies in keiner Weise aufhalten. Und es ist auch richtig, und es ist auch keine Frage, daß hier der Fußgängerverkehr durchgehend aus Sicherheitsgründen auf einem Gehsteig verlaufen soll. Es gibt hier allerdings im Hinblick auf einmal in der Vergangenheit schon stärker forcierte Rückbau-Überlegungen massive Gegenwehr aus der Nachbargemeinde Garsten, wie sie wissen. Man muß also hier, bei gemeindeübergreifenden Straßenbauvorhaben, natürlich auch einen gewissen Konsultationsmechanismus akzeptieren, und auch hier diese Fragen mit Nachbargemeinden abstimmen. Es ist aber in erster Linie eine Sache des Landes. Wir werden ja in der Regel auch gefragt, wenn in der Nachbargemeinde Bauvorhaben sind, ob das unsere Planungsüberlegung tangiert und können Stellung nehmen, umgekehrt macht das Land natürlich dasselbe mit unseren Nachbargemeinden, wenn wir in der Planungsphase an Gemeindegrenzen oder gemeindebereichsübergreifende Bau- oder Straßenbauvorhaben herangehen. Also für mich ist die Angelegenheit Werndl-Straße auf der Schiene. Und ich werde gerne bereit sein nachzufragen und hier auch Druck machen, daß die Situation erledigt wird. Das ist auch nicht nur im Interesse der Anrainer, sondern auch im Interesse unserer Planungsüberlegungen, wie Citygarage und Verbauung Reithoffer-Gelände, Reithofferhaus und Landesausstellung und alle diese Dinge, die diesen Bereich passieren.

Zu Pkt. 5) **Mitteilungen des Bürgermeisters** darf ich berichten, daß sich die Arbeitslosenquote Ende Dezember mit 8 % ergeben hat und im Vergleich zum Vormonat um 8-Zehntel-Prozent-Punkte höher liegt, allerdings gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 2-Zehntel-Prozent-Punkte sich verringert hat. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 3.337 Personen und hat sich gegenüber dem Vormonat um 332 Personen erhöht, gegenüber dem Vorjahr aber um 66 Personen verringert. Also eine leicht fallende Tendenz ist feststellbar. Aber natürlich eine sehr hohe Arbeitslosenquote, die es angemessen erscheinen läßt, alles zu tun, um hier im Beschäftigungsbereich mitzuwirken, daß wieder mehr Beschäftigung in unserer Stadt stattfinden kann.

Ich möchte zum Steyrer Jugendgemeinderat berichten, daß das Vorbereitungstreffen am 27. Jänner stattfindet, und entsprechende Einladungen an die Mitglieder des Gemeinderates habe ich bereits ausgesandt. Es soll hier zum dritten Mal für die Jugendlichen Gelegenheit geboten werden, aktiv an der kommunalpolitischen Arbeit mitzuwirken. Es sind alle Jugendlichen - wie in der Vergangenheit - im Alter zwischen 15 und 19 Jahren hier zur Teilnahme eingeladen worden. Sie wissen, daß hier die

Themen „Soziales“, „Kultur“, „Verkehr-Umwelt“ und „Sport-Freizeit“ im Mittelpunkt des Interesses der Jugendlichen stehen. In diesen Bereichen werden wieder Arbeitskreise gebildet, und die Festlegung der Themen soll entsprechend den Wünschen der Jugendlichen stattfinden. Es ist hier unter Begleitung der entsprechenden Fachbeamten aus dem Haus geplant, die Dinge soweit vorzubereiten, daß dann im Juli des Jahres die einzelnen Ergebnisse behandelt werden können und entsprechende Beschlüsse auch fallen. Ich hoffe, daß die Teilnahme im heurigen Jahr wieder höher als im vergangenen Jahr sein wird. Wir haben uns jedenfalls bemüht, alle diese Beschlüsse auch in den einzelnen Ausschüssen des Gemeinderates sehr ernsthaft zu prüfen und zu behandeln. Und ein großer Teil der Beschlüsse des Jugendgemeinderates ist eigentlich bereits umgesetzt oder in Umsetzung.

Eine weitere wichtige Angelegenheit ist die Frage der Image-Kampagne für unsere Stadt, die in Angriff genommen und ein Auftrag erteilt wurde. Als erste Aktivität wird nunmehr eben ein „Dach-Slogan“ gesucht. Dieser Vorgang soll - zum Unterschied von anderen Städten, die das gemacht haben - so vor sich gehen, daß die Bürger, die Bevölkerung, die Gäste, die Liebhaber unserer Stadt eingeladen werden, diesen Slogan im Zuge eines Preisausschreibens zu finden, eines Wettbewerbes, der mit 10.000,-- Schilling für den Sieger dotiert wird. Also nicht professionelle Texter sind mit der Aufgabe betraut, sondern die Steyrer selbst sind aufgerufen, einen Werbeslogan für unsere und ihre Stadt zu kreieren. Der Sloganwettbewerb soll am 1.2. gestartet werden, also in wenigen Tagen, und läuft bis Ende Februar. Teilnahmeberechtigt sind alle Bürger, Freunde und Kenner der Stadt. Die Teilnahmekarten stehen in Kürze in den Steyrer Geschäften, Schulen, öffentlichen Institutionen und bei den verschiedenen Zeitungen zur Verfügung. Anfangs März ermittelt eine unabhängige Jury aus Vertretern der Stadt und Kommunikationsfachleuten den Sieger, dem also dieser Preis von 10.000,-- Schilling winkt. Der Siegerslogan, der einen fixen Bestandteil sämtlicher Werbebotschaften der neuen Imagekampagne darstellt, wird Mitte März im Rahmen eines kleinen Festaktes auf dem Steyrer Stadtplatz auch der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zum Schluß noch eine positive Nachricht, und zwar unser erfolgreicher Kurs auf dem Tourismussektor; für uns alle sehr erfreulich. Und es kann berichtet werden, daß das Jahr 96 wieder sehr erfolgreich verlaufen ist. Entgegen dem österreichischen Trend verzeichnete die Stadt bei den Nächtigungen, gegenüber der ebenfalls bereits guten Tourismusentwicklung 95, neuerlich eine deutliche Steigerung um 5,2 % und konnte auch bei den Ankünften um 0,7 % nochmals leicht zulegen. In absoluten Zahlen stiegen die Nächtigungen von 62.936 (im Jahr 95) um 3.300 auf die neue Rekordhöhe von 66.236, wobei zwischen Mai und September sowie im Oktober und Dezember die Betten in den Steyrer Beherbergungs-Betrieben am stärksten belegt waren. Mit insgesamt 36.981 Ankünften kletterte in Steyr 1996 auch diese wichtige Tourismuskennzahl leicht nach oben. Und der bisherige Höchstwert konnte damit neuerlich überboten werden.

Neben der „Qualitätsschiene“ machen sich vor allem auch die Kontinuität im Werben um neue Gäste sowie die gute Zusammenarbeit zwischen der Hotellerie, Gastronomie und dem Tourismusverband bezahlt. Besonders erfolgreich waren unsere Bemühungen um inländische Gäste, aber auch um ausländische Gäste, besonders aus Deutschland, Italien und der Schweiz. Diese haben sich besonders positiv in unsere Nächtigungszahlen niedergeschlagen.

Unter Pkt. 6) meine Damen und Herren würde ich sie um die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, bitten, und wir kommen nunmehr schon zu Pkt. 7) **Verhandlungsgegenstände**. Und ich möchte dazu den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil abtreten.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Ich übernehme den Vorsitz und gebe zur Berichterstattung Herrn Bürgermeister Leithenmayr das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herrn des Gemeinderates! Herr Vizebürgermeister! Mein erster Antrag beschäftigt sich mit einer Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 95, die Diözese Linz betreffend. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat.

1) BauGru-54/95

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 95, Diözese Linz

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 95 - Diözese Linz - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 11. Dezember 1995 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 17. Dezember 1996 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl Nr. 114/1993 i.d.g.F., beschlossen.

Ich bitte hier um Debatte bzw. Ab- und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wer wünscht diesbezüglich das Wort? Herr Dr. Tilman Schwager. Ich erteile es. Wer hat sich noch zu Wort gemeldet?

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Meine Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren Kollegen des Gemeinderates! Werte Zuhörerschaft!

Es liegt hier wie vorgetragen ein Antrag des Ausschusses für Stadtentwicklung vor. Und ich muß dazu aus diesem Ausschuß eines ausplaudern, nämlich daß dort wirklich wesentliche Arbeit auch in der Richtung geleistet wird, daß wir breitestmöglichen Konsens finden. Ergebnis dieses Konsenses ist auch dieser Antrag. Wenn sie sich die Unterlagen, die ja öffentlich auflagen, angeschaut haben, so finden sie darin eine sinnvolle Abrundung von Siedlungsgebieten und eine sinnvolle Abrundung von Grünland, sodaß wir auch alle diesem Antrag gerne stattgeben werden. Es ist natürlich damit kein Präjudiz gesagt, für das, was sich noch am 6. Februar ereignen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Wer hat sich noch zu Wort gemeldet? Niemand. Schlußwort?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1996. Meine

Damen und Herren! Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) Fin-100/95

Darlehensaufnahme für das

Rechnungsjahr 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 8. Jänner 1997 wird einer Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 41,000.000,-- bei folgenden Institutionen, mit den angeführten Teilbeträgen und den dargelegten Konditionen und Laufzeiten zugestimmt:

1. Bei der Bankhaus Krentschker AG über die Vermittlung der DONAU-FINANZ Treuhand- und Finanzierungsges.mb.H. & Co. KG: Betrag und Laufzeit: S 21,000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren; Kondition: Bindung an den 6-Monats-VIBOR mit einem Aufschlag von 0,11 % bzw. an die Sekundärmarktrendite für Emittenten gesamt ohne Aufschlag bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen und einer Einmalprovision in Höhe von 0,75 % der Darlehenssumme, das sind S 157.500,--, fällig eine Woche nach Darlehenszuzählung. Besicherung: Verpfändung von Kommunalsteuereinnahmen in Höhe von jeweils einer Jahresannuität.

2. Bei der Österreichischen Postsparkasse: Betrag und Laufzeit: S 20,000.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Kondition: Bindung an den 6-Monats-VIBOR mit einem Aufschlag von 0,15 %.

Die o.a. Darlehenssummen stellen einen Maximalbetrag dar. Bei einem geringeren Darlehensbedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, das Darlehensvolumen entsprechend zu verringern. Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 1997 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 1997 zugezählt werden. Weiters wird der o.a. Geschäftsbereich ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen. Zur Bezahlung der Einmalprovision werden bei VASt. 1/9500/657000.4 Mittel in der Höhe von S 157.500,-- für das Rechnungsjahr 1996 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer wünscht zu Pkt. 2) das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann werde ich nun eine Erklärung zu unserem Stimmverhalten von seiten der Freiheitlichen abgeben. Das heißt: Wir werden mehrheitlich diesem Antrag nicht die Zustimmung geben, weil wir auch dem Budget 1996 nicht die Zustimmung gegeben haben, obwohl einige wichtige Vorhaben in der Finanzierung gewesen sind, die auch die Freiheitlichen mittragen, aber die Freiheitlichen haben ein anderes Bilanzkonzept vorgeschlagen, wo man nicht näher darauf eingegangen ist.

Noch zu Wort gemeldet hat sich Herr StR. Spöck.

STADTRAT

WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Aufgrund der Wortmeldung von Herrn Dr. Pfeil sei mir auch gestattet, die Meinung der ÖVP-Fraktion kundzutun. Bei den heute zu beschließenden Darlehensaufnahmen für das Rechnungsjahr 96 in Höhe von 41 Mio. Schilling handelt es sich in meinen Augen um keine nachträgliche Zustimmung zum Budget 1996. Es handelt sich um Finanzierungszustimmungen zu einzelnen Projekten. Zu einzelnen Projekten, bei denen wir - in den meisten Fällen sogar - einstimmig hier im Gemeinderat die Zustimmung gegeben haben. Ich erinnere an Projekte, wie den Kanalbau, Straßenbau, Sanierung Hallenbad (Roman Eichhübl), um hier nur einige Punkte zu nennen.

Was mir leider hier noch immer fehlt, und das sei hier bei dieser Gelegenheit gesagt. Was mir leider immer noch fehlt, - und das ist auch ein Gemeinderatsbeschluß - ist ein mittelfristiges Finanzkonzept, da ist der Herr Bürgermeister säumig. Wir werden es aber - wie wir gehört haben - in etwa 2 bis 3 Monaten hier im Gemeinderat bekommen. Hier ist der Bürgermeister säumig. Bei diesem Punkt werden wir aber zustimmen, da es sich rein um Zustimmungen zu einzelnen Projekten, Finanzierungszustimmungen zu einzelnen Projekten, handelt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist hier auch nicht der Fall. Herr Bürgermeister, Schlußwort?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man, wenn man Bestellungen vornimmt, Projekte ausführen läßt, dann auch die Verpflichtung übernimmt, die Kosten dafür zu übernehmen. Das heißt: Wir haben durchwegs alle großen Projekte einstimmig - oder jedenfalls mit einer ungeheuer breiten Mehrheit - beschlossen. Und man kann natürlich dann, wenn es um die Finanzierung und um das Zahlen der Rechnungen geht, nicht sagen, wir zahlen unsere Aufträge nicht, die wir erteilt haben. Man kann natürlich, das ist allerdings ein Minderheitenprogramm bei dieser Darlehensbeschaffung, die aber in der Bedeckung im Budget auch bei den einzelnen Beschlüssen vorgesehen war, dann dagegen sein. Ich glaube wir sind im Sinne einer kontinuierlichen Abwicklung und einer Befriedigung auch der Forderungen von Auftragnehmern an die Stadt beraten, wenn wir unsere Rechnungen auch bezahlen. Und dazu benötigen wir auch diese im Budget vorgesehenen Darlehen. Was die Aussage des Kollegen Spöck anlangt, daß ich mit dem mittelfristigen Finanzkonzept säumig wäre, so weiß ich, daß das ein Spezialthema des Kollegen Spöck ist, das er schon oft in diesen Diskussionen strapaziert hat. Und ich habe immer wieder gesagt, wir werden erst in der Lage sein, ein mittelfristiges Finanzkonzept, das einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahre umfassen soll, seriöserweise dann zu erstellen und einer Beschlußfassung zuzuführen,

wenn wir vorher das Stadtentwicklungskonzept - das eine 10jährige Laufzeit vorsieht - vorgelegt und beschlossen haben. Zuerst muß man wissen, was man will, und dann kann man erst die Kosten zuordnen. Das ist jedenfalls aus meiner Sicht die analytische Herangehensweise an ein solches Problem. Wenn wir eine mittelfristige Kostenplanung vorher beschließen und hinterher ein völlig anderes Stadtentwicklungskonzept beschließen würden, dann würde die Finanzplanung ins Leere gehen, dann wären das Leerkilometer, das wäre ja nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig. Wir haben aber vereinbart - und wir stehen natürlich zu dieser Vereinbarung im Zuge der Debatte über das Budget -, daß wir nach Beschlußfassung über das Stadtentwicklungskonzept in einem Zeitraum von 2 Monaten das Mittelfristkonzept für die Finanzen auch vorlegen und zur Beschlußfassung in den Gemeinderat bringen werden. Wir werden ja nach Absprache am 6. Februar hier eine eigene Sitzung des Gemeinderates abführen, bei der als einziger Tagesordnungspunkt das Stadtentwicklungskonzept zur Debatte steht. Und das ist auch so der Stichtag für die Mittelfristplanung, die wir kongruent zum Stadtentwicklungskonzept zu erstellen haben. Und daher bitte ich, lieber Herr Kollege Spöck, im Hinblick auf die Vereinbarungen

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Es gibt da einen GR-Beschluß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja! Das bestreite ich ja alles nicht, aber zu dem Zeitpunkt, als wir GR-Beschlüsse im Hinblick auf die Mittelfristplanung getroffen haben, war natürlich auch nicht abzusehen, daß das Stadtentwicklungskonzept in der Debatte und Beratung so einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Also, daß hier eine Korrelation gegeben ist - eine sehr innige - das glaube ich, das kann niemand in Abrede stellen. Ich würde aber nunmehr bitten, der Darlehensaufnahme zur Bedeckung unserer Verbindlichkeiten die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist nun für die Darlehensaufnahme von rd. 41 Mio. Schilling? Machen wir die Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen (F) Wer ist dagegen? Dieser Antrag ist bei 7 Enthaltungen angenommen. Bitte zum nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr! Der nächste Antrag betrifft das wichtigste innerstädtische Verkehrsbauwerk, nämlich die Bahnhofsüberbauung.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dieses Projekt hat einen enormen Vorlauf, einen zeitlichen Vorlauf. Und wir beschäftigen uns seit rd. 10 Jahren mit dieser Bahnhofsüberbauung, zum „Ersten Bahnhofsparkdeck“ genannt. Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß hier der Verkehrsplaner Prof. Dr. Stickler dieses Projekt als das Schlüsselprojekt für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes bezeichnet hat. Eines der Probleme, die sich bei Projekten, die so eine lange Vorlaufzeit haben, ergeben - und die Ursachen liegen ja auch darin, daß hier eine Reihe von Gebietskörperschaften oder öffentlichen Institutionen darin verbunden sind und das Zusammenwirken möglich gemacht wird. In diesem Fall handelt es sich eigentlich um ein Zusammenwirken bei der Realisierung eines Wunsches der Stadt zwischen Bund, Land und Gemeinde und ÖBB. Daß in der ÖBB in der Zwischenzeit auch Veränderungen stattgefunden haben, nämlich Ausgliederung auch aus dem Bundesbudget, andere Rechnungsgestionen, etc., die die Umstände bei der Realisierung nicht gerade erleichtern - um das vornehm auszudrücken. Eine der großen Schwierigkeiten ist auch, daß mittlerweile aufgrund jüngster Entwicklungen auf Bundesebene der 4. Minister, während der Zeit der Entstehung des Projektes zuständig ist, daß immerhin 2 Generaldirektoren und 2 Landeshauptleute hier in Amt und Würden sind oder waren. Rechtsnachfolger haben wir oft unter anderen Umständen, in denen sie tätig waren und nicht unbedingt dieselbe Verbundenheit hatten, auch nicht den Informationsstand solche Projekte betreffend. Und es nicht einfach, gerade die Rechtsnachfolger von der Bedeutsamkeit eines Projektes, das dem Vorgänger wichtig war, zu überzeugen. Es ist uns aber nunmehr doch gelungen - „Gott sei Dank“ möchte ich dazu sagen - die Dinge in die entscheidende Phase zu bringen. Leider ist auch eines noch zu bemerken, daß ein langer Zeitraum, in dem sich ein Projekt entwickelt, Projekte auch nicht billiger macht. Zum einen sind es einfach die Kostensteigerungen, die sozusagen über Baupreis, Index usw. automatisch hier ins Treffen geführt werden, zum anderen sind es aber auch - bei der langen Diskussion und Debatte mit den Beteiligten - viele Änderungen, Planungsänderungen, Vorstellungen, Wünsche, die zum Teil von der Bundesbahn, von den Busgesellschaften, von uns selbst auch hier ins Treffen geführt wurden. Jedenfalls haben wir hier einen Vertrag mit der ÖBB zu modifizieren, der sich hier heute mit einer doch beträchtlichen Kostensteigerung beschäftigt. Ursprüngliche Schätzkosten der Bundesbahn waren 1991 so in etwa 80 Millionen, mittlerweile ist dann ein Wert von 110 Millionen ausgewiesen worden. Nach Ausgliederung der Bundesbahnen wurden natürlich hier, auf eigene Rechnung müssen also Bundesbahnen mittlerweile bilanzieren, ihre gesamten Kosten in diese Vereinbarung mitaufgenommen. Und wir befinden uns nunmehr bei einem Gesamtvolumen von rd. 137 Mio. Schilling, wobei der Kostenschlüssel ein solcher ist, daß wir mit 50 % der Kosten aufgrund des vorliegenden Vertrages rechnen dürfen, die hier die Bundesbahnen übernehmen, und die anderen 50 % die Stadt mit einer entsprechenden Bezuschussung des Landes, wobei auch das Land OÖ. ursprünglich 25 % zugesagt hat, und in der Zwischenzeit hier der Landeshauptmann von den 25 % auf 25 Millionen sich eingedeckelt hat. Es wird also unsere Aufgabe sein, auch den Herrn Landeshauptmann und den Herrn zuständigen Referenten Landesrat Hiesl dazu zu bringen, sich wieder in Richtung 25 % bei der Bezuschussung zu orientieren. Eine diesbezügliche Wunschvorstellung habe ich dem Herrn Landeshauptmann bereits übermittelt. Und es gibt auch schon in den nächsten Wochen einen Termin, an dem Verhandlungen über diese Thematik stattfinden werden. Fest steht aber, daß hier es dringend erboten erscheint, heute diesen Beschluß zu fassen, denn im Anschluß an unseren Beschluß wird auch noch ein Aufsichtsratsbeschluß der ÖBB notwendig sein, und das dauert noch etwas Zeit, und dann erst kann wirklich mit einem Baubeginn im April des heurigen Jahres gerechnet werden und auch der Auftrag an die entsprechenden Firmen erteilt werden.

Ich bitte daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Es ist das größte innerstädtische Verkehrsbauwerk, es wird einen Quantensprung in der Verkehrsregelung bringen - auch nach Meinung unseres Verkehrsplaners. Es kommt dazu, daß hier Schiene, Busgesellschaften, städt. Liniennetz zusammengebunden und hier auch Parkplätze geschaffen werden. Es kommt auch zur Entlastung des Ennsdorfes, was den ruhenden Verkehr anbelangt, es kommt zu einer massiven Verkehrsberuhigung des Ennsdorfes, weil wir ja auch gleichzeitig eine Straßenverbindung zwischen der Dukartstraße und Eisenstraße realisieren. Das Anliegen ist ein sehr starkes und an den Wünschen und Interessen der Stadt orientiertes. Und ich hoffe, daß wir das Bauvorhaben dann tatsächlich in der vorgesehenen Bauzeit von 1 ½ Jahren der

Realisierung zuführen können, und daß dadurch eine massive Entlastung des innerstädt. Verkehrsgeschehens erreicht wird sowie eine Entflechtung und eine Verbesserung unserer sehr angespannten Situation in diesem Bereich. Der Antrag lautet.

3) Bau2-2430/92

Verkehrsdrehscheibe Steyr, Ände- rung des Übereinkommens mit den

Österreichischen Bundesbahnen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10. Jänner 1997 wird dem Abschluß eines Nachtrages zum Übereinkommen vom 20.6.1996 bzw. 18.11.1996 mit den Österreichischen Bundesbahnen über die Errichtung der Verkehrsdrehscheibe Steyr entsprechend dem im Anhang beigeschlossenen Vertragstext zugestimmt. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Meine Damen und Herren! Ich möchte mich gleich als erstes diesbezüglich zu Wort melden. Gibt es weitere Wortmeldungen? StR. Tatzreiter, Eichhübl, Schloßgangl. Danke. Herr Bürgermeister, ich darf das von diesem Tisch aus tun. Dieses Projekt stand von Anfang an etwas unter einem unglücklichen Stern. Richtig ist, daß der Vorlauf relativ lang währte - 10 Jahre. Richtig ist auch, daß politische Vereinbarungen für dieses Projekt getroffen worden sind. Nicht ganz richtig zitiert ist Prof. Stickler, wenn sie sagen, daß Prof. Stickler dieses Projekt als das Schlüsselbauwerk für das städt. Verkehrskonzept dargestellt hat. Das ist nur zur Hälfte richtig. Stickler betont, und ich habe mich mehrmals bei ihm rückversichert, daß es ein Unglück war und ist, daß man die beiden Bauwerke, die notwendige Straßenverbindung vom Dukartberg auf die Umfahrungsstraße, vermischt hat mit dem notwendigen oder scheinbar notwendigen Bauwerk Parkplätze für die Park-and-ride-Anlagen für die Bundesbahn bzw. für die Zusammenführung der Bundesbusse. Nächster Punkt war, der hier sehr streng zu kritisieren ist, die Ausschreibung, die für ein bestimmtes Projekt - sprich „Rampe“ - gegolten hat, die an 4 geladene Architekten gegangen ist. Von diesen 4 geladenen Architekten, die einen Auftrag gehabt haben, eine Rampe zu bauen, haben 2 davon gemeint, daß es unmöglich - stadtbildunverträglich - ist, eine Rampe zu bauen. Sie haben beide, unabhängig voneinander, Tunnellösungen vorgeschlagen. Im Gestaltungsbeirat - und ich habe noch vor mir, wie wenn er gestern gewesen wäre - hat uns der damalige Vorsitzende Kada, der niemand geringerer ist, der jetzt den Preis für den internationalen Wettbewerb für den Neubau der Universität Bozen bekommen hat, also der wirklich eine Kapazität auf dem Architektursektor ist, davon vehement abgeraten, eine Rampenlösung zu akzeptieren. Und wenn hier das nach seinem vorzeitigen Abgang an diesem Abend dann im nachhinein verbessert und gesagt wird, es war das zweitbeste Projekt, das hier zu Stande gekommen ist, dann würde ich wirklich diejenigen bitten, die das behaupten, noch einmal sich hier bei Prof. Kada rückzuversichern und noch einmal seine Meinung über dieses Rampenprojekt einzuholen. Er hat zu uns allen ganz deutliche Worte gefunden, wie wir oben am Parkplatz gestanden sind und zum Bahnhof geschaut und uns die Höhen vorgestellt haben. Ein ganz starker Kritikpunkt ist auch, daß es verabsäumt worden ist, uns - den Gemeinderäten, die dafür verantwortlich sind und den Bürgern der Stadt Steyr, die damit auch leben müssen - eine sogenannte

Visualisierung zu geben. Ich habe mich bis zum letzten Jahr bemüht, und ich habe mir leider auch hier in diesem Hause kalte Füße geholt, ein Universitätsinstitut aus Wien, die TU in Wien, aufzutreiben, die ein Studentenprojekt für eine Computer-Visualisierung der Anlage mit der Rampe gemacht hätte, daß man sich von jedem Punkt der Stadt Steyr aus die Höhe vorstellen kann. Ich bin überzeugt, daß Bürger, wenn diese Rampe in drei, vier Jahren steht und dem Verkehr übergeben wird, sagen werden, die Politiker in den frühen und späten 90er-Jahren haben es damals nicht besser verstanden. Heute würde man das nicht mehr so bauen. Ich darf ihnen auch Meinungen von hohen verantwortlichen Technikern bei der Bundesbahn dazu sagen, die Verantwortung tragen, die aber das aus politischen Gründen auch nicht öffentlich bereit sind, das zu sagen. Sie sagen, dieses Projekt ist furchtbar, persönlich mir gesagt, ist furchtbar. Aber es war eine politische Entscheidung, und wir müssen dieses Projekt durchziehen.

Die Bundesbahn hat eingesehen, daß sie als Bauherr für ein städt. Bauprojekt mittragen muß, und daß ein Park-and-ride-Projekt der Bundesbahn nur bedingt nützlich ist. Herr Bürgermeister, sie haben Schlüsselprojekt zitiert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Stickler.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Stickler. Und der zweite Teil von Stickler ist, was nicht stimmt, Stickler hat gemeint und das ist bei Stickler nachzulesen, der Stellplatzbedarf in diesem Bereich, wir haben derzeit 50 Parkplätze für Park-and-ride und bis zum Jahre 2001 - wieviel glauben sie - 70 Stellplätze. Wir bauen in zwei Etagen 200. Dazu kommt noch die Zusammenführung der Bundesbusse in luftiger Höhe, während geplant ist, die städt. Busse weiterhin am Hessenplatz weitab liegenzulassen. Ich meine, es hätte, es ist jetzt viel Milch vergossen worden, aber mir tut es hier auch um meine Heimatstadt richtig leid, daß wir als verantwortungsvolle Politiker hier sitzen und blindlings zusehen, wie diese Stadt mit einem Bauwerk, das man heute nirgends mehr bauen würde, das Rampenbauen in Städten, das sind Zeiten vor 30 Jahren, daß diese Heimatstadt Steyr hier verschandelt und zerstört wird. Die Bundesbahn, weil sie als Bauherr angesprochen worden ist, würde heute viel lieber in die Infrastruktur bauen und entwickeln. Und ich habe es gestern gesagt, mir ist eine Mitteilung zugekommen, daß bei der 60 Mrd. Investition für die Bundesbahn der nächsten 10 Jahre kein Schilling vorgesehen ist für den selektiven Ausbau der Strecke Valentin - Steyr. Wir haben - wenn alles gutgeht - ab dem Jahre 2004 eine Schnellbahnverbindung Wels - Linz - St. Valentin, und dann, „Steyr, gute Nacht.

Dann haben wir weiterhin eine eingleisige Strecke und die Bewohner dieser Region werden es nicht schaffen, an diesen oberösterreichischen Zentralraum angebunden zu werden. Da wird unsere Rampe mit den 200 Parkplätzen nichts lösen. Das ist auf einer eingleisigen Strecke nicht zu bewältigen. Hier ist der ganz große Bedarf für die Region Steyr, in die Infrastruktur selbst zu investieren und nicht in Parkplatzprojekte, die derzeit von der Sinnhaftigkeit nicht nachzuvollziehen sind. Und wenn man sie braucht, hätte man fast unbeschränkt Möglichkeiten, nach der Umstrukturierung der Bundesbahn

parallel zu den Hauptgeleisen beim ehemaligen Verschiebebahnhof, bei der Streckenleitung, bei der Bahnmeisterei, direkt an die derzeitige Bundesstraße auf der einen Seite anzubinden. Und es hätte auch durchaus Möglichkeiten gegeben sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Verkehr, im Bereich jetzt Möglichkeiten zu suchen, wo jetzt das Magazin aufgelassen worden ist und das auch hier in die Überlegungen miteinzubeziehen. Die Bundesbahn hat sicher auch sehr viel Schuld auf sich geladen bei ihrer doch etwas manchmal nicht nachvollziehbaren Planung und insbesondere auch nach der Ausgliederung. Aber wer auch für die Infrastruktur und für die negative Entwicklung bei der öffentlichen Anbindung bei der Bahn eine Mithauptschuld trägt, ich weiß es, es ist niemand anderer als der designierte Bundeskanzler Klima. Und wer mit war bei dieser Besprechung, ich glaube es war 1993 (als Verkehrsminister), wo wir eine bessere Anbindung der Region an die Westbahn vorgeschlagen haben, hat er gemeint, ich weiß nicht wer ihm das geraten hat, zu prüfen, ob man nicht den Bahnhof unter den Stadtplatz verlegen könnte, das zum einen, und eine Güterzug-Verbindung von Haag - Steyr - Lambach - Salzburg. Ich habe ihm damals gesagt: „ Herr Bundesminister, es hat wenig und keinen Sinn, sie machen sich um uns lächerlich in der Region, wenn sie das von der HL-AG prüfen lassen.“ Und wer die Präsentation von der Siemens-Studie, die in Auftrag gegeben worden ist, im Stadtsaal mitverfolgt hat, weiß, von was ich spreche.

Herr Bürgermeister! Es erscheint, daß dieses Kapitel wohl einer Vollendung zukommen wird, ich habe wirklich Sorge, es ist wirklich meine ehrliche Sorge für das Stadtbild. Als Verkehrsreferent habe ich es anfangs gesagt, und ich sage es jetzt am Ende, daß hier keine Mißverständnisse aufkommen, es ist extrem wichtig und ein Schlüsselprojekt für das Verkehrskonzept - eine Anbindung von der Dukartstraße auf die Umfahrungsstraße. Aber von den Kosten her, eine seriös durchgerechnete Tunnelvariante hätte man weit unter den derzeitigen Summen bewerkstelligen können. Es waren das damals seriös durchgerechnete, damals, mit den Parkmöglichkeiten, 120 Mio. Schilling. Die reine Tunnelvariante hätte unter 80 Mio. Schilling gekostet, ohne Parkplätze, und heute nähern wir uns, bzw. wir sind praktisch dort, bei einer Summe von 160 Mio. Schilling, weil man muß ja auch die 15 Mio. Schilling Grundstücks-Beschaffungsaktionen ja auch mit dazurechnen. Ich habe auch noch im Ohr, Herr Bürgermeister, sie haben damals gesagt, (wie wir diskutiert haben, warum nicht das umwelt- und städtebauverträgliche Projekt „Tunnellösung“) 80 Mio. Schilling und keinen Schilling mehr - im Protokoll der Gemeinderatssitzung nachzulesen. Ich habe beim letzten Mal gesagt, Herr Bürgermeister, sie werden, glaube ich, als Verwalter in die Geschichte eingehen. Ich sage heute, sie werden in die Geschichte der Stadt Steyr als Bürgermeister eingehen, der es verabsäumt hat, die Stadt, - gemeinsam mit Koll. Schloßgangl, der ja auch ein großer Befürworter dieser Rampe ist, gemeinsam werden sie eingehen, daß sie beigetragen haben, daß die Stadt verschandelt wird. Danke.

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich StR. Tatzreiter.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Geschätzte Presse! Ich möchte mich dem Projekt Bahnhofsüberbauung positiv zuneigen. Insofern, weil es ein wichtiges Projekt ist und weil wir wissen, daß dieser Städte- oder Stadtteilbereich ganz besonders von der Verkehrsmisere, vor allem von der Parkplatzmisere, sehr stark betroffen ist. Ich verweise darauf, daß viele Pendler ihre Fahrzeuge irgendwo abstellen, wo sie dann am späteren Abend zurückkommen und die Strafzettel darauf haben. Und ich bin schon mehrmals darauf angesprochen worden. Viele Geschäftsleute, aber auch Pendler und beschäftigte Dienstnehmer in diesem Stadtteil sind auf uns zugegangen und haben uns damit konfrontiert, wann endlich doch dieses Parkdeck, von dem schon

jahrelang - Jahrzehnte - geredet wird, realisiert wird. Und daher ist es für uns, ich möchte sagen höchst erfreulich, daß endlich die Entscheidung getroffen wurde. Ob jetzt dieses Projekt unbedingt sehr schön sein wird, ist eine andere Frage. Ich habe möglicherweise einen anderen „Gusto“ als sie, Herr Dr. Pfeil. Es wird sicher jeder eine andere Geschmacksrichtung haben. Ich meine aber dabei, daß viele Projekte, die heute stehen, wo sich die Leute die Augen aussehen, vor lauter Schönheiten und Interessantsein, möglicherweise wenn man sie heute in dieser Form bauen würde, auch nicht mehr gebaut werden würden. Das heißt, man muß Projekte immer der Zeit entsprechend errichten. Und ich darf mich freuen bzw. dem Bürgermeister danken, daß er so emsig diesem Projekt sozusagen nachgelaufen und es endlich zu realisieren ist. Ich bin froh darüber und darf dem Bürgermeister sehr herzlich danken, daß er sich unermüdlich dafür eingesetzt hat, natürlich hat er alle kompetenten Stellen bis hin zur Bundesbahn eingesetzt. Daß es letztendlich und das war eigentlich auch noch die Gefahr bei einer Privatisierung bzw. bei einer Verselbständigung und Herauslösung aus der Hoheit des Bundes, daß möglicherweise dieses Projekt noch scheitern hätte können, ist eigentlich dem zu verdanken, daß der unentwegte und unermüdliche Einsatz es doch geschafft hat. Wenn wir zu den Kosten vielleicht noch anmerken dürfen, dann darf ich hier nur vermeinen, nein, daß es der Stadt, wenn alle Summen so sein werden, nämlich das Projekt im Gesamtpreis, im Gesamtkostenbereich, von 137 Mio. Schilling 50 % die Stadt übernehmen soll und daß anstatt den 25 % jetzt 25 Mio. - wie gesagt wurde - das Land oder der Landeshauptmann hier gemeint hat, dann verbleiben für die Stadt 43,5 Mio. Schilling als Kostenvariante (das nur in der kurzen Durchrechnung). Ich meine dabei, daß um den Preis eine Großparkfläche, ein Großparkraum gerade für diesen Stadtteil, eine ganz wichtige und doch für uns sehr kostengünstige ist. Herr Vizebürgermeister, ich möchte hier wirklich anführen, daß es für uns nun nebenbei eine sehr wichtige Komponente beinhaltet. Vielleicht kann man jetzt sagen, also bauen wir etwas anderes. Ich glaube aber, daß auch die Bauwirtschaft und die gesamte Infrastruktur und die gesamte Stadt davon profitiert, vor allem dieser Stadtteil, wenn dieses Projekt oder Objekt hier in Stadtnähe installiert oder errichtet wird. Es hat dann auch den Vorteil, daß der Tourismus für uns hier noch eine bessere Ausgangsposition hat und wir auch davon profitieren. In diesem Zusammenhang darf ich alle bitten, diesem Projekt zuzustimmen, vor allem diesem Antrag, und darf dem Bürgermeister noch einmal herzlich danken, daß er sich dafür vehement eingesetzt hat, die Zustimmung bis hin zur Bundesbahn, aber natürlich darüber hinaus bei Bund und Land, zu erhalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächstes Herr StR. Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort, in Vorbereitung Herr StR. Schloßgangl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Abgesehen davon, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, daß dieses geplante Projekt „Verkehrsdrehscheibe Steyr“ sehr viel Geld kostet, gibt es noch einige andere Anmerkungen zu machen. Auch die Sanierung des Hallenbades, haben wir heute gehört, hat sehr viel Geld gekostet, und da wende ich mich an den Kollegen Spöck - es ist nur eines sehr bedauerlich -, daß heute, 1997, für das Budgetjahr 96 eine Beschlußfassung notwendig war, um die Finanzierung der Sanierung des Hallenbades abzusichern. Es ist sehr traurig, muß ich hier feststellen. Und ich glaube, daß die Sanierung des Hallenbades nicht mir zuliebe hätte gemacht werden sollen, sondern der Bevölkerung zuliebe bereits vor 10 oder mehreren Jahren, das darf ich hier anmerken. Ich darf

aber zu dem vorliegenden Antrag zurückkommen, der hier heute zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt wird. Kollege Vizebürgermeister Dr. Pfeil hat ja sehr ausführlich die Bedenken der Freiheitlichen-Gemeinderatsfraktion zu diesem geplanten Projekt zum Ausdruck gebracht. Und ich möchte aber doch noch einige persönliche Anmerkungen deswegen machen, weil ja dieses Projekt auch mich als zuständiger Referent der Stadtwerke, sprich der Verkehrsbetriebe, insofern berührt und betrifft, weil diese zentrale Bus-Umsteig-Stelle in diesem Bereich im Zusammenhang gesehen wird. Ich darf aber vielleicht noch vorher ein paar Anmerkungen zu meinem Vorredner, Kollege Tatzreiter, machen, der gemeint hat, daß wir im Hinblick darauf, daß dringend Parkplätze notwendig sind, Zustimmung geben müßten. Aus dem Grund alleine, Kollege Tatzreiter, so leid es mir tut, könnte ich überhaupt nicht die Zustimmung geben, denn es gibt eine Bedarfserhebung, die folgendermaßen lautet: Zur Zeit sind 50 Parkplätze in diesem Bereich gefordert und bis in das Jahr 2000 werden es 70 sein, bitte 70. Und was macht man jetzt, man errichtet dort einen großen Parkplatz für 200 Abstellplätze. Meine Damen und Herren, ich darf aber auf diese von mir angeführte zentrale Bus-Umsteig-Stelle kommen, was ich hier mit besonderer Bedeutung vermerken und ich hier auch sehr deutlich sagen möchte, daß ich selbstverständlich dem die Zustimmung gebe, daß ich auch - sowie Vizebürgermeister Pfeil - hier zum Ausdruck bringen möchte, daß eine Verkehrslösung in diesem Bereiche unumgänglich notwendig ist. Daß es also sehr wichtig ist, eine Verbindungsstraße zwischen Dukartberg und Märzenkeller-Umfahrung zu schaffen, weil ja dadurch die Verkehrsbelastung im Kreuzungsbereich Kompaßgasse - Dukartstraße - Bahnhofstraße - Pachergasse - Färbergasse wesentlich geringer sein wird. Gegen was ich mich wende, meine Damen und Herren, ist diese Auffahrtsrampe. Und ich frage sie jetzt, meine Damen und Herren des Gemeindrates, allen Ernstes: Wer von ihnen hat ein Foto, eine Darstellung gesehen, wie diese Auffahrtsrampe sich in das Stadtbild einfügen wird? Ich glaube, es wird jeden von ihnen so ergangen sein wie mir. Ich habe so etwas noch nicht gesehen. Und es ist wirklich sehr erstaunlich, wie der Herr Bürgermeister heute sagt, daß es sich bei diesem Projekt um einen Quantensprung handelt, da darf ich ihm durchaus recht geben, aber gerade das wäre ja Grund dafür, eine Darstellung zu präsentieren, damit sich auch einmal die Bevölkerung etwas vorstellen kann, was da so auf sie zukommt. Und aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, darf ich wirklich sehr deutlich sagen, werde ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Denn die Stadt Steyr, wie sie hier dargestellt wird, liegt mir auch am Herzen. Und dieses Projekt, meine Damen und Herren, dieses Projekt, wird das Stadtbild für Jahrzehnte, wenn nicht für Jahrhunderte, ich hoffe, daß das Ding nicht so lange hält, zerstören. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf wirklich abschließend nochmals sagen, all die damit im Zusammenhang stehenden positiven sich abzuzeichnenden Ereignisse werden von uns unterstützt. Aber diese Auffahrtsrampe, meine Damen und Herren, können wir nicht gutheißen, abgesehen davon, daß ja an sich eine Tunnellösung, wenn man jetzt diese Rechnung betrachtet, billiger gekommen wäre. Und mir ist es unverständlich, daß es Mandatare gibt, die dieser Auffahrt, dieser Rampe, das Wort sprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächstes StR. Schloßgangl. In Vorbereitung GR Fürweger.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Gäste! Dieses Thema war seit eh und je ein gewisser Streitpunkt zwischen einigen Fraktionen hier im Gemeinderat. Und ich glaube, es sind sich aber alle bewußt, wie wichtig dieses Parkdeck, diese Verkehrsdrehscheibe, für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes von Dr. Stickler für die Stadt Steyr ist. Die Bemühungen - der Bürgermeister hat es erwähnt - reichen viele Jahre zurück. Bereits seit 1989 gibt es intensive Gespräche mit den Bundesbahnen. 1991 gab es über dieses Parkdeck die ersten kompletten Besprechungen mit verschiedenen Varianten, über die Lösung der Finanzierung mit Anteil 50 % Bundesbahn, 25 % Land OÖ. und 25 % die Stadt Steyr. Im Mai 92 faßte der Steyrer Gemeinderat einen Grundsatzbeschluß, die Miterrichtung dieses Parkdecks mit rd. 140 Parkplätzen und einen Kostenpunkt von 76 Mio. Schilling. Ursprünglich war geplant, nachdem es ein Modell eines Planungsbüros gegeben hat, das aber dann bei dem Gutachterverfahren nicht dabei war, über Anraten des Gestaltungsbeirates einen Architektenwettbewerb auszuschreiben und diesen in Verbindung mit der Verbauung des Areals beim Schiffmeisterhaus und dem Bahnhofsparkdeck umzusetzen. Leider ist dem Betreiber und Planer der damaligen Firma Sutter & Sutter, die heute nicht mehr existiert, diese Fläche beim Schiffmeisterplatz abhanden gekommen, sodaß sie an einer Projekterstellung nicht mehr interessiert waren. Daraufhin hat die Ingenieur- und Architektenkammer erklärt, für die Restbebauung dieses Bahnhofparkdecks sei ein Architektenwettbewerb nicht sinnvoll und nicht zielführend. Daraufhin wurde ein sogenanntes Gutachter-Verfahren abgehalten, das heißt, es wurden 4 Architekten eingeladen, gegen Bezahlung ein Projekt zu erstellen, was auch geschah. Es waren dies Arch. Falkner, Arch. Schmid, Arch. Reitter jun. und Frau Arch. Proyer. Im Bauausschuß vom 20.4.93 wurde übereinstimmend beschlossen, das Projekt Schmid weiter zu verfolgen. Es stimmt, daß sich der Gestaltungsbeirat in seiner Beurteilung sehr kritisch mit diesem dargelegten Projekt auseinandergesetzt hat und Arch. Kada dem Projekt Falkner aus städtebaulicher Hinsicht gewisse Vorteile und Vorzüge eingeräumt hat, aber hier in der Diskussion, nicht oben, aber hier herinnen, gesagt hat, an 2. Stelle wäre das Projekt Schmid. Das war so. Nur ist Arch. Kada dann früher nach Hause gefahren, und im Protokoll wurde das dann **nicht** mehr schriftlich festgehalten. Tatsache ist, daß diese Projekte von den einzelnen Wettbewerbsteilnehmern mit verschiedenen Kosten genannt wurden, das Projekt Falkner mit 86 Mio., das Projekt Schmid mit 69 Mio., das Projekt Reitter mit 68 Mio. und das Projekt Proyer mit 83 Mio. Schilling. Das Büro Spirk und Haslinger, die mit der Bahn die Vorplanung gemacht haben und auch die Bauleitung übertragen bekommen werden und seither mit denen in Verbindung sind, haben dieses Projekt auf die Kostenwahrheit überrechnet. Und da sind ursprünglich herausgekommen; bei Falkner 130 Mio., bei Schmid 98 Mio., bei Reitter 130 Mio. und bei Proyer (mit dieser Tunnellösung) 150 Mio. Schilling. Also es sind ganz beträchtliche Summen. Und es ist undenkbar, daß man mit 80 Mio. Schilling hier diesen Tunnel durchsticht und die Anbindung baut, allerdings ohne irgendeine Parkmöglichkeits-Lösung. „Also, mit 80 Mio. kannst den Tunnel bauen und die Straße durch, aber nicht dazu das Parkdeck.“ Das ist da ganz eindeutig herausgekommen. Ja, im Juni 94 war das Projekt praktisch planungs- und ausschreibungsreif. Es hat dann noch sehr lange gedauert, bis es weitergeleitet wurde, weil sich dann bei der Bundesbahn wieder eine andere Abteilung eingeschaltet hat, die Revision, und wie es dann soweit war, wurde es nicht direkt zum Verkehrsministerium geschickt, sondern in die Generaldirektion der Bundesbahn, und es hat eine sehr lange Verzögerung gegeben. Es wurde dann im Jahre 96 endlich der Vertrag unterschrieben. Und im Sommer 96 bzw. im Frühherbst wurden die Anbote ausgeschickt, die dann im Dezember - oder Ende November - hereingekommen sind und zu dem schon genannten Ergebnis geführt haben, wobei die Kostenschätzung für die Bauarbeiten ziemlich exakt getroffen wurden, sogar unterschritten mit rd. S 70 Mio. und S 24 Mio. Professionistenarbeit. Wo der große Unterschied liegt zwischen den ursprünglich genannten S 80 Mio. und dann auf S 110 Mio. hochgerechneten und letztendlich auch einmal mit S 140 Mio. dotierten Kosten, die wir hier im Amte dann realistisch ausgewertet haben, ergibt sich daraus, daß die Bundesbahn ursprünglich für die eigenen Bahnleistungen nur 11 Mio. Schilling geschätzt und veranschlagt hat, und dies in Wirklichkeit rd. 31 Mio. Schilling ausmacht. Man muß dazusagen, daß dort aber auch noch die Planungskosten und die

Bauleitung von 11,6 Mio. Schilling enthalten sind, die auch zur Hälfte von der Bundesbahn getragen werden. Und die Indexsteigerung seit der damaligen Kostenschätzung 1994 beträgt rd. 8 Mio. Schilling - ein ganz beträchtlicher Punkt. Und nun zur gestalterischen Beurteilung. Natürlich kann man verschiedener Meinung sein, und ich schätze durchaus das Gutachten des Gestaltungsbeirates und der Fachleute, hochrangiger Architekten, nur bin ich so objektiv, daß auch diese in ihrer Zusammensetzung, und wir haben ja schon verschiedene Gestaltungsbeiräte gehabt, immer auch verschiedener Meinung sein können und waren. Ich nehme nur ein Beispiel, es wurde fünfmal das Projekt BOE , das heute in der Pachergasse fertig ist, hier im Gestaltungsbeirat vorgelegt, es wurde viermal abgelehnt und beim fünften Mal mit „Ach und Weh“ genehmigt. Ich glaube, es schaut ganz gut aus, ganz glücklich bin ich nicht und war ich nicht, vor allem über die Dachgestaltung und über die Dachformen, aber es ist halt eine moderne zeitgenössische Architektur, die sich in diesem Viertel dort einfügt. Anläßlich eines Projektes, das dem nächsten Gestaltungsbeirat vorgelegt wurde, das die Bebauung OKA, Ecke Johannesgasse, Braunsberger zum Inhalt gehabt hat, eine Vorstudie immerhin des Präsidenten der österr. Architektenkammer (des damaligen) und da haben sie gesagt, sie möchten das auch natürlich vis-à-vis sehen. Und die Meinung dieses Gestaltungsbeirates war durchaus nicht positiv zu den Vorgängern, die das dann endlich nach 5 Sitzungen genehmigt haben. Daher glaube ich, ist jede Beurteilung subjektiv. Und eines möchte ich noch dazu sagen, auch wir hier im Amt haben gefragt: Ist es die richtige Entscheidung? Es hat seitens des Gestaltungsbeirates gewisse Bedenken gegeben, auch gegen das Projekt Schmid. Es hat aber wesentliche Vorzüge gehabt. Und es hat als einziges die geforderten Verkehrsmaßnahmen erfüllt, nämlich die Anbindung der Dukartstraße an die Bundesstraße. Wir haben daher von Prof. Breitling, der damals ja schon mit dem Stadtentwicklungskonzept beauftragt war, ein Gutachten über diese Bahnhofsdrehscheibe eingeholt. Er hat alle vier Unterlagen bekommen. Es waren hier im Haus die Modelle, und er hat dazu Stellung genommen. Und ich darf vielleicht nur ein paar wesentliche Stellen daraus zitieren. Gutachten: „Das Projekt Schmid entspricht als einziges allen Bedingungen, welche die Stadt den konkurrierenden Architekten gestellt hatte und weist darüber hinaus klare verkehrliche, funktionelle und gestalterische Vorzüge auf. Die Stadt sollte ihre weitere Arbeit deshalb auf diesem Projekt aufbauen.“ Er begründet das dann lang. Ich möchte sie damit nicht belasten, ich habe es in einem früheren Gemeinderat bereits gemacht. Eine wesentliche Aussage dazu ist als besonders wichtig bezeichnet - die Schaffung einer attraktiven Fußgängerverbindung von der Ennsleite über die Bundesstraße, so wie im Projekt Schmid angedeutet. Warum empfohlen wurde, eine Weiter- bzw. Neubearbeitung dem Projekt Falkner zugrunde zu legen, obwohl es zu den erwähnten noch zu suchenden Alternativen keine Andeutungen macht, ist nicht verständlich. Also er hat im wesentlichen die beiden besten Projekte Falkner und Schmid beurteilt. Und dann möchte ich noch ein paar ganz wesentliche Aussagen dazu machen, die Prof. Breitling getätigt hat. Das Projekt Schmid hält alle Vorgaben der Ausschreibung ein. Die geringfügigen Auflagen der Bundesbahn sind ohne Substanzverlust erfüllbar. Ein großer Vorteil des Projektes ist die Abflachung der Auffahrtsrampe von der Dukartstraße. Es ist zutreffend, daß durch die freiliegende Rampe Lärmemissionen entstehen werden. Diese aus den Planungsparametern entstandene Lösung, muß aber die Entlastung des Ennsdorfes und die damit verbundene Lärmverminderung in einem geschlossenen Ensemble gegenübergestellt werden. Zudem ist auf lange Sicht eine lärmabschirmende Verbauung der Auffahrtsrampe denkbar. Ein wesentlicher Vorteil, es ist ja gedacht, daß an der Hangkante dort einmal verbaut werden könnte, also an der Dukartstraße, nicht direkt an der Hangkante, sondern wenn man stadteinwärts über den Dukartberg auf der linken Seite fährt, besteht darin, daß es die notwendigen Eingriffe auf einen Punkt konzentriert, während beim Entwurf Falkner an zwei Stellen des Stadtgebietes Veränderungen vorgenommen werden. Die Verbindung zur Ennsleite ist zwar nicht ausdrücklich gefordert, aber ein äußerst erwünschter Beitrag zur Gutachteraufgabe. Und abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, daß unglücklicherweise die Nahverkehrs-Drehscheibe in die öffentliche Diskussion als Verkehrsbauwerk eingegangen ist, nur in der ursprünglichen Form vor dem Gutachten der Architekten die Bewertung „überdimensioniertes Verkehrsbauwerk“ verdiente. Der Entwurf Schmid belegt, daß es Möglichkeiten gibt, großmaßstäbliches und unintegriertes des ursprünglichen Entwurfes zu überwinden, auch wenn die Vorgaben der sogenannten Planungsparameter eingehalten werden. Das sind einige der wesentlichen Auszüge von Prof. Breitling. Er hat noch eine ganze Reihe von Stellungnahmen dazu abgegeben, vor allem auch von der Sichtbarkeit und von der Einsichtigkeit

dieses Projektes. Und er sagt, es ist wesentlich weniger störend für das Stadtbild, weil man es sich eigentlich nur von der Höhe vom Oberen Schiffweg und von der Tomitzstraße, wenn man hier über die Vorlandbrücke kommt, sieht, als z.B. das Hochhaus in der Färbergasse. Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Bauwerk als Verkehrsdrehscheibe hat eine ganz große Bedeutung für uns. Und die Schwierigkeit, es überhaupt umzusetzen und zur Verwirklichung zu bringen, liegt ja auch noch darin, daß die eisenbahnrechtlichen Bestimmungen, die äußerst schwierig sind, miteingebunden werden. Und deswegen hat es auch so lange gedauert, bis alle Planungsparameter auf einen Nenner gebracht werden konnten. Und wir sind froh, daß es jetzt soweit ist. Die Vergabe steht unmittelbar bevor. Es wurden die Bestbieter eruiert. Und ich darf hier an dieser Stelle erwähnen, daß wir heute ein Gespräch mit Vertretern der in Frage kommenden Firmen gehabt haben. Es sind zwei Großfirmen, um auch die Steyrer Wirtschaftstreibenden daran zu beteiligen. Es wird nicht ganz leicht sein, aber wir haben einen gewissen Konsens getroffen und sehr massiv darauf eingewirkt, daß auch Steyrer Unternehmen hier entsprechend beteiligt werden können. Natürlich ist die Stadt auf der anderen Seite am Bestbieterpreis sehr interessiert. Und die Preisvorgabe, die hier gemacht wurde, ist enorm, sodaß alle anderen eigentlich nicht mehr mitkonnten. Aber die haben sehr viel Erfahrung und haben vor kurzem ein ähnliches Bauwerk in Bischofshofen realisiert, und daher diese günstigen Möglichkeiten.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

..... Sprungschanze

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL

Über die Sprungschanze, Roman, kannst du dann, wenn sie fertig ist, „runterhüpfen“, mit Freuden!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Machen wir es miteinander.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich glaube, daß diese Entscheidung sicher richtig ist, wenngleich man immer geteilter Meinung sein kann und im nachhinein etwas „Besseres“ findet. Wir ersticken im Verkehr. Wir haben auch zu wenig Parkplätze und die Bemühungen, die Dr. Pfeil bezüglich einer Verbesserung der Bahnverbindung angezogen hat, dürfen und sollen nicht einschlafen. Nur es haben sich schon Landeshauptleute dort kalte Füße geholt in Wien. Und wenn man bedenkt, wieviel Generaldirektoren es bei der ÖBB und wieviel Minister es seither gibt, dann muß ich sagen, wünsche ich sehr, daß man hier vehement eine Verkehrsverbesserung, einen zweigleisigen Ausbau von Steyr nach Valentin, weiter betreibt, aber ich befürchte, daß das noch sehr lange auf sich warten lassen wird. Wir werden

auf alle Fälle dem Projekt die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Herr GR Fürweger bitte, in Vorbereitung GR Oberreiter.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat, sehr geehrte neue Gemeinderätin, werte Gäste! Es geht hier um sehr viel, es geht hier um 137 Mio. Schilling. Es geht ja nicht um Wartehäuschen, sondern um ein Bauprojekt, das - wie wir schon gehört haben - vielleicht jahrzehntelang das Stadtbild beeinflussen wird. Ich habe es mit Freude vernommen, diese Zeitungsmeldung, daß unsere Stadt, und wir sehen sie alle als unsere schöne Altstadt, auch bei der UNESCO ihren Wert findet. Und wir haben einige Bauprojekte in der Vergangenheit, und zwar in diesem Jahrhundert, die uns sicher jetzt noch zu denken geben. Ich denke an das Färbergassen-Hochhaus, ich denke an den Schönauer-Stadl, ich denke an die Sprengung der Neutorbrücke, ich denke an das Forum-Kaufhaus, ich denke an die Verschandelung des Volkskinos mit dem Stadtsaal und ich denke auch an die Verkehrslösung Tabor-Knoten. Manches ist sogar von Ehrenbürgern verwirklicht worden. 137 Mio. Schilling, und es wurde vom Bürgermeister eigentlich nur vom Geld gesprochen: Wir geben also viel Geld aus, und ich kann mich erinnern, wie er im Stadtentwicklungs-Ausschuß gesagt hat, das Stadtentwicklungskonzept soll kein „Darüberfahrer“ sein. Und wir haben es heute bekommen, zwei Wochen vor der entscheidenden Sitzung im Februar - das Stadtentwicklungskonzept. Und ich lese auf Seite 14 bei den allgemeinen Zielen: Bauliches Erbe und Urbanität von Dr. Breitling; Steyr ist die Stadt mit dem schönsten und kostbarsten, aber leider noch wenig bekannten Stadtbild. Vielleicht wurde bisher noch zuwenig getan, um Leute nach Steyr zu ziehen und vielleicht ist Steyr für manchen nicht gemütlich genug. Die Stadt muß mehr als bisher ins Bewußtsein der Welt gerückt werden. Nun, und ich glaube, daß wir uns mit diesem Bahnhofsparkdeck sicher nicht in die Welt rücken. Da muß einiges noch gemacht werden. Und wenn ich an StR. Tatzreiter denke, der sagt, es ist der Zeit entsprechend, das stimmt nicht. Es ist nicht der Zeit entsprechend. Für sie vielleicht, aber es gibt auch in Ihrem Kreise jüngere Bürger, die finden, daß es nicht mehr der Zeit entspricht. Und nur um Arbeit zu haben; ein kurzer Hinweise, Arbeit bekommen wir auch genug, wenn wir jetzt die 70 Wasseranschlüsse für die fehlenden Mietwohnungen - glaube ich - machen. Auch das ist viel Arbeit. Und ich habe versucht, ein Bild zu bekommen - meine Damen und Herren des Gemeinderates - und das einzige Bild, das es gibt, ist ein Bild von dem Gipsmodell des Vorentwurfes vom Arch. Schmid, im 3. Stock des Hauses. Es ist bereits drei, vier Jahre alt, alle können sich noch erinnern, die länger herinnen sind, wie hier die Präsentation war. Das war ein Gipsmodell der Architekten, um den Auftrag zu bekommen - und mehr war es nicht. Und ich habe mich am Montag in der Abteilung Hochbau erkundigt. Die Abteilung Hochbau in diesem Haus hat kein Bild, hat keine Skizze, hat keine Perspektive und hat mich an den Architekten Schmid verwiesen, der sagte mir, ich kann zu ihm kommen und mir ein Bild in A 0, 2 x 3 Meter holen. Das gibt es. Ich glaube, da liegt der Fehler. Im Grunde wollen wir natürlich eine Verbesserung der Verkehrsproblematik in der Stadt, aber wir können es uns ja nicht vorstellen. Wir können es uns einfach nicht vorstellen. Wir hätten hier eine weiße Wand, es wäre kein Problem, fachkundige Personen beizuziehen, angefangen vom Baudirektor, angefangen vom Fachabteilungsleiter Hochbau, angefangen von Architekten, und dann könnten wir uns ein Bild machen, wie wir diese 137 Mio. Schilling verbauen. Es geht um das „Wie“, und da haben wir große Sorge. Wir wollen nicht etwas machen, so wie es in der Vergangenheit passiert ist. StR. Schloßgangl

hat erwähnt BOE, ja die haben uns ein Bild gegeben, die waren ein positives Vorbild für uns. Angefangen von der Präsentation in dem Zelt, angefangen von der Dachgleichung bis zur Fertigstellung. Jedesmal hat man gesehen, wie dieses Bauwerk aussieht. Und wir sehen es bis jetzt nicht, wie dieses Bauwerk aussehen wird. Ich glaube, es ist unbedingt ein Überdenken notwendig. Man kann unsere Zweifel aus der Welt schaffen, wenn man uns endlich Bilder von diesem Bauwerk zeigt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, als nächstes GR Oberreiter, in Vorbereitung GR Vanek.

GEMEINDERAT

HELMUT OBERREITER:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die kurze Zeit, die ich dem Gemeinderat angehöre, sind die Verkehrsprobleme und damit eigentlich mit eingeschlossen das Problem und das Thema Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, Bahnhofsüberbauung, wie wir in der Zwischenzeit sagen, ein Thema. Es ist ja auch selbstverständlich. Die Probleme mit dem innerstädt. Verkehr sind ja nicht gering, und es ist Zeit, daß man handelt und nicht nur immer redet. Der Herr Verkehrsreferent weist ja immer darauf hin, wie schwierig die Situation ist. Und ich glaube, daß sicherlich auch hier die Entscheidung entsprechend gut ist und daß dies, ich bin sehr froh, endlich einmal soweit ist, daß man hier handelt, und daß diese Summe, die es zu beschließen gibt, auch beschlossen wird. Ich persönlich stehe sehr positiv dieser Entscheidung gegenüber, wo gemeinsam mit der ÖBB diese Kosten getragen werden können, und daher auch entsprechend (von der finanziellen Seite her), glaube ich, für die Stadt eine gute Lösung darstellt. Und ich glaube nicht, daß es unbedingt an einem Bild oder an einem Foto oder einer Fotomontage hängen kann und hängen soll, ob man sich für so ein wichtiges für die Stadt Steyr und ihre Verkehrslösungen notwendiges Thema aufhängen soll. Ich weiß aus früherer Zeit und wie das Modell vorgestellt worden ist, daß es ein Modell gibt, welches zu besichtigen war. Und wenn man sich das nicht angeschaut hat, dann kann man nicht hinterher sagen, daß es dieses nicht gibt. Und im großen und ganzen ist die Diskussion ja schon über Jahre hinweg und jetzt ist es soweit und es soll wirklich zu einem raschen Baubeginn kommen. Je schneller wir dort zu Ende kommen, um so schneller werden wir unsere Situation im Positiven lösen können. Und wenn auch immer wieder von meinen Vorrednern angesprochen wird, daß dieses Modell oder dieses Projekt nur das „Zweitbeste“ ist, dann muß man schon das Funktionale und die preisliche Ebene miteinander vergleichen und daraus die Schlüsse ziehen, ob es ein gutes oder weniger gutes ist. Und so betrachtet, kommen wir zu dem Schluß: Es ist ein sehr gutes Modell. Und ich sehe daher, daß diese Lösung mit einem zentralen Knoten, Umsteig-Stelle für Busse, Parkplatz in Zukunft für einen verstärkten Bahnbetrieb, eine Überlegung wert ist, und daher glaube ich, sollten wir diesem Modell, diesem Projekt, zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächstes GR Vanek, in Vorbereitung StR. Spöck.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stehen diesem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber. Wir sehen vor allem den verkehrspolitischen Aspekt in diesem ganzen Projekt, denn wir können endlich damit beginnen, die Busse vom Stadtplatz weg Richtung Bahnhof zu verlagern. Und ich glaube, daß der Stadtplatz um einiges wertvoller wird, wenn die Busse weg sind, wenn wir endlich andere verkehrspolitische Maßnahmen setzen können, wie z.B. den autofreien Stadtplatz, das ist auch ein Aspekt, der noch sehr wenig diskutiert wurde und in nächster Zeit vielleicht brisanter wird. Und vor allem die Verbindung Bus - Zug, die ja in Steyr nicht gerade gut gelöst ist, könnte dadurch verbessert werden. Also wir sehen vor allem den verkehrspolitischen Aspekt und nicht so sehr den ästhetischen. Meines Erachtens können wir mit dem Aussehen des Gebäudes und der ganzen Gegend rundherum, was da noch dazukommt, leben und möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß die Tankstelle, die geplant ist, ebenso ein diskussionswerter Punkt ist, die meines Erachtens nicht unbedingt in diese Gegend gehört. Aber ich glaube insgesamt gesehen, können wir mit diesem Projekt leben.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Herr StR. Spöck.

STADTRAT

WILHELM SPÖCK:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Kostenschwankungen, die der Herr Bürgermeister erwähnt hat, die 80 auf 160 auf 110 und jetzt auf 136 Millionen Schilling sind sicher nicht erfreulich. Man muß sie hinnehmen. Als positiv zu beurteilen ist vor allem, glaube ich, daß es trotz der Veränderungen bei der ÖBB, der Kollege Schloßgangl hat es schon ausgeführt, die ÖBB weiterhin am Zug bleibt und die 50 % zur Verfügung stellt. Die anderen positiven Dinge für den Standort hat der Herr Bürgermeister bzw. der Herr Kollege Schloßgangl und der Herr Kollege Vanek bereits angeführt - ich will mir das ersparen. Es gibt in meinen Augen nur zwei Möglichkeiten. Entweder es wird so gebaut mit 50 % Mitfinanzierung seitens der ÖBB, mit Mitfinanzierung seitens des Landes - muß noch geklärt werden ob 25 Mio. oder 25 % - oder wir verabschieden uns von diesem Projekt. Auch eine Möglichkeit. Demgegenüber steht aber die Notwendigkeit des Bahnhofparkdeckes, was auch im Gemeinderat mit einem Beschluß am 12. Oktober 1995 anerkannt worden ist, wo damals dem Vertrag mit der ÖBB einstimmig zugestimmt worden ist - inkl. der Stimmten der Kollegen der Freiheitlichen-Fraktion, die anwesend waren.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann werde ich mir vor dem Schlußwort noch eine Wortmeldung erlauben. Ich möchte nicht auf alle Wortmeldungen eingehen, nur auf 4 Punkte erscheint es mir schon wichtig, daß man noch einmal eine Stellungnahme abgibt. Herr StR. Schloßgangl, es ist schon sehr, sehr bemerkenswert, wie du den Gestaltungsbeirat bewertest. Immer dann, wenn er in dein Konzept paßt, dann ist er wichtig, und wenn er gerade nicht in das Konzept paßt, dann ist die Zusammensetzung falsch. Man hat das auch mit der BOE gesehen. Und ich habe als Vornehmheit dir gegenüber, damals die denkwürdige Sitzung vom 20.4. Bauausschhuß nicht erwähnt. Wenn du hier diese Sitzung erwähnst, wo unter Pkt. Diskussion man abstimmen hat lassen, dann ist das demokratiepolitisch aber äußerst bedenklich. Und ich habe das nicht versucht, am Anfang zu erwähnen, aber man muß das hier noch einmal sagen. Also deine Einstellung hier zum Stadtstatut und zur Demokratie ist schon äußerst bedenklich. Nächster Punkt - Tankstelle. Man beginnt ja bereits jetzt an dieser Stelle mit unsinnigen Projekten, dieses Bauwerk zu behübschen. Man setzt an einer der schönsten Aussichtssituation der Stadt Steyr nun eine Tankstelle vor, sodaß der Beginn der Rampe bereits verbaut wird. Eine Tankstelle mitten im Zentrum, anstatt daß man in die Infrastruktur weiter investiert, daß man - und ich sage das hier auch ganz bewußt -, wenn dort oben eine Drehscheibe des Verkehrs stattfinden soll, ja wohin sollen sich denn die Fußgänger drehen? Da muß gleichzeitig eine Wiederrichtung der Neutorbrücke miteingeplant werden, die unsere Ehrenbürger gesprengt haben. So einfach und notwendig ist das. Und zur Abstimmung von damals, das ist auch leicht erklärt, grundsätzlich stimmen wir der Grundsatzvereinbarung mit der ÖBB zu, nur das Projekt findet nicht unsere Zustimmung. Aber ich glaube, das haben wir .....

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe noch eine. Herr GR Philipps, ich erteile das Wort.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse, meine lieben Herren Bürgermeister! Es ist doch wirklich erstaunlich - wenn ich hier so zuhöre, ich wollte mich eigentlich gar nicht mehr zu Wort melden, weil ich schon die ganzen Argumente mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe - mit welchen fadenscheinigen Argumenten man ein Schlüsselprojekt in Steyr zu Fall bringen möchte. Mit welcher witziger Argumentation man hier versucht, im letzten Augenblick - im Wahljahr noch - das sogenannte Schlüsselprojekt für unsere Verkehrssituation womöglich zu verzögern. Computeranimation 1996 wäre ein Grund, dieses Projekt nicht zu befürworten. Ja wenn schon Computeranimation, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann 1991, aber nicht 96. Ein fadenscheiniger und geheimnisvoller ÖBBführender Techniker hätte sich plötzlich dagegen geäußert, hat aber soviel Angst vor seinem Vorgesetzten und vor der Politik, daß er sich nicht öffentlich dazu Stellung nehmen getraut. Ein Modell wäre nicht mehr ausreichend, es ist notwendig, hier eine Fotomontage zu entwickeln und Bilder davon zu malen, eine Tunnellösung, die erwiesenermaßen bereits damals schon das Doppelte gekostet hätte (von der heutigen Situation), das wäre plötzlich auch eine Alternative. Ich würde nicht hochrechnen wollen, wenn damals ein Projekt mit 150 Mio. auf den Tisch gekommen wäre, dann wären es heute bei realistischer Schätzung in etwa 200 Mio. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist meines Erachtens notwendig, und jetzt vielleicht versuche ich mich wieder auf die sachliche Ebene zurückzubegeben, dieses Schlüsselprojekt denn doch so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen, damit die Bevölkerung wieder ein weiteres Mal bemerkt, daß in dieser Periode von 91 - 97 etwas geschehen ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall, das Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eine recht interessante Debatte zu diesem wichtigen Vorhaben, meine Damen und Herren. Gerade sie, Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen, wir stimmen dem Projekt grundsätzlich zu, das ist aus dem Ausdrucksvokabular der Juristen entlehnt. Die sagen, wir sind grundsätzlich dafür, wenn sie meinen, daß sie eigentlich dagegen sind.

Gelächter

Stimmt das Dr. Tilman Schwager? Kommt das vor?

GEMEINDERAT:

DR. TILMAN SCHWAGER:

Selten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kommt vor.

Gelächter.

Das ist in Wirklichkeit das Problem, das bei unseren Debatten immer wieder zum Vorschein kommt. 10 Jahre lang, da sind wir uns einig, 10 Jahre lang meinen wir, bemühen wir uns, daß es hier ein Projekt dieser Art geben soll.

Daß man Schiene, Bus, städt-, öffentl. Verkehrsnetz zusammenführt. Ich erinnere mich noch daran, daß die Wogen hoch gegangen sind, wie wir nur, wie wir nur unter Anführungszeichen, die Citybusse durch die Bahnhofstraße fahren ließen und einige Parkplätze opfern mußten, weil diese Busspur erforderlich war. Wie wir uns alle einig waren, daß man in diesem Bereich zusätzliche

Parkplätze benötigt. Heute wird auf einmal eine reduzierte Position vertreten. Jetzt brauchen wir eigentlich nur mehr 50 Parkplätze und im Jahr 2000 werden es vielleicht 70 sein.

ZWISCHENRUF VON DR. PFEIL

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja! Herr Dr. Pfeil! Sie müssen aber schon dazusagen, das ist das Park-and-ride-Aufkommen der Bahn. Ja bitte sehr, wir wollten von Haus aus, daß wir im Ennsdorf mehr Parkplätze bekommen. Und das haben die Geschäftsleute, das haben die Beschäftigten und das haben die Gäste immer von uns verlangt. Das wird für uns schon bedeutsam, hier Parkplätze im Zusammenhang mit diesem Projekt zu schaffen. Das steht einmal eindeutig fest, und wir können uns davon nicht verabschieden. Wart Roman, reg' dich nicht auf, zu dir komm' ich schon.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich habe schon geglaubt, du hast auf mich vergessen.

Gelächter.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Du wirst von mir auch noch ein bißchen bedient. Oder die Vornehmheit des Dr. Pfeil Richtung seines StS.-Kollegen Schloßgangl. Ich meine, in Wirklichkeit hat er schon recht, wenn er meint, daß hier eine weitere Sitzung mit einem Tagesordnungspunkt hätte gemacht werden können oder sollen. Aber in der Sache bitte, Herr Dr. Pfeil, hätte sich nichts geändert. Wir hätten dafür nur mehr Zeit gebraucht, um diese Entscheidung herbeizuführen. Und das Entscheidungen notwendig sind, daran kann es doch auch keinen Zweifel geben. Wir wollen das Projekt in Steyr realisieren, die anderen haben nicht unbedingt das Hauptinteresse. Und es ist fast mystisch, wie sie sagen, da gibt es bei der Bundesbahn hohe Würdenträger, Kollege Philipps hat dies auch angesprochen, die sagen, dieses Projekt ist ja fürchterlich. Ich muß ihnen sagen, ich habe mit einer ganzen Menge Leute, mit hohen Würdenträger bei der Bundesbahn gesprochen, die das Projekt überhaupt nicht machen wollen. Selbst der Herr Generaldirektor Draxler hat beinahe gesagt: „Also für mich hat dieses Projekt in Steyr nicht eine vorrangige Bedeutung." Die Prämissen haben sich geändert. Und er ist bei den Bundesbahnen aufgefordert worden, Schwarze Zahlen zu schreiben. Es ist verständlich, daß der

nicht unbedingt als erster große Investitionen auf unserem Bahnhof machen möchte. Und wenn sie sagen, Herr Dr. Pfeil, der designierte Herr BK Klima ist der Schuldige, daß wir nicht die Westbahn über Steyr haben. Wir haben so viele Debatten geführt. Viele Mitbürger und Mitbürgerinnen haben sich engagiert, Herr LH Ratzenböck in Begleitung hochrangiger Steyrer Bürger, Politiker, Leute aus der Wirtschaft, der Herr Hartlauer, erinnere ich mich, hat sich engagiert und 12.000 Unterschriften sind in diesem Zusammenhang übergeben worden. Es ist im Zuge der Diskussion über diese Wünsche nicht dazugekommen. Man muß auch ehrlich sein und zugeben, daß wahrscheinlich im Zuge des Ausbaus der Ost-West-Transversale, hinaus bis ans Meer nach Hamburg und hinunter bis in den Balkan, Steyrer Bahngäste nicht ausreichend vorhanden wären, um in Steyr stehenzubleiben; mit diesen schnellen Zügen, die 200 km/h fahren. Wir waren nicht in der Lage nachzuweisen, daß hier ein Potential an Zugfahrern vorhanden wäre, die hier in Steyr einen Halt gerechtfertigt hätten. Wenn wir weiters wissen, daß der Großteil des Verkehrsaufkommens auf der Bahn Frachtaufkommen ist, und wenn wir weiters wissen, daß 75 % des Frachtaufkommens auf der Bahn in Österreich hier Transitaufkommen ist, das eigentlich nur durchfährt und keine Destination in Österreich hat, und wenn wir weiters wissen, daß es nur 2 solche Frachtterminals gibt und der eine sich im Westen und der andere sich weit im Osten befindet, dann würde eine Westbahn über Steyr bedeuten, daß alle 10 Minuten ein Zug mit 200 km/h „vorbeidonnert“, aber nicht stehen bleibt. Und ob das die Begeisterung der Steyrer Bürger auslösen würde, wage ich auch sehr zu bezweifeln. Wir sollten uns mit dieser Materie intensiver auseinandersetzen und nicht es beim Austausch von Schlagworten belassen. Ich glaube auch und pflichte bei, daß die einzige und wirkliche Alternative zur Westbahn - also nicht über Steyr - ein Ausbau der Strecke St. Valentin - Steyr ist, und das werden wir in Zukunft auch weiter verlangen müssen. Wir setzen aber auch voraus, daß gewisse Frequenzen im Bahnbereich eingebracht werden, also Personen- und Frachtaufkommen. Und die Chancen, daß das besser wird, die werden sich schon heben, wenn hier z.B. die Bahnhöfe ausgebaut werden, wie es auch im Rahmen dieses Projektes geschieht. Das sollten wir uns bei dieser Gelegenheit doch auch vor Augen halten. Und weil hier auch angesprochen worden ist, es wird schon behübscht und die Tankstelle, die dort auch geplant ist. Ich muß schon sagen, auch dieses Projekt ist im Gestaltungsbeirat gewesen und vom Gestaltungsbeirat abgesegnet worden, bitte sehr. Also es kommt nicht irgendeine Tankstelle hin, sondern eine besondere und eine solche, die vom Gestaltungsbeirat goutiert wurde. Das sollte man sagen, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Richtig ist auch, was der Kollege Spöck sagt. Wenn wir, - na man muß sich ja nur darüber unterhalten - meinen, daß wir jetzt wieder visualisieren, daß wir jetzt wieder ein bißchen überlegen, daß wir uns jetzt wieder das Modell herstellen, dann muß ich sagen, mein lieber Herr Kollege Fürweger, 10 Jahre haben wir Vorlauf, 3 Jahre steht dieses Modell „umeinander“. Wenn sie es jetzt noch nicht wissen, wie es ausschaut, wer ist da schuld? Wer ist da schuld? „Schauen sie es sich an“, kann ich nur wie Karl Farkasch sagen, tun sie das, es wird sie niemand aufhalten. Natürlich ist es ein Kompromiß, es ist ein Funktionsbauwerk, aber wir haben nicht von unserer Seite gesagt, es soll dort kein Architektenwettbewerb durchgeführt werden. Der Herr Präsident Schimek hat gesagt: „Ein Architektenwettbewerb scheint dort nicht zweckmäßig, es gibt zu viele Zwangspunkte.“ Daher ist es auch unterblieben, aber wir haben 4 Architekten eingeladen. Es sind die Kosten und es ist die Funktionalität, die wir sehen mußten. Nicht nur unter dem Aspekt, was wir wollen, sondern das Ganze findet auf Bundesbahngrund statt. Das Ganze findet unter 50%iger Kostenbeteiligung der Bundesbahnen statt und - wie wir uns wünschen - unter 25%iger Beteiligung des Landes OÖ. Und weil du das Bad angeschnitten hast, obwohl das nicht unbedingt da dazugehört, aber sei’s drum mein Freund, da haben wir eine ähnliche Situation gehabt, du hast zwar dann recht geschrien, weil das Bad nicht hergerichtet worden ist und hast dich mit dem Kübel fotografieren lassen - alles gut und schön - aber du warst auch eifrig unterwegs, wie du Unterschriften dagegen gesammelt hast. Und eines haben wir auch gehabt, es war ein Kostenproblem, und der Herr Landeshauptmann hat uns gesagt, ein Projekt dieser Größenordnung, wie es ursprünglich geplant war und von dir auch vertreten, Erlebnisbad, ja bitte sehr, er hat gesagt, das greift er aus Kostengründen gar nicht an. Und alleine können wir es uns nicht leisten. Also werden wir wohl denen, die mitzahlen, das wollen wir ja und wünschen wir auch, in irgendeiner Form Rechnung tragen müssen. Das bleibt uns leider nicht aus. Man könnte natürlich noch vieles mehr sagen. Herr Dr. Pfeil, sie haben gesagt, was sie schon einmal beim Budget gesagt haben. Sie haben gesagt, ich gehe als Verwalter in die Geschichte der Stadt Steyr ein. Das hat mich dort schon gefreut, daß sie mich in den Beamtenstand erhoben haben.

Aber heute haben sie wieder gesagt, daß ich als Verschandler eingehe. Das werden sie sich auch einmal vornehmen müssen zu entscheiden. Wollen sie mich als Verwalter oder wollen sie mich als Verschandler haben. Wenn wir nichts tun - also nur verwalten -, dann verschandeln wir nichts. Wenn wir etwas tun, laufen wir Gefahr, daß das eine oder andere vielleicht auch kritisiert werden kann. Ich persönlich glaube, daß sie in dieser Situation als Verkehrsreferent eigentlich gefordert waren und sind, nämlich Lösungen für unser Verkehrsproblem in der Stadt zu finden und weniger als Stadtbildpfleger, das ist nämlich das Geschäft vom Koll. Schloßgangl. Und er hat sich wirklich bemüht und intensiv mit dieser Materie auseinandergesetzt. Und niemand, niemand glaube ich - auch nicht der Bürgermeister - ist hier interessiert, die Stadt zu verschandeln. Aber ist einfach notwendig, dieses Bauwerk zu errichten, und wir bemühen uns schon 10 Jahre darum. Und es ist ein Kompromiß, der noch sorgfältige Beachtung der Meinungen der Architekten, der Bundesbahnen, der Grundbesitzer und Bauauftraggeber bedarf, auch unter dem Aspekt, daß es die Funktion erfüllen soll. Das Projekt ist auch im Interesse des Stadtteiles Ennsdorf und wir sollten es schleunigst in Gang setzen. Es wird heute auf diesen Beschluß ankommen, und ich bitte wirklich alle hier - auch die Mitglieder der F-Fraktion, ihren Herzen einen Stoß zu geben -, die Bemühungen, die wir alle mitsammen angestrengt haben, mit einer Zustimmung zu unterstützen, weil wir dieses Projekt ganz dringend brauchen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für das Schlußwort Herr Bürgermeister. Nur eines ist schon bemerkenswert und eines möchte ich schon nicht .... .. (Zwischenrufe) so annehmen. Daß sie gegen die Anbindung der Westbahn an die Region Steyr sind, das höre ich jetzt zum ersten Mal

BÜRGERMEISTER LEITHENMAYR:

Ich bin nicht dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

und aus diesem Lichte, sind einige Dinge aus der Vergangenheit erklärbar. Wir kommen nun zur Abstimmung über den 1. Nachtrag zum Übereinkommen vom 20.6.1996 bzw. 18.11.1996. Die Stadt Steyr, vertreten durch die nach dem Statut für die Stadt Steyr zeichnungsberechtigten Organe, nachfolgend kurz Stadt Steyr genannt, und die Österreichischen Bundesbahnen, nachfolgend kurz ÖBB genannt, haben am 20.6.1996 bzw. 18.11.1996 ein Übereinkommen zur Errichtung eines Parkdeckes für ca. 200 PKW sowie eines Autobusbahnhofes abgeschlossen und dieser Vertrag wird in Punkt 1, Pkt. III geändert. Auch die Kostenermittlungen sollen sich nun auf 137 Mio. Schilling belaufen.

Wer ist für diesen Antrag? Danke! Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? 6 Stimmenthaltungen (F). Wer ist gegen diesen Antrag? 1 Stimme (F). Der Antrag ist mehrheitlich angenommen. Danke. Herr Bürgermeister Leithenmayr ich nehme an, daß sie die Anträge von Frau Vizebürgermeisterin Mach auch durchführen werden. Ich erteile ihnen das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich mir doch einmal eine kleine Berichtigung zu den Ausführungen des Herrn Vizebgm. Pfeil erlauben. So etwas ist möglich.

Zwischenruf - Das gehört aber nicht recht zur Tagesordnung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im Parlament heißt das tatsächliche Berichtigung, das kann man sagen, wenn jemand wirklich etwas sachlich Falsches sagt. Sie haben mich interpretiert, ich sei gegen die Westbahn über Steyr, das war ihre ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben sie gesagt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So haben sie das gehört?! Also ich hoffe nicht, daß das alle anderen auch so gehört haben! Ich habe versucht zu erklären, daß wir mit dieser Position, aus zum Teil sachlichen Gründen, nicht durchgekommen sind. Also ich lege keinen gesteigerten Wert darauf, was unwidersprochen im Raum bleibt. Was sie gesagt haben, Leithenmayr ist gegen die Westbahn über Steyr. Das ist so ein kleines politisches „Ballerl“.

Zwischenruf Frau GR Bauer.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, ich habe mich mit allen Ministern und den ganzen Verantwortlichen über diese Geschichte unterhalten, Frau Bauer, das können's mir glauben. Es wäre schön gewesen.

Nur wenn man hier diese Debatte führt, dann muß man schon bemüht sein, bei der Wahrheit zu bleiben und bei dem, was wirklich ist. Und ich habe mich darum bemüht, und ich bin nie gegen die Westbahn über Steyr gewesen. Ich habe nur akzeptieren müssen, daß das nicht durchsetzbar war. Und das habe ich auch heute gesagt.

So, die Kollegin Mach hat heute mehrere Anträge, der erste beschäftigt sich mit der Geschützten Werkstätte Steyr und der Refundierung der Kanalanschlußgebühr im Subventionswege.

4) Fin-19/94

Geschützte Werkstätte Steyr,

Refundierung der Kanalan-

schlußgebühr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 27.12.1996 wird dem Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum Linz im Zusammenhang mit der Errichtung der Geschützten Werkstätte Steyr eine einmalig, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention zur Abdeckung des Aufwandes für die Kanalanschlußgebühr in Höhe von

S 269.000,--

(Schilling zweihundertneunundsechzigtausend)

gewährt. Die hiefür erforderlichen Mittel werden aus dem Budget 1996 bei der Vst. 1/4130/777000.0 freigegeben.

Ich bitte hier um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es diesbezüglich Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlußwort? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Refundierung! Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? Einstimmigkeit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Verein „Miteinander/Mobiler Hilfsdienst“, kurz MOHI genannt, soll eine Aufstockung des Personalstandes vornehmen, die dazu führt, daß eigentlich der Personalstand gleichbleibt, aber weil hier KRAZAF-Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, wollen wir dem nähertreten. Die Dinge sind auch im OÖ. Bedarfs- und Entwicklungsplan, kurz BEP genannt, des Landes OÖ. geprüft worden, und es wird hier bestätigt, daß dieser Bedarf vorhanden ist. Diese Personalkosten plus einer Subvention sollen dazu führen, daß hier ein höherer Betrag seitens der Stadt als Förderung vorgesehen wird. Der Antrag des StS an den GR lautet:

5) SH-Erl-2200/90

Verein „Miteinander/Mobiler

Hilfsdienst“; Aufstockung des Personalstandes; außerordentli- ches Subventionsansuchen betreffend Wochenend- und Feier- tagsdienst 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 2.1.1997 wird

1. der Personalaufstockung im Ausmaß von 2 vollbeschäftigten Altenhelferinnen beim Verein „Miteinander/Mobiler Hilfsdienst“, 4400 Steyr, Siemensstraße 13/10, zugestimmt,

2. der durch diese Personalaufstockung für das Jahr 1997 entstehende Mehraufwand in Höhe von S 846.108,-- im Rahmen der bisherigen Vereinbarung übernommen,

3. dem Verein „Miteinander/Mobiler Hilfsdienst“ für die Durchführung des Wochenend- und Feiertagsdienstes im Jahr 1997 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 221.068,-- gewährt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt

S 1, 067.176,--

(Schilling einemillionsiebenundsechzigtausendeinhundertsiebzigsechs)

wurden bei der VASt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

Von seiten des Landes OÖ. werden

50 % dieses Aufwandes refundiert.

Ich bitte um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Die Meriten des MOHI glaube ich brauchen wir hier nicht weiters zu beschreiben. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir diesem Antrag die Zustimmung erteilen werden, weil wir wollen ja nicht, daß aus MOHI Mohikaner werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Herr StR. Spöck bitte.

STADTRAT

WILHELM SPÖCK:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu. Bis zum Jahre 2030 wird jeder 3. Oberösterreicher über 60 Jahre alt sein. Die nach wie vor steigende Lebenserwartung bedeutet auch längere und intensivere Pflegebedürftigkeit. Es ist mit einem kontinuierlichen Ansteigen der Pflegeleistungen zu rechnen. Wir rechnen in etwa lt. Studie bis zum Jahre 2011 mit 26 % bis zum Jahre 2031 mit 70 %. Das familiäre Netz, in denen derzeit noch rd. 80 % der Pflegeleistungen vor allem von den Frauen erbracht werden, wird immer schwächer, insbesondere wenn ich an die sinkenden Haushaltsgrenzen denke. Die Konsequenz muß daher sein - unser Grundprinzip muß daher sein -, durch Information und Beratung jedem Betreuungs-Bedürftigen das geeignete Angebot zu geben. Vor allem soll die Pflege in den Familien professionell unterstützt werden. Die Selbsthilfepotentiale alter Menschen sind zu erhalten und insbesondere auch zu nützen. Das bedeutet wiederum, daß die in den Alten- und Pflegeheimen vorgelegten Strukturen - wie auch dieser mobile Dienst - auch ausgebaut werden müssen, daher auch die Zustimmung unserer Fraktion. Wir haben bis zum Jahre 2010 einen Bedarf von 21 Mitarbeitern. Der Personalbedarf beträgt jetzt 17 Mitarbeiter, tatsächlich hätten wir - würden wir diesem Antrag nicht zustimmen - nur 10 Mitarbeiter.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke! Gibt es diesbezüglich weitere Wortmeldungen? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen diesen Antrag? Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Rettungsbeitrag für das Jahr 1997. Sie wissen, daß wir aufgrund der Verordnung der OÖ. Landesregierung vom 16. Dezember 1996 verpflichtet sind, S 53,-- je Einwohner für das Rote-Kreuz, das wir dringend brauchen und bei dem ich mich bei dieser Antragstellung wieder einmal für die besonderen Leistungen bedanken möchte, die für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und darüber hinaus erbracht werden, zu zahlen. Meine Damen und Herren, der gesamte Betrag beträgt S 2,084.861,-- und in diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des StS. an den Gemeinderat.

6) Fin-2/97

Rettungsbeitrag 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 7. Jänner 1997 wird der Rettungsbeitrag für 1997 in Höhe von S 2,084.861,-- in zwei gleichen Teilen zu S 1,042.430,50 am 1. April und am 1. Oktober an das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Oberösterreich, entrichtet. Zu diesem Zweck werden die erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,084.861,--

(in Worten: zweimillionennullvier- undachtzigtausendachthunderteinund- sechzig)

bei der VASt. 1/5300/757000.2 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es diesbezüglich Wortmeldungen? Keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Ich geben den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

PAUSE VON 16.12 BIS 16.25 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzten die unterbrochene Sitzung fort. Ich ersuche als nächsten Berichterstatter Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Antrag geht es um die Mittelfreigabe, die wir anläßlich des Grundsatzbeschlusses zur Erteilung eines Auftrages an die BMW-AG für die Erstellung von Studien benötigen. Dieser Grundsatzbeschluß ist dahingehend an einen besonderen GR-Beschluß für die Mittelfreigabe gekoppelt. Jetzt liegt die Schlußrechnung für das Konzept zur Verbesserung der Verkehrslichtsignalanlagen, für die Steuerung der Ampelanlagen am sogenannten innerstädt. Verkehrsring, vor. Ich verhehle nicht, ihnen mitzuteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß mir die Notwendigkeit sehr bewußt ist, daß mir die Umsetzung schon sehr dauert, bis man etwas machen kann. Es sind noch einige Nachuntersuchungen notwendig, die noch ausständig sind, insbesondere am Taborknoten werden uns noch ergänzende Untersuchungen mitgeteilt, die trotz Urgenz noch nicht vorhanden sind, das sind die Fußgängerübergänge im Bereich Taborknoten und das ist das Problem der beidseitigen Ladenstraßenzufahrt im Bereich Taborknoten, damit wir eine möglichst durchgehende Grünphase vom Kreisverkehr in Richtung Enns haben. Es wird noch ein Nachtrag in nächster Zeit kommen, den

wir auch bereits gemeinsam beschlossen haben. Das sind auch ergänzende Untersuchungen, die aber dann extra in einem gesonderten Antrag (ich möchte es hier nur noch der Vollständigkeit halber erwähnen) zu honorieren sind, das sind die Teiluntersuchungen der Anbindung der viel diskutierten Rampe im Bereich des Bahnhofparkdeckes an das innerstädt. Verkehrsnetz. Wir werden in der nächsten Zeit sehr viel investieren müssen. Wir haben einen größeren Investitionsbedarf im Bereich der Ampelsteuerungsanlagen. Unsere Steuerungsanlagen sind zum Teil sehr marod bis kaputt und sie sind in den letzten Schaltphasen - wenn man das so sagen darf - für eine moderne Steuerungsanlagentechnik, die am innerstädt. Verkehrsring notwendig sind, leider nicht mehr brauchbar. Aus diesem Beschluß wird wahrscheinlich sehr viel Geld notwendig sein, um hier dann auch Taten zu setzen und dieses Konzept dann mit Leben zu erfüllen.

7) Präs-482/95

Grundsatzbeschluß zur Ertei- lung eines Auftrages an die BMW-AG für die Erstellung von Studien; Mittelfreigabe für das Rechnungsjahr 1996;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA.f.Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 2.1.1997 und des Vergabebeschlusses des GR v. 14.9.1995 wird der Mittelfreigabe für das verkehrstechnische Konzept für die signaltechnische Regelung des motorisierten Individualverkehrs der Stadt Steyr in Höhe von

S 650.000,--

bei VASt. 5/6120/728000.0 zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 650.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. Ich ersuche um Diskussion bzw. um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Herr Kollege Gollatsch, bitte sehr.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Grundsatzbeschluß zur Erteilung eines Auftrages an BMW und weitere Finanzierungsmöglichkeiten oder die Notwendigkeit der Ausfinanzierung - kein Problem. Ich habe nur mit der Studie ein Problem, und zwar ein Detailproblem. Am Tabor wurde von den Leuten, die diese Studie erstellt haben, eine Skizze aus der Regelung gezeigt, wo ich den Verdacht hege, daß die dort nicht einmal waren. Wenn man vom Tabor Richtung Blümelhuberberg die Straße zweispurig zum Fahren einzeichnet, ich glaube, die Leute waren dort noch nicht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Meldung sickert gerade ein. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlußwort Herr Dr. Pfeil?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, Herr GR Richard Gollatsch. Das ist „Schnee von gestern“, das kennen wir, das haben wir damals am 3. Juli im Verkehrsausschuß besprochen. Und es war von dir ein sehr richtiger und berechtigter Einwand. Und ich bin nicht dazu da, die Firma zu verteidigen. Ich habe überhaupt kein Nahverhältnis zu dieser Firma, das war ein Fehler, keine Firma ist fehlerlos, aber es war ein sehr richtiger Einwand, und wir waren dir alle im Verkehrsausschuß sehr dankbar, nur das ist „gegessen“. Persönlich war ich mit den Beteiligten, Dipl.-Ing. Nabl der Hauptmitverursacher dieser Studie, von der Fa. Schönharting & Partner, mit Dr. Rein von der Verkehrsabteilung München, mit Grassnigg, mit allen maßgebenden Herren, mehrfachst am Blümelhuberberg, am Taborknoten, an den entscheidenden Stellen. Also, sie waren dort, das war ein Fehler, ich kann dir eines mitteilen, auch unser Freund Jansky war einmal mit. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Danke dem Koll. Pfeil!

Anstelle des Koll. Bremm, der erkrankt ist, würde ich Koll. Spanring bitten, die Anträge des Koll. Bremm vorzutragen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING

ANSTELLE VON BERICHTERST. GERHARD BREMM:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Unterstützung einer Resolution des Stadtsportausschusses Steyr an den Landesschulrat für OÖ., in der es um Entgelte für die Benützung der Sporthallen in den Bundesschulen durch Sportvereine geht. Auch wenn zur Kenntnis genommen wird, daß der Eigentümer dieser Sporthallen für die Benützung ein Entgelt verlangt, liegt das Bemühen der Verantwortlichen im Sport darin, daß die Forderungen der Schulleitungen an die Vereine das im Gesetz vorgeschriebene Ausmaß nicht übersteigen. Gerade in Zeiten, in denen Mediziner den Bewegungsmangel der Jugend für Haltungsschäden verantwortlich machen, die Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher beklagt und die zunehmende Aggressivität der Jugend angeprangert wird, erscheinen Maßnahmen wie die Einhebung horrender Mieten für Bundesschulturnhallen fragwürdig. Man möge mich bitte vom Lesen der ganzen Resolution entbinden, sie liegt ihnen - meine Damen und Herren - ja vor, auszugsweise jedoch nur das wesentlichste: Der Stadtsportausschuß Steyr protestiert im Namen der über 65 in den drei Dachverbänden organisierten Steyrer Sportvereine mit rund 25.000 Mitgliedern gegen die teilweise überzogenen finanziellen Ansprüche der Leitungen der Bundesschulen bei der Nutzung der Sporthallen.

8) Präs-6/97

Antrag der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Entgelte für die Benützung der

Sporthallen in den Bundesschu- len durch Sportvereine; Antrag gem. § 12 StS. 1992

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr schließt sich der vorliegenden Resolution des Stadtsportausschusses Steyr vom 3.12.1996, die an den Landesschulrat für Oberösterreich gerichtet ist, vollinhaltlich an. (BEILAGE)

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als erstes zu Wort gemeldet, hat sich Koll. Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dieser Resolution die Zustimmung geben. Keine Frage. Ich hätte nur zwei Überlegungen: 1. ist im ganzen Bericht und in der Resolution keine Zahl angeführt, es wäre einfach interessant, wie hoch diese Forderungen sind. Und 2., womit begründen die Direktoren der höheren Schulen diese überhöhten Forderungen? Es kann heute vielleicht schwer beantwortet werden, weil der Herr StR. Bremm nicht da ist. Ich kann mir vorstellen und werde entschuldigen, daß es heute keine Antwort dazu gibt. Ich würde aber bitten,

bei derartigen Resolutionen und Anträgen dann doch das eine oder andere Zahlenmaterial dazuzugeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke! Kollege Philipps dazu.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Wertes Präsidium! Ich bin auch auf der einen Seite daran interessiert, wieviel diese Zahlen ausmachen. Auf der anderen Seite glaube ich doch, bis zu einem gewissen Grad Begründung hierfür liefern zu können, weil ich damit eines erwähnen kann, daß es sich hier um eine unglaubliche Schulautonomie handelt. Und zwar seit der Schulautonomie wird also der Direktor für seine Kosten, die er hier auch für die Heizung, Stromkosten und dergleichen ausgeben muß, verantwortlich sein. Und es handelt sich hier um ein vorgegebenes Budget, das er also auf keinen Fall überschreiten darf. Das also diese Seite, aus der wahrscheinlich diese Vorschreibung der Kosten resultiert. Das heißt also, im Endeffekt handelt es sich darum, daß die Direktoren mit Sicherheit versuchen werden, hier bis zu einem gewissen Grad auch die Standzeiten der Sporthallen, in denen sie also außerschulisch genützt sind, selbstverständlich auch ein bißchen mit Einkommen zu versehen. Das wird der Grund für diese Situation sein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Fürweger.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium! Werter Gemeinderat! Früher hat es den Ausschuß für Schule und Sport gegeben, den haben wir aufgelöst. Jetzt haben wir den Stadtsportausschuß.

Und ich sage Umweltausschuß, Sozialausschuß, APT-Ausschuß und dann fragt mich wer: „Ja, und wer ist im Stadtsportausschuß?“ Und ich muß sagen, das ist eigentlich kein politisches Gremium. Ich glaube wir sollten uns wirklich einen gewissen Schutz auferlegen. Ich könnte mich vielleicht mit dem Wort „Beirat“ anfreunden. Ich glaube auch, daß es notwendig wäre, daß ein Vertreter dieses Stadtsportausschusses im Sozialausschuß vertreten ist, wo wir dann auch diese Sachen wirklich besprechen können. Vielleicht kann uns jetzt schon der Vorsitzende des Stadtsportausschusses, OAR. Obrist, Auskunft geben, wie der Sportausschuß eigentlich zusammengesetzt ist, welche Leute da überhaupt drinnen sind und wie man auf das alles kommt. Und der Amtsbericht selbst ist - meine Vorredner haben es schon gesagt - einfach nicht schlüssig und man kann sich darunter nur sehr schwer etwas vorstellen. Es fehlen die Zahlen, man kann damit wirklich nichts anfangen. Also mein

Wunsch ist, einmal das Wort Ausschuß wegzubringen, dann einen Vertreter in den Sozialausschuß zu entsenden, und dann haben wir den Sport wieder in einem politischen Gremium wirklich ordentlich vertreten.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächstes zu Wort gemeldet, hat sich Herr Dr. Schwager - ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Es ist jetzt wirklich nach der Wortmeldung des Kollegen Fürweger die Frage, an welchen Ausschuß schickt man das jetzt zurück? Ich meine, daß diese Resolution in der Form nicht beschlossen werden kann, glaube ich, daß ist fast die übereinstimmende Meinung hier im Haus. Wir haben keine Zahlen, wir haben überhaupt keine Unterlagen. Es geht nur darum, daß man sich darüber beklagt, daß ein Entgelt für die Benützung von Räumlichkeiten benützt wird. Aber bitte meine Herrschaften, der Appell zu wirtschaften, ist ja nicht nur an die Stadtgemeinde gerichtet, sondern an alle Gebietskörperschaften gleich. Also ich glaube nicht, daß wir hier aus dem Bauch eine Resolution beschließen können, ohne genau die Grundlagen geprüft zu haben, ob diese Vorgangsweise der Bundesschulen absolut richtig ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Dürfen wir den gegenwärtigen Vorsitzenden des Stadtsportausschusses bitten, von dort aus zu berichten. Offenbar herrscht da eine gewisse Aufklärungsnotwendigkeit, was der Stadtsportausschuß ist, warum es den gibt und wie er zusammengesetzt ist.

OAR. ANTON OBRIST:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Stadtsportausschuß ist mit dem Landesgesetz eingerichtet. Den kann man nicht wie einen jeden anderen Ausschuß auflösen. Den Namen hat nicht die Stadt gegeben, sondern das Land OÖ. und er ist gesetzlich verankert. Im Stadtsportausschuß gibt es 9 Personen, 3 von der UNION, 3 vom ASKÖ, 3 vom ASVÖ, vom allgemeinen Sportverband, daß man hier die Unterscheidung genau beachtet, ASKÖ und ASVÖ sind nicht das gleiche. Und die Personen, ich weiß nicht, ob man die jetzt nennen muß, auswendig wüßte ich sie auch nicht alle. Auf jeden Fall hat die Stadt keinen Einfluß, ob es den Stadtsportausschuß gibt oder nicht, aber sie kann ihn nicht auflösen. Und zu den Vertretern, weil es ja immer hieß, warum da keine politischen Vertreter drinnen sind. Der Sport ist ja bekanntlich unpolitisch, daher ist es nicht

unbedingt notwendig, dort politische Vertreter zu entsenden. Die Entsendungsmöglichkeiten haben nur die Dachverbände und niemals eine Fraktion. Das ist glaube ich aber auch gut so, und wie gesagt, es ist im Gesetz vorgeschrieben und setzt sich fort vom Landessportrat über den Stadtsportausschuß.

Zwischenruf ....

Bitte, wieso Antrag? Der Stadtsportausschuß hat keinen Antrag gestellt, nur - darf ich das bitte noch kurz ausführen - weil GR. Dr. Tilman Schwager gemeint hat, daß man mit der Resolution nichts anfangen kann. Wir von den Dachverbänden sind ja der Meinung, daß wir den Sport zu vertreten haben. Und es geht darum, daß in ganz OÖ. unterschiedliche Gebühren eingehoben werden. Dem wollen wir genauso wie in Linz, dort ist es schon beschlossen, auch gleich, wortgleicher Antrag, dort ist es durchgegangen, aber bitte man kann natürlich immer etwas finden. S 50,-- werden derzeit verlangt oder sollten verlangt werden, wird aber nicht in allen Schulen eingehalten, daher sind wir als Dachverbände aufgerufen, die Vereine zu vertreten. Und es geht auch darum, daß wir nicht eine Reinigungsgebühr von den Sportvereinen verlangen. Gereinigt wird am Vormittag, vor Schulbeginn, also die Reinigung ist sowieso erforderlich. Das sind lauter Dinge, die in der Resolution stehen. Wir vertreten auf jeden Fall die Sportvereine. Und wenn es der Gemeinderat nicht so macht, können wir das auch nicht ändern.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wir als Stadt haben natürlich erhebliches Interesse, daß die über 65 im Stadtgebiet befindlichen Sportvereine nicht über Gebühren, die sie plötzlich bei der Benützung von Turnsälen zahlen müssen, so belastet werden, daß sie sich das nicht mehr leisten können und dann natürlich um höhere Subventionen zur Abdeckung dieser Kosten, die ihnen eigentlich der Bund abnimmt oder die Schuldirektoren im Zuge der Schulautonomie (wie Kollege Philipps angeführt hat), wieder zur Stadt kommen. Wie wir wissen, gibt es ja jetzt in den Schulen Werbemöglichkeiten. Wir werden also ein bißchen hinschauen müssen, wie weit hier die Schule oder die einzelnen Schulen von diesen Möglichkeiten, sich ein Körberl Geld zu verdienen, Gebrauch machen. Und daß das nicht ausufert, das ist auch im Interesse der Stadt und auch im Interesse der Kinder, weil theoretisch wäre ja auch z.B. eine sittenwidrige Werbung möglich, was ich nicht glaube, daß das unsere Lehrer tun, aber da gibt es halt auch Grenzwerte. Und es neigen manche Schuldirektoren dazu, daß sie durch überhöhte Gebühren von Sportvereinen hier ihr Körberl Geld ein bißchen ausfetten. Und das ist auch nicht im Sinne der Stadtverwaltung, und um das geht es in dieser Resolution. Sie ist von allen drei Dachverbänden getragen, und daher kann man „unpolitisch“ oder besser „unparteiisch“ sagen. Politisch schon, aber sportpolitisch und nicht parteipolitisch, und daher könnte man sich verständigen, hier unserem Sportverein - im eigenen Interesse sozusagen - Unterstützung angedeihen zu lassen. Darum geht es. Ich würde jetzt um das Schlußwort bitten Herr Referent.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL.

Ich hätte eine Zusatzfrage

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Pro Stunde Einheit heißt das. Das ist aber nach langem hin und her zwischen der Bundessportorganisation und den zuständigen Ministerien als Kompromiß ausgehandelt worden, es waren da ursprünglich höhere Vorstellungen. Aber jetzt halten sich so manche nicht daran, und wir müssen ein bißchen nachstoßen, um das geht es eigentlich, bitte.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren, es geht uns nicht darum, nichts zu behalten, sondern es wird klar anerkannt, daß einfach Kosten auflaufen, es geht um Festlegung von Richtlinien, das ist anscheinend notwendig. Und es heißt in der Resolution, wenn man die wirklich aufmerksam gelesen hat, der Landesschulrat für OÖ. als Schulbehörde erster Instanz möge für die Bundesschulen Richtlinien erlassen, in denen die Mehrausgaben für die außerschulische Benutzung durch Sportvereine festgelegt werden und zur Feststellung dieser Mehrausgaben einen unabhängigen Sachverständigen beiziehen, wobei sich hier die Dachverbände noch bereit erklärt haben, auch die Kosten diese Sachverständigen zu übernehmen, um schlußendlich klare Richtlinien für alle Sportvereine und für die Schulen zu erhalten. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer für diese Resolution stimmt, möge ein Zeichen geben. Wer ist gegen diese Resolution? Niemand. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (F). Diese Resolution ist mit Mehrheit angenommen. Nr. 9) bitte.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Im 2. Antrag geht es um Rückvergütung Kommunalsteuer 1994 von SK Vorwärts Steyr. In der Vereinbarung, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Steyr und dem SK Vorwärts Steyr vom 16. März 1995 Pkt. VIII wurde vereinbart, daß die Überweisung der Lustbarkeitsabgabe und der Kommunalsteuer an die Stadt unterbleiben kann, wenn durch Vorlage von Zahlungsbelegen oder in anderer geeigneter Form nachgewiesen wird, daß diese Beträge in voller Höhe zur Abdeckung der vertragsgegenständlichen Kreditverbindlichkeit verwendet wurden. Sollte die Tilgung des Kredites im laufenden Kalenderjahr entsprechend dem Tilgungsplan erfolgt sein, verpflichtet sich die Stadt, sowohl die Lustbarkeitsabgabe als auch die Kommunalsteuer in voller Höhe im Subventionswege für das jeweilige Kalenderjahr zu erlassen. Zumal der o.a. Vertrag erst ab dem Jahr 1995 Gültigkeit hat,

wird mitgeteilt, daß für das Jahr 1994 seitens des SK Vorwärts Steyr noch ein Betrag von S 152.579,84 inkl. Mahngebühren und Säumniszuschlag im Bereich der Kommunalsteuerabrechnung an die Stadt Steyr offen ist. Aufgrund des angeführten bzw. aufgrund der Tatsache, daß der SK Vorwärts Steyr nunmehr seinen Zahlungsverpflichtungen in voller Höhe nachgekommen ist, wird im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten, Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr und dem Sportreferenten, Herrn StR. Bremm, vorgeschlagen, dem SK Vorwärts Steyr die Kommunalsteuer 94 im Subventionswege zu refundieren, d.h. buchhalterisch auszugleichen. Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

9) Fin-247/96

Rückvergütung Kommunal-

steuer 1994; SK Vorwärts Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 10. Dezember 1996 wird dem SK Vorwärts Steyr die Kommunalsteuer für das Jahr 1994 von S 152.600,-- im Subventionswege rückerstattet. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 152.600,--

(einhundertzweiundfünfzigtausend))

werden bei der VASt. 1/2690/757000.9 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Danke dem Kollegen Spanring für den Vortrag, ich ersuche den Koll. Eichhübl als nächsten Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe ihnen einen jährlich wiederkehrenden Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, von der Geschäftsstelle für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten zur Beschlußfassung vorzutragen. Und zwar geht es in diesem Antrag um einen Zweckzuschuß in Höhe von S 2,447.336,--, der vom Bundesministerium für Finanzen an den Städt. Verkehrsbetrieb ergehen soll. Der Zuschuß wird unter der Voraussetzung gewährt, daß zumindest in derselben Höhe, als diese von mir vorhin genannte Zahl, von seiten der Stadt ein Zuschuß an den Verkehrsbetrieb genehmigt wird. Ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen.

10) Präs-31/83

Verkehrsbetriebe der Stadtwerke;

Zuerkennung einer Grundleistung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. März 1996 wurde als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1996 der Betrag von S 1,200.000,-- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 17.12.1996 wird nunmehr eine Aufstockung dieser Grundleistung um einen Betrag von

S 1,247.336,--

auf insgesamt S 2,447.336,-- genehmigt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,000.000,--(eine Million)

bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 freigegeben und wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 247.300,--

(zweihundertsiebenundvierzigtausend-dreihundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei dem vom Bund gewährten Zweckzuschuß zur Nahverkehrsförderung zu erfolgen. Gleichzeitig wird für die Zukunft festgelegt, daß an die Stadtwerke Steyr als jeweilige Grundleistung der Gemeinde zur Förderung für den öffentlichen Personennahverkehrs-Unternehmungen ein Betrag in exakt derjenigen Höhe zu leisten ist, der vom Bundesministerium für Finanzen entsprechend den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetztes der Stadt Steyr gewährt wird.

Herr Bürgermeister ich darf bitten, über den Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Kollege Gollatsch.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich bin ein Verfechter der korrekten Amtsberichte. Wenn sie bitte auf Seite 2 schauen, soll diese Grundleistung von S 1,247.336,-- auf 2.2.447.336,-- oder 22 Millionen 447 - da oben bitte - aufgestockt werden. Es ist ein Unterschied, ob es 2 oder 22 Millionen sind. Und 2., wir machen jedes Jahr eine Aufstockung, das wird schon geregelt, und jedes Jahr haben wir im Budget zuwenig Geld. Ich würde ersuchen, das nächstes Mal im Budget zu berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem keine weitere Wortmeldung ist, möchte ich den Herrn Referenten um sein Schlußwort bitten.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Ich darf ganz kurz auf die Einwände vom Koll. Gollatsch, die an sich gerechtfertigt sind, eingehen. Das eine war die Budgetierung (die genauere), die auch im Stadtsenat Gegenstand einiger Wortmeldungen war. Nachdem ja bekannt ist, daß also die Grundleistung in einer gewissen Höhe

von seiten des von mir genannten Bundesministeriums gewährt wird, könnte man tatsächlich diesen Betrag genauer im Budget festhalten. Was den Amtsbericht betrifft, so ist es tatsächlich so, daß auf Seite 2, ganz oben, ein 2er zuviel dasteht, das ist richtig. Aber ich habe mich auf die Antragstellung an den Gemeinderat bezogen, und da ist die Zahl richtig genannt worden. Also es ist richtig, der 2er gehört weg und es sind nicht 22 Mio., sondern 2,447.336, um tatsächlich das so zu unterstreichen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Koll. Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Koll. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem ersten Antrag geht es um den Geh- und Radweg Ennserstraße, im Ortsgebiet Dornach sollen die Arbeiten vergeben werden.

11) Bau3-2830/86

Geh- und Radweg Ennser Straße im Ortsgebiet Dornach

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 29. November 1996 wird der Antrag zur Durchführung der Bauarbeiten zur Errichtung des Geh- und Radweges längs der B115 im Bereich Dornach, links stadtauswärts, zwischen Dorningerbach und Stadtgrenze zu Dietach, samt der erforderlichen Verlegung der Bundesstraße auf diesem Straßenabschnitt an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 485.801,10 inkl. MWSt. übertragen. Die erforderlichen Mittel von S 300.000,-- sind bei VSt. 5/6121/002300.9 und der Rest von S 185.000,-- ist durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/6120/728000.0 (Gemeindestraßen, Verkehrsmaßnahmen) zu VSt. 5/6121/002300.9 (Straßenbauten Errichtung von Rad- und Wanderwegen) freizugeben, da dieser Betrag nicht mehr benötigt wird. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 485.900,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Herr Bürgermeister, ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung über diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dank sehr. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1996, die Fassadensanierung des ehem. Möbelhauses Hoflehner, Haratzmüllerstraße 31.

12) BauH-265/96

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1996; Fassadensanierung des ehemaligen Möbelhauses Hof-

lehner, Haratzmüllerstraße 31

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 4. Dezember 1996 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

Haratzmüllerstraße 31 (vorm. Hoflehner) VA-Stelle 5/3630/776000.2 S 1,500.000,--. Die Auszahlung erfolgt in drei Jahresraten: die 1. Rate 1996 in Höhe von S 500.000,-- als Kreditübertragung von der VA-St. 5/3630/010110.5, die 2. Rate 1997 in Höhe von S 500.000,-- und die 3. Rate 1998 in Höhe von S 500.000,-- jeweils bei der VA-St. 5/3630/776000.2. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Koll. Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden selbstverständlich diesem vorliegenden Amtsbericht die Zustimmung erteilen. Erlauben sie mir aber ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Ortsbildpflege bzw. zu den Mitteln aus der Fassadenaktion im Zusammenhang mit dem Brand des ehem. Möbelhauses Hoflehner. Hier sollen böse Zungen behauptet haben, daß es schade war, daß der Brand nicht eine Stunde länger gedauert hätte, denn dann hätte es aufgrund der schlechten Statik abgerissen werden müssen. Ich möchte aber trotzdem - zumindest aus meiner Sicht - erwähnen, daß ich es bedauere, daß man diese General- und Totalsanierung dieses Hauses aus den 50iger-Jahren in der Pause nicht genutzt hat. Man hat ein wunderschönes doppelgiebeliges Haus, war auch eine andere Zeit, damals abgerissen, es hat den Krieg gut überstanden und man hat dann dieses Haus mit dieser fürchterlich häßlichen Fassade errichtet. Und meiner Meinung nach hätte man vielleicht doch jetzt die Gelegenheit nützen sollen, die Gestaltung an den ursprünglichen Zustand wieder anzulehnen oder anzuführen. Ich bedauere, daß es nicht soweit gereicht hat, den Herren Mayr, der ja, glaube ich, jetzt Besitzer dieses Gebäudes ist, dazu zu bewegen, daß er diese Gelegenheit genutzt hätte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, ich kann mich diesen Ausführungen des Herrn Kollegen nicht anschließen. Ich muß schon sagen, es wurde unter wirtschaftlichen Aspekten das Bestmögliche herausgeholt, und wir haben dieses Projekt auch zweimal im Gestaltungsbeirat gehabt und dann eine einigermaßen verträgliche Lösung gefunden. Es ist vielleicht der Wunsch - durchaus legitim - und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn es ganz abgebrannt wäre, dann hätte man dort etwas Neues errichten können. Aber ich weiß nicht, wem damit gedient gewesen wäre, welche Gefahren man für die Nachbarschaft heraufbeschworen hätte, u.dgl. mehr. Das sind Spekulationen, die ich lieber nicht anstellen würde. Ich glaube, daß man auch von einem, dem das Haus gehört hat, wenn er es auch dann veräußert und verkauft, nicht verlangen kann, daß er es abreißt und in einem Zustand wie es bestanden hat, wiederherstellt. Es wäre auch städtebaulich und architektonisch meiner Meinung nach nicht richtig. Denn sie können ja in der heutigen Zeit nicht ein gotisches Haus oder ein Barock- oder Renaissancehaus nachbauen und dort hinstellen. Das wäre eigentlich mehr Kitsch und Kunst. Es ist nun mal da, und man hat versucht, es einigermaßen - und ich glaube, es ist gelungen, es ist natürlich nicht mehr so und man kann es nicht mehr wegdiskutieren und ungeschehen machen -, verträglich ausschauen zu lassen. Sicherlich wäre es schöner und man hätte dort etwas Neues planen können. Aber über Kunst und Geschmack läßt sich bekanntlich streiten und nachdem wir hier Experten gehabt haben, so glaube ich, wollen wir uns mit diesem Urteil zufriedengeben und abfinden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß sagen, daß wir in der Situation das Menschenmögliche getan haben - nämlich als Stadt uns eingemischt, Geld in die Hand genommen und versucht haben, Reparaturbemühungen anzustrengen. Das haben wir mit Hilfe des Gestaltungsbeirates und eines hochrangigen Architektens getan. Und die andere Überlegung „Abbrennen bis auf die Grundmauern“, das ist halt eine Wunschvorstellung. Es ist nämlich nicht möglich, nach einem Brand jemanden zu veranlassen, daß er das ganze Haus abreißt. Also ich glaube, es ist das möglichste geschehen und jedenfalls eine Verbesserung eingetreten. Das kann sich ein jeder anschauen, daher bitte ich bei dieser Gelegenheit, dem Antrag zuzustimmen. Danke sehr. Gibt es Gegenmeinungen? Nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Jeder dafür - freut mich sehr. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft Maßnahmen zur Ortsbildpflege 96 - 2. Teil. Es handelt sich hier um das Objekt Kirchengasse 16, den sogenannten Dunkelhof.

13) K-1/96

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1996 - 2. Teil, Objekt Kirchen- gasse 16, Dunklhof

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 4. Dezember 1996 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

Kirchengasse 16 Dunklhof, VA-Stelle 5/3630/77800.0 S 923.000,--. Freigabe 1996: S 277.802,--, Restbeträge 1996: S 57.648,--, Restbeträge 1995: S 417.000,--, 2. Rate für 1997: S 170.550,--. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Koll. Philipps, Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Es steht - glaube ich - außer Frage, daß es sehr wichtig ist, daß wir diesem Antrag zustimmen. Lassen sie mir jedoch aus der Sicht der Kultur dazu noch ein paar Worte sagen. Es geht grundsätzlich dahingehend, daß hier ein Mann am Werk ist, nämlich Herr Mag. Brandstätter, der in bewundernswerter Weise versucht,

eine weitere Kulturstätte der Stadt Steyr auszubauen. Das heißt, er investiert eine ganze Menge Eigenkapital und natürlich an Eigenleistung, um hier ein dementsprechendes Juwel wieder aus der Taufe zu heben. Ich darf sie von dieser Stelle weg ersuchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Gemeinderat in erster Linie und damit auch die Stadt, alle nur erdenklichen Mittel hier in dieser Richtung zu mobilisieren, damit dieses Unterfangen auch mit Erfolg gegründet wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es ist sehr erfreulich, daß dieses wunderschöne Gebäude jetzt endlich saniert wird, das hätte vielleicht schon etwas früher stattfinden können, der Zustand war dort ja schon jahrelang eher erbärmlich. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas anderes erwähnen, nachdem in der Kirchengasse mehrere Objekte unter Zuhilfenahme dieser Mittel aus der Fassadenaktion derzeit saniert werden, es sind noch zwei weitere Gebäude, eines davon auch von Herrn Baumeister Mayr, das inzwischen fertig ist, und das andere, das Haus eines Optikers. Es hat seinerzeit, als Arch. Scheuer noch im Haus war, des öfteren - teilweise auch zu- recht - die Kritik gegeben, daß manche Projekte sehr lange gedauert haben. Und ich darf den Herrn Bürgermeister an das berühmte Gerüst am Stadtplatz, das jahrelang gestanden und offensichtlich niemand gearbeitet hat, erinnern. Und eine ähnliche Situation ist offensichtlich wieder in der Kirchengasse. Und es ist doch sehr störend, nachdem es dort sehr schmal ist, und es schaut meiner Meinung nach nicht gerade sehr schön aus. Und ich glaube der Herr Schloßgangl als zuständiger Referent wäre auch gut beraten, wenn er vielleicht ein bißchen für Tempo sorgen könnte, daß diese Sanierungen etwas rascher über die Bühne gehen würden und daß das Gerüst nicht den ganzen Winter über dortsteht, das ist auch für den Verkehr keine gute Situation und es schaut auch nicht besonders gut aus, wenn Gerüste derart lange in der Stadt herumstehen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe nicht. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich glaube es ist verkehrstechnisch nicht so störend, weil es dort eine Fußgängerzone gibt, die nur mit Ausnahme von Fahrzeugen befahren werden darf. Aber zu der Dauer dieses Gerüstes möchte ich sagen, Herr Koll. Payrleithner, wie sie wissen, haben wir heuer einen sehr strengen Winter gehabt,

sodaß man bei den tiefen Temperaturen unter -10 - -15 Grad natürlich nicht arbeiten kann und diese Fassadenuntersuchungen halt sehr intensiv und langwierig sind, und daher eine gewisse Zeit erfordern. Aber sie können sicher sein, daß wir bestrebt sind, die Arbeiten rascher als sonst durchzuführen, dafür ist auch Dr. Kaiser Garant, weil die Verhandlungen mit dem Bauherrn zügiger verlaufen. Es ist allerdings eines zu bedenken, daß auch die Kosten bei diesen Untersuchungen bzw. Restaurierungen sehr hoch sind und sich natürlich nach den Möglichkeiten des Hauseigentümers richten, denn die Stadt leistet dazu ja nur einen Zuschuß. Und es ist auch das Auf- und Abbauen der Gerüste sehr kostenintensiv, daher wird man sie so lange stehenlassen, bis die Arbeiten dort abgeschlossen sind. Aber sie haben recht, daß es Gerüste in der Vergangenheit gegeben hat, die wirklich sehr lange gestanden sind, und das wollen wir sicher nicht wieder haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Ersatzbeschaffung für den total beschädigten Peugeot 205 der städt. Elektriker. Es handelt sich hier um einen Dringlichkeitsbeschluß, ich bitte gleich bei diesem Antrag im vorhinein die Dringlichkeit zuzuerkennen.

14) En-3755/92

Ersatzbeschaffung für den total

beschädigten Peugeot 205 der

<u>städtischen Elektriker</u>

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der GB III/FA Tiefbau vom 11. Dezember 1996 wird dem Ankauf eines Ersatzfahrzeuges und den Verkauf des total beschädigten Peugeot 205 der städt. Elektriker bei der Fa. Peugeot Leischko, Steyr, zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 127.000,-- inkl. MWSt. als Kreditübertragung von VSt. 5/6120/002220.1 (Straßenbau Christkindlsiedlung) auf 5/8160/040000.5 bewilligt. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich möchte hier anführen, hier handelt es sich - man könnte sagen - um einen typischen Fall eines Bestbietergebotes, was aber nicht unbedingt eines Billigstbieters heißen muß, das ist nämlich der

Unterschied zwischen Best- und Billigstbieter, wobei die Abteilung zur Überzeugung gekommen ist, daß aufgrund der Größe, des Raumangebotes, des Handlings, usw. diese S 2.000,-- Differenz gerechtfertigt sind, und daher dieses Auto angekauft werden soll.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Auf der Ennsleite sind Sanierungsarbeiten für den Kanalaltbestand notwendig. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) Bau6-6180/75

Kanalisation Ennsleite; Sanierung

<u>des Kanalaltbestandes</u>

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Jänner 1997 wird der Vergabe von Kanalsanierungsarbeiten für die Kanalisation Ennsleite an die Fa. Rabmer zu einem Preis von S 664.026,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Die erforderlichen Mittel sind bei der Vst. 5/8110/004380.0 (Kanalisation Ennsleite) für 1996 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 664.026,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im Zuge der Sanierung des Reithoffergebäudes ist es auch notwendig, einen Kanalanschluß herzustellen und ein kleines Pumpwerk einzubauen. Der Antrag lautet.

16) Bau6-6866/85

Errichtung Kanalanschluß und

Pumpwerk Reithoffergebäude

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Dezember 1996 werden die:

1. Lieferung und Montage der Pumpstation Reithoffergebäude an die Firma ITT Flygt GmbH., 1210 Wien, Heinrich v. Buol-Gasse 10, zum Preis von S 62.041,35 excl. MWSt. sowie die 2. Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die notwendigen Zuleitungskanäle und die Druckleitung an den Städt. Wirtschaftshof der Stadt Steyr zum Preis von S 140.000,-- excl. MWSt. übertragen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von gesamt S 203.000,-- excl. MWSt. werden bei der VSt. 5/8110/004000.4 (Ausbau weiterer Kanäle) im Wege einer Kreditübertragung von der VSt. 5/3600/728000.4 (Landesausstellung 1998) freigegeben. Die bei der VSt. 5/3600/728000.4 verbleibenden, nicht verbrauchten Mittel aus dem Rechnungsjahr 1996 werden im Rahmen des generellen Übertragungsbeschlusses auf 1997 übertragen.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Ort-Schlüsselhofgasse. Es geht um den Neubau NK Schlüsselhofgasse 3, die Endabrechnung des NK Schlüsselhofgasse im Bereich des ARBÖ und verschiedene Verbesserungsmaßnahmen und um den Antrag um Vergabe und Auftragserhöhung.

17) Bau 6-5236/92

Kanalisation Ort Schlüsselhof-

gasse; 1. Neubau NK Schlüssel-

hofgasse 3, 2. Verbesserungs-

maßnahmen an Altkanälen

3. Endabrechnung NK Schlüssel-

hofgasse-ARBÖ Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. Jänner 1997 werden die 1. Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung des NK Schlüsselhofgasse 3, an die Firma Ploier + Hörmann, Linzer Straße 110, 4614 Marchtrenk, auf Basis des Auftrages Kanalisation Steyrdorf 3. Teil zum Preis von S 358.599,79 excl. MWSt., sowie die 2. Verbesserungsarbeiten an den Altkanälen Ort-Schlüsselhofgasse an die Firma Illichmann-Haider, Goldbacherstr. 56 b, 4400 Steyr, auf Basis des Jahresreparatur-Vertrages 1996 an Anlagen des RHV, zum Preis von S 196.648,41 excl. MWSt., vergeben. 3. Weiters wird nach Endabrechnung der nachträglichen Auftragserhöhung an die Firma Rabmer, Bruckbachweg 23, 4203 Altenberg, für die durchgeführten Inliningarbeiten beim Kanal Schlüsselhofgasse - ARBÖ um S 46.592,87 excl. MWSt. auf gesamt S 249.172,87 excl. MWSt. zugestimmt. Die Begründung für die Erhöhung ist im Amtsbericht näher angeführt.

Die erforderlichen Mittel (S 587.000,-- excl. MWSt.) sind bei VSt. 5/8110/004040.0 (Kanalbau Schlüsselhof) in Höhe von 556.000,-- und bei VSt. 1/8110/619020.8 (Instandhaltung von Sonderanlagen) in Höhe von S 31.000,-- im Rechnungsjahr 1996 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 556.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte auch hier um Diskussion und Beschluß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Koll. Payrleithner, bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die Erneuerung des Kanals, vor allem in der Schlüsselhofgasse, ist eine sehr dringliche Angelegenheit. Was ich aber jetzt vom StR. Schloßgangl wissen möchte, ist, ob im Zusammenhang mit der Neuerrichtung des Kanalstranges in der Schlüsselhofgasse, vor allem im innerstädt. Bereich, also im Bereich Nähe Michaeler Platz, auch der Straßenbelag im Anschluß an die Kanalarbeiten erneuert wird? Nicht, daß die Straße dann wieder aufgemacht wird - es ist ja dort das historisch alte Pflaster vorhanden und es muß dann auch in dieser Form wieder errichtet werden -, nachdem der Kanal dort saniert worden ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Würde der Kanal dort erneuert werden, würde selbstverständlich das alte Pflaster wieder instandgesetzt und ordnungsgemäß hergerichtet werden. Es handelt sich aber um den Kanal, der anschließend an die Abfahrt vom Blümelhuberberg Richtung Schlüsselhofgasse hereinkommt und betrifft rd. 4 Liegenschaften, die dort auf der rechten Seite, wenn man stadteinwärts fährt, die bisher keinen Kanalanschluß, sondern Senkgruben haben und nunmehr an den Kanal angeschlossen werden sollen. Diese Objekte Schlüsselhofgasse 43, 45, 47 und 49 besitzen derzeit keine Kanalanschlußmöglichkeiten, und daher sollen sie dort angeschlossen werden. Es ist schon richtig, daß dort in der Schlüsselhofgasse einmal etwas gemacht gehört, das ist aber für heuer nicht vorgesehen, Herr Payrleithner. Und wenn man dort etwas macht, wird man das im Inliningverfahren versuchen - also durch Einziehen eines PVC- bzw. Hartgummirohres, das dann aufgeblasen wird - zu reparieren, wobei man mit einer Kanalkamera zuerst genau die schadhaften Stellen feststellt, dann dort, wo Setzungen oder schwere Brüche sind, einen Schacht machen muß, um in weiterer Folge diesen Schlauch einschieben zu können und die Hausanschlüsse - da gibt es ein phantastisches patentiertes Verfahren - mit einer Fräse ausfräst und auch wieder verkittet bzw. verschmiert, daß das exakt dicht wird. Aber das ist im Jahr 97 in diesem weiteren Bereich noch nicht vorgesehen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung von Pkt. 17. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Zu Nr. 18).

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es noch einmal um eine Kanalisation, und zwar um Fischhub-Plenklberg.

18) Bau6-2056/83

Kanalisation Fischhub-Plenklberg;

1. Rohr und Schachtsanierung

Hammergründe; 2. Schachtsanie-

rung Kanal Stadtbad - Fischhub-

weg; Antrag um Vergabe;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Jänner 1997 werden die:

1. Robotersanierungsarbeiten an den schadhaften Kanalisationen in den Hammergründen an die Firma Ilbau-Kanaltechnik, Wiener Str. 110, 3382 Loosdorf, zum Preis von S 380.000,-- exkl. MWSt., sowie die

2. Schachtverbesserungsarbeiten im Bereich der Kanalisation Hammergründe und beim Verbindungskanal Stadtbad-Fischhubweg auf Basis der Nachtragsanbote zur Kanalisation Fischhub Plenklberg NS 11,12,13 vom 7.7.1995 und 12.6.1996, an die Firma Erdbau Auinger GesmbH., 3300 Stift Ardagger, zum Gesamtpreis von S 310.000,-- excl. MWSt., vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 690.000,-- excl. MWSt. sind bei Vst. 5/8110/004050.9 (Kanal Fischhub-Plenklberg) in Höhe von S 296.000,-- für 1996 und bei der Vst. 5/8510/004050 in Höhe von S 162.000,-- im Rechnungsjahr 1997, vorgesehen. Die beim Auftrag Plenklberg bereits beschlossenen und unverbrauchten Mittel in Höhe von gesamt S 232.000,-- excl. MWSt. (Vst. 5/8110/050380.3) sollen ebenfalls zur Finanzierung der ggst. Sanierungen herangezogen werden. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme für die restlichen Mittel in Höhe von S 458.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Auch hier bitte ich um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag betrifft die Kanalisation Wehrgraben, die Sanierung NK Werndl-, Schaft- und Annagasse. Es ergeht folgender Antrag.

19) BauT-22/96

Kanalisation Wehrgraben Süd;

Sanierung NK Werndl-, Schaft-

und Annagasse

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. Jänner 1997 werden die: 1. Sanierungsarbeiten an den schadhaften Kanalisationen Werndl-, Schaft- und Annagasse mittels Inlinerverfahren an die Firma Rabmer, 4203 Altenberg, zum Preis von S 1,454.607,-- excl. MWSt. sowie die 2. Bauleitung für die Sanierungsarbeiten an das Zivilingenieurbüro Christoph Weichselbaumer, St. Ulrich, zum Preis von S 67.900,-- excl. MWSt. und die 3. weiteren Schachtverbesserungsarbeiten im Bereich der Kanalisationen Eysnfeld an die Fa. Illichmann-Haider, Steyr, zum Preis von S 177.493,-- excl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,700.000,-- excl. MWSt. sind bei Vst. 5/8110/004110.1 (Kanal Wehrgraben-Süd) im Nachtrag für 1996 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,700.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Nicht angezeigt. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. StR. Schloßgangl für seine Berichte und bitte als nächsten Berichterstatter, Herrn Koll. StR. Spanring.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um das leidige Thema Computerzulage oder wie auch immer man schlußendlich dann dazu sagen mag. Auch wenn durch wesentlich technische Verbesserungen bei den Bildschirmgeräten durch arbeitsmedizinische Vorsorgen und durch Verbesserung bei der Arbeitsplatzgestaltung Erleichterungen geschaffen wurden, anerkennt der Dienstgeber noch eine Erschwernis bei der Tätigkeit an Bildschirmgeräten. Diese Erschwernis liegt sowohl im Bereich der Arbeitsorganisation als auch, trotz aller Bemühungen und Verbesserungen, noch im Bereich der ergonomischen Gestaltung der Arbeitsplätze. Ich denke an das jüngste Urteil in den Vereinigten Staaten, wo einige Millionen Dollar zum Fließen gebracht werden sollen. Im Landesbereich wurde, der hinsichtlich der bisherigen Erschwerniszulage für Bildschirmtätigkeiten, mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 eine neue Regelung getroffen. Unter Berücksichtigung dieser neuen Regelung und nach Anhörung der Interessensvertretungen wird für die Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände folgende Regelung festgelegt. Die bisherigen Erschwerniszuschläge für Bildschirmtätigkeiten (Nebengebühr im Sinne des § 15 des Gehaltsgesetzes 1956 in der für Landesbeamte geltenden Fassung) wird mit Wirkung vom 1. Februar 1997 wie folgt neu geregelt und als „Datenverarbeitungszulage“ bezeichnet. Die Datenverarbeitungszulage gebührt ab 1. Februar 1997 nur für Bildschirmtätigkeiten von mindestens 15 Netto-Wochenstunden mit einem mtl. Fixbetrag von S 600,--, der von allgemeinen Gehaltserhöhungen und sonst. Erhöhungen ausgenommen bleibt usw. Damit hat der Personalreferent des Landes OÖ., ÖVP LR Franz Hiesl, mit seinem Team eine eindeutige Entscheidung getroffen. Nicht einfach phantasielos eingestellt und abgeschafft, sondern aus mehreren ersichtlichen Gründen neu geregelt. 1. Der erste Grund ist sicher nicht der gravierendste, aber ein durchaus - wie bereits eingangs erwähnt - berechtigter Grund, die Arbeit am Bildschirm. 2. Erneuerung, Weiterentwicklung unter einem Sparansatz. Der Weiterentwicklung in der Bildschirmtätigkeit wurde wie folgt Rechnung getragen und durch einen Sparansatz durchaus auch gerecht. Die Erfordernis einer vorliegenden Bildschirmtätigkeit wurde von 20 % der wöchentlichen Arbeitszeit auf mind. 15 Wochenstunden netto, auch bei Teilzeitbeschäftigung, geändert, und die Höhe des Betrages mit einem Fixbetrag von S 600,-- gegenüber S 885,-- bisher, der von allgemeinen Gehaltserhöhungen und sonst. Erhöhungen ausgenommen bleibt, festgelegt. Dritter Grund, der offensichtlich für das Team und den Personalreferenten des Landes, ÖVP LR Hiesl, aber auch für mich der wichtigste und einschneidendste Grund, liegt eindeutig im Besoldungswesen, in der Bezugsart der öffentl. Bediensteten, daß der Bezug der Vertragsbediensteten - und größtenteils handelt es sich bei den vorliegenden Betroffenen um solche - sich eben aus einem Grundbezug und entspr. Zulagen zusammensetzt. Schon seit Jahrzehnten kritisiert, besprochen, Verhandlungsversuche geführt, und ich befürchte beinahe eine „Unendliche Geschichte“, die Besoldungsgestaltung der öffentl. Bediensteten. In den der industrie- und gewerbebekannten Kollektivverträgen wurde dem Arbeitsinhalt, der Aufgabenstellung, der Verantwortung entsprechend Rechnung getragen, Entlohnungseinstufungen durchgeführt und nicht dem Spruch gefolgt: „Der PC macht’s eh“, sondern man ist der Tatsache nachgekommen, daß der PC eigentlich ein nützlicher Idiot

ist, und erst in jeder Beziehung Eingabe und Verwendung durch den Menschen seinen wirtschaftlichen Wert erhält. Der gravierende Unterschied zwischen den vergleichbaren Positionen, Arbeitsplätzen im Magistrat der Stadt Steyr und in den von kollektivbetroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liegt nachweisbar schlicht und einfach bei 2.500 - 4.500 Schillingen zu Ungunsten unserer Magistratsbediensteten. Daher auch die durchaus nachvollziehbare Entscheidung der Landespolitiker, und daher auch mein heutiger Antrag im Sinne dieser Landesregelung. Ich möchte nur den wichtigsten Pkt. der Verordnung, bevor ich sie ersuche, der zuzustimmen, bekanntgeben: Die Erschwerniszulage für Bildschirmtätigkeit (Nebengebühr im Sinne des § 15 des Gehaltsgesetzes 1956 in der für OÖ. Landesbeamte geltenden Fassung) wird mit Wirkung vom 1. Februar 1997 wie folgt neu geregelt und als „Datenverarbeitungszulage“ bezeichnet. Die Datenverarbeitungszulage gebührt ab 1. Februar 1997 nur für Bildschirmtätigkeiten (Echtbetrieb) von mindestens 15 Wochenstunden (netto) mit einem monatlichen Fixbetrag von S 600,--, der von allgemeinen Gehaltserhöhungen und sonstigen Erhöhungen ausgenommen bleibt. Die bestehende Computerzulage wird mit dem zum 31. Jänner 1997 gebührenden Betrag als Fixbetrag weitergewährt. Dieser Betrag ist von allgemeinen Gehaltserhöhungen und sonstigen Erhöhungen ausgenommen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) Präs-438/96

Erschwerniszulage (Computer-

zulagen); Änderungsvorschlag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. für Personalverwaltung und des im Wege des Personalbeirates vorgelegten Änderungsvorschlages betreffend die Erschwerniszulage (Computerzulage) wird die beiliegende Verordnung, betreffend die Datenverarbeitungszulage (DVZ-Erschwerniszulage) gem. § 30 (3) des Statutargemeinden-Beamtengesetzes, LGBl. Nr. 37/1956. i.d.g.F. genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 (1) StS 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr. (BEILAGE)

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung zu dieser Änderung der Zulagenregelung für die Vertragsbediensteten dieses Hauses.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als erstes hat sich Kollege Gollatsch zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Herr Referent hat schon gesagt: „Die leidige Angelegenheit.“ Die leidige Angelegenheit gibt es, seitdem es die Zulage am Magistrat gibt. Das ist die leidige Angelegenheit. Das ist die leidige Angelegenheit zur Computerzulage, das ein Arbeitsgerät ist, welches die Arbeit - wie ich gehört habe - erleichtern soll und sie auch erleichtert, und jetzt bekommen wir eine Erschwerniszulage dazu, das ist irgendwo eine Sakrileg. Ich darf aber ein bißchen ausholen. Im Jahr 1995 bei den Budgetverhandlungen wurde ein Arbeitskreis, die „Arbeitsgruppe Dienstrecht“, gefordert. Die wurde eingesetzt und voriges Jahr ist sie fünfmal in unterschiedlicher Zusammensetzung, so wie das sein soll, mit den Herren von den Fraktionen, die dazu entsandt worden sind, Magistratsdirektion und interessanterweise mit Herrn der Gewerkschaft (ich weiß nicht, was die dort zu tun haben, denn die sind im Personalbeirat und in der letzten Sitzung waren sie nicht mehr dabei) zusammengekommen. Es wurde von diesem Arbeitskreis, der sich zur Aufgabe gesetzt hat und der eingesetzt wurde, verschiedene Zulagen und verschiedene Möglichkeiten der Änderungen durchzuführen, ein Vorschlag erarbeitet, und zwar diese Abänderung der Erschwerniszulage, Computerzulage. Ich bedanke mich bei Herrn Greinöcker, der diesen ersten Antrag hier im Auftrag dieser Arbeitsgruppe formuliert hat. Dieser Antrag ist dann in den Personalbeirat gekommen - und im Personalbeirat kann man der Ansicht sein, welcher man will, dort ist die Mehrheit die Gewerkschaft, hier geht überhaupt nichts -, und es wurde dieser auch mit Mehrheitsbeschluß der Arbeitsgruppe Dienstrecht beschlossen. Und ich darf die 2 Herren nennen, die die Mehrheit dort oder mit mir hatten, es waren das Herr Vizebgm. Dr. Pfeil und der Herr GR Apfelthaler. Und in der Diskussion, lieber Herr Stadtrat, waren deine Meinungen nicht so, wie du heute hier gesagt hast. In meinem Betrieb gibt es das auch nicht, und das ist ja eigentlich eh schon usw., das darf ich hier einmal feststellen. Deine Meinung dort war ganz anders, du hast nur dort nicht mitgestimmt. Es ist in diesem Arbeitskreis auch gefragt worden: „Was kann man eigentlich ändern?“ Eigentlich kann man gar nichts ändern, denn das Ganze ist vom Land fest vorgegeben. Man kann doch etwas ändern, man kann die Beförderungsrichtlinien ändern, die will man aber auch nicht ändern, der Herr StR. Zagler hat sich daran schon die Zähne ausgebissen - ihr eigener Mann. Die wurden auch nicht geändert. Man kann Zulagen ändern, ja und das ist der erste Schritt dieses Arbeitskreises. Und jetzt, na ja, machen wir einen Abänderungsantrag. Und meine Damen und Herren, wer diesen Amtsbericht und den Antrag beim ersten-, zweitenmal verstanden hat, dem gratuliere ich. Wir brauchten den Herrn Magistratsdirektor dazu. Der hat mir dann bestätigt, was da drinnen steht. Da ist ein Amtsbericht oder ein Amtsbericht über einen Änderungsvorschlag Erschwerniszulage, dann hat die Personalvertretung einen Erschwerniszulagen-Abänderungsantrag, dann gibt es ein Protokoll - oder was das ist - Änderungsvorschlag des Antrages des Stadtsenates an den Gemeinderat, der Gemeinderat möge beschließen, vom 1. oder 19. Dezember genehmigt, angenommen in der Sitzung des Stadtsenates vom 19.12. Dann gibt es dasselbe - etwas abgeändert - angenommen in der Sitzung vom 19.12., also ich habe mich nicht ganz ausgekannt. Ich weiß nur, was man will, und das hat der Herr StR schon gesagt, ein Einfrieren der Computerzulage S 885,-- und ab Jänner die neuen Computerzulagen in der Höhe von S 600,--. Der Antrag, den der Ausschuß bzw. die Arbeitsgruppe gemacht hat, der hat anders gelautet, und ich darf diesen Antrag als Änderungsantrag zur Erschwerniszulage - Computerzulage als Änderungsvorschlag hier dem Gemeinderat vorlegen. Und ich beantrage - ich muß schauen, wo ich das unterschrieben habe -, ich darf hier diesen Änderungsantrag Erschwerniszulage, Änderungsvorschlag, dem Herrn Bürgermeister übergeben. Das ist der Antrag, den sie in den ersten zwei Seiten haben. Ich darf meinen Antrag jetzt verlesen.

ÄNDERUNGSANTRAG zur Erschwerniszulage (Computerzulage) Änderungsvorschlag. Gemäß § 9 der GO. des Gemeinderates für die Stadt Steyr stelle ich nachfolgenden Änderungsantrag zum Änderungsvorschlag Erschwerniszulage (Computerzulage).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Erschwerniszulage für Bildschirmtätigkeit (Nebengebühr im Sinne des § 15 des Gehaltsgesetzes 1956 i. d. für OÖ. Landesbeamte geltenden Fassung) wird mit Wirkung vom 1. Februar 1997 wie folgt neu geregelt:

1. Übergangsregelung für Bedienstete, denen am 31. Jänner 1997 eine Erschwerniszulage für Bildschirmarbeiten gebührt:

a) Die Zulage wird mit dem zum 31. Dezember 1996 gebührenden Betrag als Fixbetrag S 885,-- (kleine DVZ) bzw. S 1.770,-- (große DVZ) weitergewährt. Dieser Betrag ist von allgemeinen Gehaltserhöhungen und sonstigen Erhöhungen ausgenommen.

b) Die Erschwerniszulage nach lit a. fällt weg, wenn die Bildschirmtätigkeit im zweimonatigen Durchschnitt unter 20 % der wöchentlichen Arbeitszeit sinkt.

c) Nicht gehindert wird der Wiederanfall der oa. Nebengebühr im Sinne der lit. a) durch folgende Tatbestände:

- Beschäftigungsverbot, Karenzurlaub, usw.

- Präsenzdienst, Zivildienst,

- befristete anderweitige Verwendung

2. Ab 1.2.1997 wird für eine Bildschirmarbeit keine Erschwerniszulage gewährt.

3. Die Regelung gilt in gleicher Weise für Beamte und Vertragsbedienstete.

4. Sämtliche bisherigen Regelungen betreffend diesen Gegenstand treten mit Ablauf des 31. Jänner 1997 außer Kraft.

Bei der praktischen Umsetzung der Regelung ist folgendes zu beachten. Das ist alles, was wir im vorhergehenden Antrag drinnen gehabt haben, nur die Daten sind der 31. Jänner bzw. 1. Februar.

Ich möchte dazu noch eines sagen, meine Damen und Herren, es wird hier mit dieser Regelung niemandem etwas weggenommen. Niemandem. Die S 885,-- bleiben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL.

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Man könnte fast sagen: „Der Berg kreißte, ein Mäuslein ward mittels Kaiserschnitt geboren, nur die Geburtshelfer, die dabei waren, haben das Mäuslein gleich umgebracht.“ So ähnlich könnte man die Situation rund um diese „Unglücksarbeitsgruppe Dienstrecht“ bezeichnen. Die Vertreter der Gewerkschaft haben von Anfang an alles boykottiert. Nach mehrmaligem Fragen, warum wir in den Vorbesprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaft auch mitverhandeln müssen, haben wir uns gemeinsam darauf geeinigt, daß sie nicht dabei ist. Aber sie ist immer noch dabeigesessen - außer beim letzten Mal. Der beisitzende Herr Dr. Alphasamer hat uns immer erklärt, wie es und warum es nicht geht, das möchte ich hier auch einmal sagen. Es ging dort einfach gar nichts. Das Zeitbudget, der vorgegebene Zeitrahmen, der erfreulicherweise - das findet man selten - für eine Sitzung vorgegeben ist, der wurde immer um das mehrfache überschritten. Es war schwierig, bei den Sitzungen bis zum Schluß teilzunehmen, wenn man sich etwas anderes eingeteilt hatte. Und hat man sich endlich einmal auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt, wie bei dieser Computerzulage, dann gibt es einen Rückzieher bei der Personalausschußsitzung, wo, völlig entgegen aller Vereinbarungen, die wir dort getroffen haben - auch vom Vorsitzenden - eine andere Meinung vertreten worden ist, wie wenn wir dort mit anderen verhandelt hätten. Das war das einzige, was wir nach einem Jahr Verhandlungstätigkeit einmal zusammengebracht haben. Wir haben uns fast gratuliert, daß wir wenigstens ein bißchen was vorzeigen durften, und das ist in der nächsten Personalausschußsitzung zunichte gemacht worden. Wir sind in dieser Arbeitsgruppe Dienstrecht angetreten, um Beförderungsrichtlinien zu erneuern, wir sind angetreten, das Zulagensystem zu ändern, wir sind angetreten, Dienstpostenbewertungen vorzunehmen, alles Dinge, die wir in der angesprochenen Budgetsitzung im Dezember 94 für das Finanzjahr 95 gemeinsam hier mit „Buch und Siegel“ vereinbart haben. Der Vertreter der Gewerkschaft hat dann die Fronten gewechselt, er ist Personalchef geworden. Es war nicht ganz leicht. In diesem Hause - meine sehr verehrten Damen und Herren - werden weiterhin Zulagen bezahlt, für Tätigkeiten, die nicht mehr durchgeführt werden. Das wollten wir ändern. Kurz vor Änderung der Richtlinien für die Computerzulage hat man im Dezember 96 im Personalausschuß Computerzulagen rückwirkend für Bedienstete, die keinen Computer haben, vergeben. Ich habe das im Personalausschuß und im Stadtsenat mitgeteilt, und das ist unwidersprochen geblieben. Zu den Zulagen.

Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Ruhe, da herrscht ja unter den eigenen Leuten so eine Unruhe. Vielleicht sagen sie, Herr Dr. Pfeil, zum besseren Verständnis, weil wir sind da überfordert, wer eine Computerzulage, ohne

einen Computer bekommen hat, das würde uns auch interessieren, weil sonst hängt das so in der Luft, da entsteht ja vielleicht ein völlig falscher Eindruck.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe das im Personalausschuß bzw. im Stadtsenat gesagt

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sagen sie es da noch einmal!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

und das ist

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, wer denn?!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

unwidersprochen geblieben. Wir haben stundenlang über die Nebengebühren- und über die Zulagenordnung diskutiert, Herr Spanring, wer dieses Blättchen, diese Zulagen, an die Presse gespielt hat. Das war wichtig. Ich habe es nicht an die Presse gespielt, aber ich glaube die Öffentlichkeit sollte es ruhig wissen. Ich bin der Meinung, sie soll es wissen, welche Zulagen es hier im Hause gibt. Und da gibt es schon sehr, sehr interessante Zulagen, die bestimmt auch in Zukunft einer näheren Betrachtung zu unterziehen sind. Man hat manchmal den Eindruck, daß Arbeiten extern vergeben werden, das sind gar nicht unsere Leute, die hier arbeiten, sondern das sind Zulagen, wenn ich mir z. B. die Zulagen hier ansehe, das sind hier alles Zulagen, Pkt. 21 - na es geht um die gesamte Arbeitsgruppe - Redaktionsgebühren für das Amtsblatt der Stadt Steyr, da gibt es für jede „Extratätigkeit“ eine Honorierung, für die Gesamtredaktion, für die Artikel, für jede Seite, für Lichtbild und Skizzen, ganze Seiten, halbe Seiten, viertel Seiten, Tarife für Farbbilder und Skizzen, für welche die Unterlagen nicht von der ausführenden Zeitung stammen, usw. wenn man nur extra

dann noch „rummalt“. Man hat den Eindruck, daß das Amtsblatt von externen Leuten gemacht wird. Das sind Bedienstete des Hauses, die das Amtsblatt zu machen und zu erstellen haben. Da sollte man wirklich einmal darüber reden. Ich meine, dieses zieht sich noch länger hin, diese einzelne Zulage, ich entbinde sie, daß ich jetzt hier das Ganze vorlese, aber es sind mehr als 30 Paragraphen für die Zulagen hier im Bereich des Magistrates der Stadt Steyr. Und ich glaube die Öffentlichkeit hätte sogar ein Recht darauf, daß man hier einmal auch öffentlich diskutiert, wir sind ein öffentlicher und kein Geheimbetrieb. Zu weiteren Dingen, die hier in der Arbeitsgruppe besprochen worden sind, sind die Pragmatisierungen, wo wir keinen Schritt weitergekommen sind. Wir haben in der heutigen Presse eine Mitteilung, wo steht „Villach die erste Stadt, ohne Pragmatisierung“. Ich darf es ihnen vorlesen, es ist ganz kurz: Die Kärntner Stadt Villach schafft die Pragmatisierung ab, als erste Stadt Österreichs. Das hat Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SP) gestern, Mittwoch, angekündigt. Und gleichzeitig werden die Magistratsbeamten nach dem ASVG-Pensionsrecht eingestuft. Das ist auch ein SP-Bürgermeister.

ZWISCHENRUF: Lesen sie doch weiter, Herr Dr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, gerne. Zuerst wollten sie nicht. Gleichzeitig wird für Magistratsbedienstete das ASVG-Pensionsrecht eingeführt. Der Bürgermeister: „Damit stellt Villach im Bereich des Dienst- und Pensionsrechtes die volle Gleichheit zwischen Magistratsdirektor und Arbeiter her.“

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE

ZWISCHENRUFE

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Und das sind Dinge, über die man reden muß. Darf ich weiter ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, Ja, da ist eine Erregung da, wenn sie

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist immer nur angenehm, wenn jemand von ihnen dazwischen redet, und es ist nicht angenehm, wenn jemand von uns dazwischenredet. Das kennen wir ja, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, mir ist überhaupt nichts angenehm, aber

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nur weiter.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, zuerst wollt er wissen, dann wollt er es nicht wissen, dann habe ich es zu Ende gelesen, und dann war es ihm auch nicht recht. Jetzt weiß ich nicht, was ihm recht ist. Es ist leider so. Nur Herr Bürgermeister, hier hätten sie schon Handlungsbedarf wie ihr ehemaliger Parteigenosse oder „Noch-Genosse“, aber ehemaliger Bundeskanzler, immer gesagt hat, hier ist Handlungsbedarf, aber er hat den Handlungsbedarf leider auch nicht immer wahrgenommen, und so ist er jetzt ins private „Ausgedinge“ vorerst einmal zurückgegangen. Also wir haben vereinbart, genau diese Vorlage, die jetzt als Abänderungsantrag vom Koll. Gollatsch vorgelegt worden ist. Ich schließe mich diesem Abänderungsantrag gerne an, weil er das ist, was wir wirklich nach mühseligsten Diskussionen auch mit den vertretenden Gewerkschaften gemeinsam hier beschlossen haben, und für das stehe ich.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster - Koll. Payrleithner.

Bitte, ihr habt heute in eurer Fraktion so eine Unruhe, und dann gebt ihr mir die Schuld, wenn es nicht ruhig ist.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zuerst eine Bemerkung zum Koll. Gollatsch. Ich bin hier sicher nicht der Verteidiger der Gewerkschaft, aber es kommt mir schon ein bißchen eigenartig vor: „Was ist da so anrüchig, wenn es um Belange der Beschäftigten geht, wenn die Gewerkschaft mitspricht bzw. wenn die Gewerkschaft hier dabei war?“ Es ist auch in der Privatindustrie so, in unseren Betrieben, BMW, auch wo ich beschäftigt bin, wenn es um Belange der Belegschaft geht, daß hier mit der Personalvertretung gemeinsam verhandelt wird. Also ich sehe an sich nichts Obszönes daran.

Zu den beiden Anträgen selbst muß man feststellen - ganz gleich, welcher heute beschlossen wird, oder über welchen Antrag dann abgestimmt wird - es sind beide, und das muß man wirklich einmal mit aller Deutlichkeit sagen, sehr ungerecht. Wir haben dann 2 Arten von Beschäftigten. Uns reicht das „draußen“ auch schon, daß wir diese Probleme mit dem Leasing-Personal haben, wo Leute für dieselbe Tätigkeit unterschiedlich bezahlt werden. Und jetzt schaffen wir das hier „herinnen“ auch noch selbst. Mir ist das vollkommen unverständlich, weil mit dieser S 600,--/Regelung hat man dann auch 2 Arten von Arbeitnehmern, die dieselbe Tätigkeit verrichten, aber unterschiedlich bezahlt werden. Das ist höchst bemerkenswert. Und ich verstehe nicht - ich tue mir selber als Arbeitnehmervertreter ein bißchen schwer, das nachzuvollziehen -, was da der Personalvertretung im Haus eingefallen ist, daß sie hier selbst so einen Vorschlag machen. Ich muß ganz ehrlich sagen, aus meiner Sicht, ich habe hier mit diesen beiden Anträgen wirklich Probleme. Mir wäre am liebsten und ich könnte mir vorstellen, wenn eine diesbezügliche Abänderung kommen würde, daß man in Zukunft für alle eine einheitliche Regelung reduziert bringt, wie z.B. S 600,--, aber dann für alle, weil es steht ja nirgends geschrieben, daß wir uns an das Landesgesetz - das ist ja jetzt nur eine Anlehnung aus Sicht der Personalvertretung, man kann hier durchaus eine Regelung schaffen, die auch von der Landesregelung abweicht, indem man für alle gleich diese Zulage ausbezahlt. Und wenn man sie noch haben will, da könnte ich mir durchaus S 600,-- vorstellen. Es ist ja so, wie der Kollege Spanring bei der letzten Sitzung gesagt hat, er hat da ja nicht ganz unrecht. Das Problem bei der ganzen Angelegenheit liegt im Dienst- bzw. Gehaltsschema der öffentl. Bediensteten. Es ist offensichtlich nicht Teil des Gehaltes, wer läßt sich schon gerne etwas wegnehmen. Beim Land gibt es das, in der Privatwirtschaft gibt es das überhaupt nicht. Ich nehme an, wie das glaube ich 1984 eingeführt worden ist, war der PC im Büro noch eine exotische Erscheinung. Man hat damals vielleicht - aus welchen Gründen auch immer - davor Angst gehabt und diese Zulage dann eingeführt, heute gehört das zur Standardausführung in jedem Büro. Die Bezeichnung Erschwerniszulage ist sicher nicht richtig, aber was ich in diesem Zusammenhang noch sagen wollte. Ich glaube, wie der Koll. Spanring bei der letzten GR-Sitzung zu dem Thema schon gesagt hat, für die „kleineren“ Beschäftigten ist es sicher ein Teil des Lohnes, den wir ihnen dann wegnehmen. Das ist problematisch, zumindest sehe ich das so. Und da ist natürlich auch wahrscheinlich die Regierung oder der Gesetzgeber gefordert, hier endlich einmal eine gerechte Lösung zu finden, das kann ja auf Dauer nicht so dahingehen. Also ganz gleich, welcher Antrag heute beschlossen wird, die Ungerechtigkeit bleibt bestehen, und das ist aus meiner Sicht sehr schlecht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, ich habe den Vorsitz übernommen. Als nächstes zu Wort gemeldet - StR. Tatzreiter.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich kann mir es jetzt leichtmachen, weil eigentlich der Vorredner, Koll. Payrleithner, schon darauf hingewiesen hat, daß es grundsätzlich - ganz gleich wie auch immer - die „Kleineren“ (die Vertragsbediensteten) dabei erwischt. Und ich lege auch größten Wert darauf, daß das - Koll. Spanring hat ja bei seiner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß es ja ein leidiges und schon lange anstehendes Thema ist, nämlich im Bereich der Besoldung in Summe, in Summe der Entlohnungsform - vielleicht einmal bereinigt gehört. Und da wäre ich persönlich auch dafür. Nur wenn das im Land so beschlossen und im Land OÖ., in allen Gemeinden eingesetzt wird, dann ist es höchst bedauerlich - das muß ich schon sagen -, wenn wir hier vor Ort in unserer Gemeinde davon Gebrauch machen und bei denen, die ohnehin nicht das höchste Einkommen haben, hier eine neuerliche Reduktion ihres Einkommens durchführen. Und ich möchte nur darauf verweisen, daß eine Zulage, ob es jetzt die Erschwernis ist oder nicht, ich sage es einmal so, unter Umständen neuerlich begutachtet werden soll. Eine Erschwernis - über das kann man diskutieren, es gibt nämlich auch Erschwerniszulagen für jenen Personenkreis, wo wirklich der eine oder eine große Gruppe dies als Erschwernis empfindet, der aber olympiareif ist, für dem ist dies eher eine Leichtigkeit. Ich sage es einmal so von dieser Sichtweise her. Wobei der Bildschirm - und das wissen wir alle - zur Zeit nicht gerade das gesündeste Objekt zur täglichen Bearbeitung der Daten ist, das kennen wir. Und wir wissen ganz genau, daß nach einer gewissen Zeit Bildschirmtätigkeit, der Gesundheitszustand, die Augenschärfe, die Sehstärke schon sehr unter Mitleidenschaft gezogen werden. Meine Damen und Herren, deswegen würde ich auch bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und vielleicht doch noch einmal darüber nachzudenken und nicht unbedingt auch noch den kleinsten Einkommensbeziehern in diesem Haus, das auch noch wegzunehmen, dazu sind wir nicht da. Wir sollten eine gerechte Form finden, die Ungerechtigkeit - da gebe ich dir recht, Kollege Payrleithner - ist auf jeden Fall die Unterschiedlichkeit darin. Und da sollten wir in Zukunft darauf achten, daß hier diese nicht mehr vorhanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächstes zu Wort gemeldet Herr GR Brandstötter. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Eine noch.

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte einmal zum Koll. Gollatsch sagen, ich möchte einmal ganz klar feststellen, daß es mir so vorkommt, daß sie die Gewerkschaft nicht wollen. Und ich glaube auch beim Bundesheer, in der Sozialpartnerschaft, sie hätten wahrscheinlich auch nicht den Gehalt, wenn es die Sozialpartnerschaft oder Gewerkschaft nicht gäbe und würden vielleicht auch nur als kleiner Zeitungsfritze umherlaufen. Aber zum Thema Computerzulage. Ich möchte hier einmal ganz klar festhalten, daß das nicht ein leidiges Thema ist, sondern ein Thema, das nicht einfach vom Tisch zu wischen ist, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Es ist - glaube ich - und es wird in allen Berufsgruppen so werden, daß Computer vermehrt zum Einsatz kommen. Und es wird nicht mehr oder nirgends mehr davor Halt gemacht. Es geht aber auch darum und es ist arbeitsmedizinisch nachgewiesen, daß eine Computertätigkeit ab einem gewissen Zeitrahmen pro Tag einfach gesundheitsschädigend ist, vor allem für die Augen. Dafür gibt es Schutzbestimmungen, z.B. Pausen und immer, wie diese eingehalten werden sollen. Es gibt aber welche, wo man sie nicht einhalten kann, und es gibt keinen Betrieb - egal wo sie sind - keinen Betrieb, und glauben sie, wir sind auch nicht unbedingt die sozial eingestelltesten, wo ich arbeite, aber es gibt Gruppen, und zwar gibt es eine Lohn- oder Gehaltsgruppe, wo dies eingearbeitet ist und heißt dort nicht mehr Zulage, aber es gibt eine Höherstellung gegenüber jene, die zeitlich weniger am Computer arbeiten. Es gibt Dinge, bei denen man am Computer 8 Stunden arbeitet, da gibt es einige Leute, die 6 Stunden oder 4 Stunden arbeiteten und danach ist deren Gehalt bzw. die Höhe des Gehaltes geregelt. Und ich glaube, es könnte auch hier einfließen, daß man sagt: O.K. es gibt eine Computerzulage, wenn wer weniger Prozentsätze an diesem Computer arbeitet, gibt es eine dementsprechende Reduzierung, aber abschaffen, solange es keine andere Gehaltsregelung hier gibt, kann man das sicherlich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL.

Danke, als nächstes zu Wort gemeldet, Frau GR Weixlberger.

GEMEINDERÄTIN

INGRID WEIXLBERGER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist an und für sich zu diesem Thema schon sehr viel gesagt worden. Es sind noch vielleicht ein paar Punkte zu ergänzen. 1. Treffen die EDV-Pausen-Schutzbestimmungen mit ziemlicher Sicherheit auf den Großteil der Beamten und Vertragsbediensteten im Magistratsbereich nicht zu. Diese gelten nämlich nur dann, wenn ich eine reine EDV-Eingabetätigkeit mache, wenn ich nichts anderes tue, als mit dem EDV-Gerät zu arbeiten, aber nicht, wenn ich es zur Unterstützung meiner täglichen Arbeit benötige. Das trifft beim Großteil sicherlich nicht zu. Betroffen sind in erster Linie wieder einmal die „Kleinen Mitarbeiter“, denen man einen Teil ihres Gehaltes wegnimmt, obwohl es eindeutige Richtlinien des Landes gibt, und die vor allem in „Schwarzen Gemeinden“ bereits beschlossen wurden. Und ich verstehe überhaupt nicht, warum man jetzt in Steyr andere Maßstäbe anlegt. Vor allem auf Bundesebene ist die Situation noch ein bißchen anders, dort fordert man nämlich die Einführung der EDV-Zulage, vor allem von Schwarzen-Gewerkschafts-Funktionären, begründet z.B. von der Finanz mit der verbundenen psychischen und physischen Belastung dieser Technologie. Die Landesverteidigung begründet es mit der nachgewiesenen zusätzlichen Augenbelastung und Beanspruchung der Nackenmuskulatur. Bei unseren Magistratsbediensteten legen wir aber andere Maßstäbe an, also ich verstehe das überhaupt nicht. Daß damit durch den von der ÖVP vorgelegten Abänderungsantrag 2 Gruppen von Mitarbeitern geschaffen wurden, haben wir schon gehört, und ich denke mir, man kann die Mitarbeiter sicherlich nicht motivieren, in dem ich ihnen ein Zulage vorenthalte, die andere

Mitarbeiter haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Koll. Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat! Ich will hier keine Gewerkschaftsdebatte vom Zaun brechen, obwohl schon sehr viele hier aus diesem Bereich gesprochen haben. Mir wäre es ehrlich gesagt am liebsten, wir würden diese ganzen Zulagen und Nebengebühren etc., die es da gibt, abschaffen und schauen, daß die Beamten und Vertragsbediensteten ordentlich bezahlt bekämen. Das wäre glaube ich die Sache.

MEHRERE ZWISCHENRUFE: „DAS WOLLEN WIR JA!“

Und noch ein kurzer Vermerk zur Gewerkschaft, ich bin bei Leibe kein Feind der Gewerkschaft. Aber wenn sie diese Ungerechtigkeiten hier sehen, die unter Umständen dadurch entstehen, daß wir den einen die Zulagen geben und den anderen nicht, dann wäre es vielleicht die Aufgabe der Gewerkschaft, sich einmal gegen diese Bezügeordnung zu wehren und sagen, da gibt es die einen und da gibt es die anderen, schauen wir, daß wir das eines Tages auf einen gleichen gemeinsamen Nenner bringen. Was den Computer selbst betrifft, so habe ich meine Bedenken schon in diesem Arbeitskreis gehabt, weil ich mich gefragt habe, was eigentlich die Beweggründe sind, warum man überhaupt zu solchen Erschwerniszulagen kommt. Meiner Ansicht nach wäre es gescheiter, wenn man jenen eine Zulage gibt, die keinen Computer haben. Wenn man sich anschaut, wie früher die Sozialabteilung zwischen die Zettel umhergetan hat und die Erleichterungen, die jetzt durch dieses neue Arbeitsgerät geschaffen worden sind, sehe ich es nämlich nicht ein. Aber immerhin habe ich mir noch gedacht, daß es vielleicht mehr Gründe gibt, als nur die, die bislang zur Sprache gekommen sind. Und ich habe hier ein Schreiben von der Landesregierung, wo es z. B. heißt, und das ist ja auch eine Sache, wo sich glaube ich die Landesregierung selbst auch nicht traut, dezitiert genau zu sagen, inwieweit hier die Erschwernis überhaupt beschrieben werden kann. Sie haben es erzählt, Frau Kollegin, ich habe es hier anders stehen. Und im Vorsatz heißt es - ich habe hier zwei Schreiben - z.B. hat die Finanzverwaltung mit 1. Jänner 92 (etc.) die Steuerfreiheit der Bildschirmzulagen gestrichen und unter anderem, daß Computer am Arbeitsplatz keine Besonderheit mehr darstellen, und daher insofern keine besondere Erschwernis mehr gegeben ist. Und dann - ich habe immer geglaubt, daß einfach die gesundheitliche Belastung für all jene so groß ist, die mehr als 20 Stunden dort sitzen - schreibt die Landesregierung selbst: „Diese Erschwernis liegt sowohl im Bereich der Arbeitsorganisation, Antwortzeiten, Belastung durch Unterbrechung im Parteienverkehr usw.“ Also ich denke mir, wo der Unterschied zu einer gewöhnlichen Schreibmaschine ist, wenn heute der Klient oder sonst irgendwer hier sitzt und ich muß mich einmal dort- und einmal dahin wenden. Ich will mich prinzipiell nicht lächerlich machen, weil ich ganz genau weiß, wie schwierig das ist, aber auf der anderen Seite denke ich mir, hat hier die Landesregierung das auch nicht genauer definiert.

Ich glaube, daß der Hintergrund eher ein anderer ist. Aber gehen wir noch einmal von den grundsätzlichen Dingen aus, die wir damals in diesem Arbeitskreis besprochen haben. Ausgegangen sind wir eigentlich von der Sache, daß man gesagt hat, wir müssen für die Stadt einfach eine Ersparnis bringen, und ich glaube, daß das ein Weg ist, hier eine Ersparnis zu bringen. Ich glaube auch nicht, daß wir keine neuen Angestellten oder Vertragsbediensteten mehr finden werden, das glaube ich überhaupt nicht. Ich glaube die Situation, die da ist - und eines müssen wir auch bedenken, wenn es „draußen“ den Leuten nicht besonders gut geht, ich will nicht sagen, daß es uns in Steyr schlecht geht, und wir einen Bereich durch Zulagen, der einen gewissen geschützten Bereich darstellt, schaffen -, daß wir da eher solidarisch sein sollten und sagen: Wir müssen solidarisch mit all jenen sein, die unter Umständen „draußen“ nicht so viel verdienen, also soll auch die Beamtenschaft und auch die Politik darauf reagieren. Wenn es uns wieder besser geht, können wir darüber wieder reden. Ich darf sie erinnern, die Geschichte der Zulagen ist eine solche, daß alle paar Jahre immer eine neue hinzugekommen ist und nicht das Gegenteil ist eingetreten, daß manche gestrichen worden sind, die vielleicht nicht mehr so zeitgemäß waren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächstes hat sich Frau GR Fuchs zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat schon einiges vorweggenommen. Auch ich habe Probleme mit der Bezeichnung „Erschwerniszulage“. Wie gesagt, der Computer ist das Arbeitsmittel von „heute“, was früher die Schreibmaschine war. Ich bin überzeugt, daß die Schreibmaschine für das Arbeiten und für so manchen mehr Erschwernis gebracht hat. Wenn einer viel schreiben mußte, hat der oft eine Sehnenscheidenentzündung bekommen, also es war sicher nicht so einfach, als heute mit dem Computer. Die Arbeit geht schneller voran, man kann wesentlich mehr bewältigen. Ich wüßte nicht, wo da eine Erschwernis ist, und daß die Augen in Mitleidenschaft gezogen werden oder der Nacken - gut das war beim Maschineschreiben, die Augen nicht, vielleicht auch, wenn ein schlechtes Licht war, aber auf jeden Fall der Nacken war glaube ich von der Sitzposition her auch sehr in Mitleidenschaft gezogen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Es freut mich schon, daß so viele bestätigen, was ich gesagt habe. Auch zu guter Letzt dann der Koll. Apfelthaler, wenn er dem ganzen Zulagendschungel, das hat er aber gesagt, aber ich habe ihm gesagt, das gehört eigentlich weg. Das gehört weg, das unterstreiche ich immer wieder. Und ich denke ansich an meinem Vortrag zu Beginn. Da habe ich die Gründe genannt, warum meiner Meinung nach das Land diese Regelung getroffen hat. Und eines habe ich gleich ganz klar und deutlich gesagt, aber vielleicht sollte ich es wiederholen. Der sicherlich nicht gravierendste Grund war und der sicherlich nicht ist, sondern er ist halt einfach zu guter Letzt auch da, weil man am Bildschirm arbeitet. Der gravierendste Grund, das habe ich bei Pkt. 3 gebracht, was sich das Land überlegt gehabt hat und auch für mich der gravierendste Grund liegt ausschließlich und eindeutig im Besoldungswesen, in der Besoldungsart. Und wenn dann, und warum ich dann eigentlich dann wirklich zu guter Letzt zu diesem Beschluß gekommen bin, die FP kritisiert, manche am Magistrat kassieren zuviel, und die kleinen Angestellten werden mit Hungerlöhnen abgespeist. Ich unterstreiche das. Und ich habe auch gesagt, die Gegenüberstellung zwischen Kollektivvertragsbezügen und den Bezügen, die hier die Magistratsbediensteten haben. Und es sind keine Spitzenverdiener, ich kann - wenn jemand will - auch Namen daneben schreiben, obwohl das nicht so ganz einfach ist , weil schlußendlich gibt es einen Datenschutz, wo man nicht einfach mit den Bezügen der kleinen Magistratsbediensteten oder Bezügen von Angestellten in der Industrie und im Gewerbe öffentlich hausieren geht. Aber sie können mir glauben, daß diese Werte, die ich hier sage, stimmen und nicht von irgendwo aus dem hohlen Bauch sind. Das ist eigentlich der Hauptgrund, worum es da wirklich geht, nicht um diese idiotische Computerzulage. Und wenn Richard Gollatsch sagt, daß ich gesagt habe, in meinem Betrieb gibt es sie nicht, ja richtig, in meinem Betrieb gibt es sie fast nicht. Es gibt an sich im EDV-Bereich Zulagen, die gibt es ansich da im Haus auch, die ja da nicht so direkt betroffen sind, aber es gibt für Mitarbeiter, die ausschließlich im EDV-Bereich tätig sind, aber dort bezeichnet man es in diesem Sinn nicht als Computerzulage, die einfach entsprechend ihrer Arbeit mit Zulagen versehen sind. Aber dafür gibt es dort andere Bezüge, und dafür ist der Bezug dieser Mitarbeiter in der Industrie eben im Kollektivvertrag geregelt. Und es sind die Einstufungen dieser Damen und Mädchen, die dort tätig sind, eben durch kollektivvertragliche Einstufungsmöglichkeiten geregelt und nicht durch das, wie es hier ein Beamtenrecht ist, daß einfach eben durch die Zulagen - mit dem auch die Beamten nicht glücklich sind, und ich habe einmal so gehört seit 84 oder seit wann gestritten wird - wahrscheinlich schon viel länger - wenn man den LR Hiesl hört, der das Ganze auch wieder voll ins Gespräch bringt, das ganze Zulageunwesen. Und die Koll. Lohnecker wird wahrscheinlich das näher wissen als ich, weil sie direkt im Geschehen ist, daß dort einfach große Diskussionen sind und man mit Jänner 98 beginnt, ein Beamtenbezügegesetz zu regeln, wo man hoffentlich dann dort hinkommt, daß man mit diesem Zulagewesen aufhören kann und daß sich auch die Beamten und die Vertragsbediensteten dann in einem Gehaltsgefüge bewegen, das ihrer Leistung und ihrer Arbeit wirklich gerecht wird und das ihnen auch zusteht. Warum die Gewerkschaften dabei sind, möchte ich nur eines ganz kurz zagen, das war eigentlich eine Grundüberlegung, weil wir können in so einem Arbeitskreis reden und diskutieren, was wir wollen, das OÖ. Gemeindepersonal-Vertretungsgesetz schreibt eindeutig und ganz klar vor, daß Personalmaßnahmen - bevor sie in den Personalbeirat gehen - mit der Gewerkschaft zu verhandeln sind und im Personalbeirat dann entsprechend der Besetzung behandelt werden können. Und dort haben sie dann das Mitspracherecht, nicht sind sie dort die „Mehreren“, Herr Dr. Pfeil, sondern dort ist das paritätisch besetzt, eben eine klare Regelung des OÖ. Gemeindepersonal-Vertretungsgesetzes und demokratiepolitisch auch klar verständlich, daß einfach Belegschaft, Belegschaftsvertretungen und Arbeitgeber miteinander an einem Tisch sitzen und entsprechende Verhandlungen tätigen. Ich glaube, daß die Landesregelung als solche, einen Kompromiß auf den Weg dorthin darstellt, daß wirklich die Bezügeregelung für Vertragsbedienstete und Beamte schlußendlich dann einmal einer Regelung zugeführt wird, auch wenn die Ungerechtigkeit zwischen S 600,-- und S 800,--, die Ungerechtigkeit zwischen S 885,-- und S 0,-- ist noch wesentlich größer, gegeben ist, das sind schlußendlich die Gehaltsbewegungen. Und ein jeder, der etwas mit dem Personal- und Gehaltswesen zu tun hat, weiß, daß es gang und gäbe ist, daß es solche Unterschiede gibt, die sich aber nicht in einem Extremmaß zwischen S 0,-- und S 100,-- bewegen sollten. Und um vielleicht Lexika etwas zu zitieren, da findet man z.B. unter dem Begriff

„Neid“, „Neid“ ist ein gerichtetes, mißgünstiges Gefühl gegenüber einzelnen oder Gruppen, wegen eines Wertes, persönlicher Eigenschaften, dessen Besitz dem Neider nicht gegeben ist, oder ein Unlustgefühl, das jemandem befällt, wenn er einem anderen etwas nicht gönnt, oder das gleiche haben will und es nicht bekommt. Ich möchte sie wirklich bitten, dem Antrag in der vorgegebenen Form des Abänderungsantrages aus dem Personalbeirat bzw. aus dem Stadtsenat die Zustimmung zu geben und nicht dem Abänderungsantrag, den Koll. Richard Gollatsch eingebracht hat.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr! Meine Damen und Herren wir sind am Ende der Debatte angelangt, das Schlußwort ist gehalten, und ich möchte nur persönlich noch feststellen, daß ich mich als Dienstgebervertreter mit diesem Abänderungsantrag des Koll. Gollatsch nicht identifizieren kann, weil wenn er beschlossen wird, eines eintritt, daß wahrscheinlich wir als Stadt Steyr die einzige Gemeinde zum Unterschied von 444 anderen in OÖ. sind, die ihre Dienstnehmer in diesem Bereich schlechterstellen. Es betrifft ja nur Dienstnehmer, die in Zukunft mit Computerarbeit in diesem Ausmaß beschäftigt werden oder neu aufzunehmende Dienstnehmer, das muß uns dabei schon klar sein. Allerdings sind das jene Dienstnehmer, die am unteren Ende stehen, was ihre Einkünfte anbelangt. Sozial ist es nicht, aus finanziellen Gründen haben wir es auch nicht notwendig, weil es eigentlich nichts bringt, aber wenn man diese Abstimmung so macht, dann muß man sich dazu bekennen. Ich sage das nur, damit meine Position in dieser Frage auch völlig klar ist. Ich halte nichts davon, aber bitte sehr, es kommt nun zur Abstimmung, und ich lasse zuerst über den Abänderungsantrag Gollatsch abstimmen. Wer für diesen stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. 15 (F, VP, GAL). Wer ist dagegen? 15 (SP). Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (F). Der Abänderungsantrag Gollatsch ist abgelehnt. Ich lasse nunmehr über den Abänderungsantrag des Personalbeitrages abstimmen. Wer für diesen stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben? 15 (SP). Wer stimmt gegen diesen Antrag? 13 (F, VP, GAL). Stimmenthaltung? 4 Stimmenthaltungen (F). Das heißt, auch dieser Antrag ist nicht beschlossen worden. Pause 10 Minuten!

PAUSE VON 18.35 BIS 18. 45 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Konzentration! Wir setzen die Sitzung mit Pkt. 21 fort. Koll. Spanring wird gebeten.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem zweiten Vorschlag geht es um etwas einfacheres, aber äußerst wichtiges für dieses Haus - Richtlinien über ein

Verbesserungsvorschlagswesen. Im Juni 1996 wurde durch den Herrn Magistratsdirektor eine Projektgruppe installiert und der Auftrag zur Schaffung eines Verbesserungsvorschlagswesen erteilt. Die Zielvorgabe lautete, daß mit diesen Richtlinien die Organisation des Magistrates der Stadt Steyr einschließlich der städt. Unternehmungen oder die Erfüllung deren Aufgaben vereinfacht, wirksamer gemacht oder wirtschaftlicher gestaltet werden. Weiters sollte dadurch erreicht werden, daß die Motivation und Identifikation der Bediensteten mit dem Magistrat der Stadt Steyr, durch die Möglichkeit, den Arbeitsplatz mitgestalten zu können, gefördert wird. Ich ersuche den Hohen Gemeinderat von der Verlesung der 7 Seiten umfassenden Richtlinien Abstand nehmen zu dürfen und möchte gleich den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vorbringen. (BEILAGE)

21) Präs-724/96

Richtlinien über ein Verbesse-

rungsvorschlagswesen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 5. Dezember 1996 werden die diesem Antrag beiliegenden Richtlinien über ein Verbesserungsvorschlagswesen beim Magistrat der Stadt Steyr beschlossen. (BEILAGE)

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstnehmers im Personalbeirat lt. OÖ. Objektivierungsgesetz. Bedingt durch die Bestellung von AR Greinöcker Hans zum Leiter der Fachabteilung Personalverwaltung ist es erforderlich, diesen ausgeschiedenen Dienstnehmervertreter im Personalbeirat zu ersetzen. Es wird daher vorgeschlagen, anstelle von AR Greinöcker TAR Ing. Seitlinger Horst als Dienstnehmervertreter für die laufende Funktionsperiode des Gemeinderates zu bestellen.

22) Präs-35/91

OÖ. Objektivierungsgesetz - Änderung in der Zusammen-

setzung der Vertreter des

Dienstnehmers im Personal-

beirat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Zusammensetzung der Dienstnehmervertreter im Personalbeirat für die laufende Funktionsperiode des Gemeinderates wird wie folgt geändert.

Anstelle von AR Greinöcker Hans wird TAR Ing. Seitlinger Horst zum Dienstnehmervertreter bestellt.

Ich ersuche um entsprechenden Beschluß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hat sich jemand zu Wort gemeldet? Niemand, wir kommen auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1997 - Akontozahlungen. Der RHV Steyr und Umgebung hat bei mehreren Kreditinstituten Kontokorrentkredite, die aufgrund der Vorfinanzierung sämtlicher Investitions- und Betriebskosten immer einen Sollstand von mehreren Millionen Schilling aufweisen. Zur Verringerung der Vorfinanzierungskosten für diese Kontokorrentkredite ist es notwendig, wie im Finanzjahr 1996, eine Akontozahlung für das Finanzjahr 1997 zu leisten. Aufgeteilt auf den Betriebskostenschlüssel, der für die Stadt Steyr 64,66 % beträgt, ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

23) Fin-3/97

Mitgliedsbeitrag für den Reinhal-

tungsverband Steyr und Umge-

bung für das Finanzjahr 1997;

Akontozahlungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 7. Januar 1997 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3,233.000,-- (exkl. USt.), also insgesamt S 12,932.000,--, an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1997 zugestimmt. Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 12,932.000,-- bei der VASt 1/8510/754000.6 für das Rechnungsjahr 1997 genehmigt.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag 23) ist somit einstimmig angenommen, ich danke dem Koll. Spanring. Nächster Berichterstatter, Herr StR. Spöck.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist zwar nur ein Antrag, aber in meinen Augen ein sehr, sehr wichtiger. Es geht um Maßnahmen zur Verlustabdeckung 1997 beim Alten- und Pflegeheim Tabor. Es geht um S 11,040.000,--. Die Verordnung vom 4. Juli 1996 über die Ausgliederungsmaßnahmen des APT sieht unter anderem die doppelte Buchhaltung vor, sodaß die Verlustbedeckung nach diesen Kriterien nicht erst zum Abschluß des Wirtschaftsjahres erfolgen kann. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

24) Fin-255/96

APT; Maßnahmen zur Verlust-

abdeckung 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 1997 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o.H. bei der Voranschlagstelle 1/4200/759200.9 in Höhe von S 9,090.000,-- und des ao. H. bei der Voranschlagstelle 1/4200/774000.5 in Höhe von S 1,950.000,-- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt. Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Stadtsenat wegen Dringlichkeit dieses Beschlusses zum Vollzug ermächtigt.

Soweit zu meinem Antrag. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, um sie ganz kurz über die derzeitige Situation im APT zu informieren. Wir haben gestern die erste konstituierende Sitzung des Verwaltungsausschusses gehabt. Bei dieser Sitzung bin ich zum Vorsitzenden gewählt worden, die Frau Kollegin Vzbgm. Mach zur Stellvertreterin. Wir haben im letzten Gemeinderat die Mitglieder beschlossen. Die Koll. Weixlberger und der Kollege Fürweger gehören diesem Ausschuß an. Und es wurde auch beschlossen, den Heimleiter in Zukunft zu den Sitzungen einzuladen. Er war auch bei der ersten Sitzung dabei. Ebenso habe ich kundgetan, bei der nächsten Sitzung den Herrn Koll. Apfelthaler einzuladen. Der neue Heimleiter, Herr Ruckerbauer, hat uns bei dieser Gelegenheit auch seine Gedanken zur Alten- und Pflegeheimphilosophie vorgestellt. Zum Personal: Das Alten- und Pflegeheim Tabor hat derzeit 336 Bewohner und diese werden von 187 Personen (Voll- und Teilzeitbeschäftigte) betreut, zurückgerechnet ergibt das 177 Vollbeschäftigte. Die Heimleitung: 6 Vollbeschäftigte, 1 Teilzeitbeschäftigte. Von den Diplomkrankenschwestern haben wir 13 Vollbeschäftigte und 14 Teilbeschäftigte; Pflege- und Altenfachbetreuer: 66 Vollbeschäftigte, 15 Teilbeschäftigte. In der Küche haben wir 28 Vollbeschäftigte, Wäscherei, Näherei, Bügelei: 8 Vollbeschäftigte, Haustechnik: 5, Reinigungspersonal: 30 und in der Physiotherapie haben wir 1 Teilzeitbeschäftigte. Soweit zum Personal. Zur Pflegephilosophie. Die bisherige Pflegephilosophie orientierte sich überwiegend an den Grundsätzen der Spitalspflege. Seit Inkrafttreten der Alten- und Pflegeheimverordnung ist es aber auch notwendig, ein Heimkonzept und darin auch enthalten die Pflegephilosophie, neu zu definieren, wobei die bewohnerorientierte Pflege sicherlich der richtige Weg ist. Als erster Schritt wird im APT am 1. Februar die probeweise Trennung der bisherigen Heimleitung durchgeführt. Als begleitende Maßnahme wird zum Erreichen der gesetzten Ziele, in Zusammenarbeit mit der Altenbetreuungsschule des Landes OÖ., ein Projekt gestartet, das Projekt „Qualitätszirkel“. Dies ist insofern notwendig, um dem vorhandenen Personal auch die entsprechende Unterstützung zu geben. Bisher hat die Zusammenarbeit mit der Altenbetreuungsschule des Landes nicht so ganz funktioniert. Zur Information des Gemeinderates und ich glaube, es ist auch wichtig zu wissen, was überhaupt im APT schon bisher passiert ist. Zwei- bis dreimal wöchentlich findet ein Seniorenclub statt, der ausgezeichnet besucht ist. Wir haben monatliche Geburtstagsfeiern, und hier gibt es auch Neuerungen. Die letzte Geburtstagsfeier wurde von Schülerinnen der HBLA gestaltet. Wir haben Vorträge, Lesungen, musikalische Ausführungen, Faschingsrummel - es sind dazu alle recht herzlich am 6. Februar eingeladen, vielleicht geht es sich nach dem Sondergemeinderat aus, daß auch der Gemeinderat zu den Bewohnern des APT kommt. Diese Veranstaltungen hat es auch schon bisher gegeben. In Planung sind zusätzlich gemeinsame Veranstaltungen mit und unter Einbeziehung von Kindern aus den Kindergärten und Horten, und es hat auch schon Gespräche mit der Frau Oberkindergärtnerin bzw. mit der Schuldirektion gegeben. Die Einbeziehung der Altenfachschule habe ich schon erwähnt. Es wird auch zur Verbesserung der Tonübertragungen kommen, Ankauf von mobilen Mikros, hier hat es auch in der Vergangenheit Probleme gegeben, gerade bei älteren Menschen. Überlegt wird auch die Anschaffung eines Videosystems und damit die Übertragung in alle Bewohnerzimmer, das heißt ein Hausfernen. Bei

dieser Gelegenheit ergeht gleich die Bitte an diesen Gemeinderat und die Zeitung, wir suchen noch eine Videokamera, wir suchen noch Sponsoren für eine Videokamera, damit wäre uns sehr geholfen. Wir kommen zur Gestaltung von Kinderspielecken. Hier war immer das Problem bei Besuchen mit Kindern, was mit ihnen geschieht. Wir werden Kinderspielecken einrichten, das Spielzeug haben wir schon von den Kindergärten bekommen, es ist zwar ein gebrauchtes, aber ein gutes Spielzeug. Bewegungstherapien in Singkreisen mit Rhythmusinstrumenten sind ebenso neu geschaffen worden, und das kommt sehr gut an. Es wird auch zu vermehrten Aktivitäten in den erweiterten Gangbereichen gemeinsam mit den Besuchern kommen. Meine Damen und Herren, all diese Ideen zeigen, daß man ehrlich bestrebt ist, vom „Nur-Heimbetrieb“ wegzukommen. Vor allem ist erfreulich, daß das Personal diesen Vorschlägen nicht nur positiv gegenübersteht, sondern diese Vorschläge auch mitträgt und unterstützt. Noch ein paar trockene Zahlen. Die Ausgliederung bedingte auch die Umstellung von der Kameralistik in die doppelte Buchhaltung. Das vorhandene EDV-Programm für die Bewohnerverwaltung war leider nicht mehr verwendbar, sodaß die Hard- und Software neu angeschafft werden mußte. Dieser Bereich ist insofern wichtig, da die Einnahmen dementsprechend nur so gesichert werden können. Es gibt Kinderkrankheiten, die werden - wie ich gehört habe - bis März ausgemerzt werden. Durch das angekaufte Controlling-Programm werden in Zukunft jederzeit Soll-, Istvergleiche möglich sein, man wird dann ab dem Jahr 1998 die Vergleiche mit dem Jahr 1997 haben. Soweit, meine Damen und Herren, ein paar Informationen zum APT. Wie gesagt, die Umstellung zur bewohnerorientierten Pflege und weg vom „Nur-Zimmer“ ist sehr erfreulich, und daß auch das Personal so mitwirkt. Ich glaube es ist ganz wichtig, daß wir von dem negativen Image wegkommen, das sicherlich besteht. Und ich bitte hier wirklich alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates um dementsprechende Unterstützung. Ich habe es gestern beim Verwaltungsausschuß angemerkt. Dieser steht voll hinter dem Alten- und Pflegeheim und hinter der neuen Philosophie, die hier vom Heimleiter vorgegeben ist. Soweit zu meinen Ausführungen zum Alten- und Pflegeheim Tabor. Ich darf den Herrn Bürgermeister, um zum Antrag zurückzukommen, um Diskussion bzw. Abstimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, auch für die Berichterstattung der neuesten Entwicklungen in diesem Bereich, und darf fragen, ob das Wort gewünscht ist? Ist nicht der Fall. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung über die Verlustabdeckung 97. Wer mit dem vorliegenden Antrag und den entsprechenden Beträgen einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Koll. Spöck, und jetzt StR. Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wertes Präsidium! In meinem ersten Antrag geht es um einen neuerlichen Verkauf des Grundstückes in der Pachergasse. Wir haben schon einmal das Grundstück an die Fa. Braunsberger verkauft, und es hat sich leider dann eine Zufahrtsmisere und ein Parkplatzverlust auf der Nachbarliegenschaft ergeben. Es ist aber dann doch zu einer Einigung zwischen Hörtenhuber und Braunsberger betreffend Übernahme bzw. Verkauf gekommen. Und ich bitte hier im voraus dem Antrag die Zustimmung zu geben.

25) ÖAG-11/96

Verkauf des Grundstückes 46/5,

KG Steyr, an Frau Inge Hörten-

huber und Frau Karin Hörtenhu-

ber, 4400 Steyr, Bergerweg 48

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 16. Dezember 1996 wird dem Verkauf des Grundstückes 46/5, KG Steyr, an Frau Karin Hörtenhuber und Frau Inge Hörtenhuber, beide 4400 Steyr, Bergerweg 48, zum Kaufpreis von S 1.500,-- je Quadratmeter, insgesamt demnach bei einem Flächenausmaß von 685 m2 zum Betrag von S 1,027.500,-- zugestimmt. Die Kosten der Vertragserrichtung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren sind von den Käuferinnen zu tragen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu Antrag 25 das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Ich sehe nicht. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Grundstückes von der Wohnungsanlagen Gesm.b.H. im Bereich Hinterberg.

26) Fin-189/94

Campingplatz Steyr, Ankauf der

Grundstücke 400/47 und 400/49, je KG Hinterberg, von der Wohnungsanlagen GesmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 7. Januar 1997 wird dem Ankauf der beiden Grundstücke 400/47 und 400/49, je KG Hinterberg, im Ausmaß von insgesamt 5.245 m2 von der Wohnungsanlagen GesmbH, Linz, Stadlerstraße 3, zum Kaufpreis von S 171,-- je Quadratmeter, sohin zum Gesamtkaufpreis von S 896.895,-- zugestimmt. Zur Bezahlung des Kaufpreises und der zu erwartenden Nebenkosten für Grunderwerbsteuer,

Eintragungsgebühr und ähnlichem wird bei der VA-Stelle 5/8400/001000.2 ein Betrag in Höhe von S 950.000,-- (in Worten: Schilling neunhundertfünfzigtausend) freigegeben.

Ich bitte um die Zustimmung, diesen Bereich, diese 2 Parzellen, zu kaufen, um die Forelle bzw. den Campingplatz aufrechtzuerhalten.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet, Koll. Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte auch vor diesem Gremium die Diskussion im Stadtsenat zu diesem vorliegenden Antrag in Erinnerung rufen und diesbezüglich einige Anmerkungen machen. Abgesehen davon, daß ja bereits vor Beschlußfassung im Stadtsenat in der Presse nachzulesen war, daß das im Amtsbericht angeführte Grundstück von der Stadtgemeinde angekauft wird, gab es noch weitere unterschiedliche Auffassungen von seiten des Herrn Dr. Pfeil und mir, weil zum einen im Amtsbericht davon die Rede war, daß es sich um ein Grundstück von etwa 13.600 m2 handelt und die Stadtgemeinde wie gesagt ein Ausmaß von 5.245 m2, sprich 2 Grundstücke, ankaufen soll oder wird. Es ist also aus dem Amtsbericht - für uns zumindest - nicht deutlich hervorgegangen, wer die Restfläche ankauft. Zum anderen haben wir im Stadtsenat die Auffassung vertreten, daß man mit der WAG mit zuwenig Nachdruck verhandelt hat, um den ursprüngliche Zustand, nämlich den Pachtvertrag, weiter aufrecht zu erhalten und man jetzt sozusagen die Gemeinde unter Zugzwang setzt, um den Campingplatz zu erhalten und dieses Grundstück anzukaufen, was ja schlußendlich auch die Stadtkasse entsprechend belasten wird. Ich darf hier das wiederholen, was ich im Stadtsenat gesagt habe, also im Hinblick darauf, daß dieser Campingplatz erhalten werden und nicht in Frage gestellt werden soll, weil ich gerade als Münichholzer feststellen kann, daß diese Anlage sehr gut angenommen wird und in den letzten Jahren im verstärkten Ausmaße. Ich möchte wie gesagt nicht derjenige sein, der durch ein „Nein“ zu diesem Antrag den Weiterbestand des Campingplatzes gefährdet. Wie gesagt, ich sehe mich da ebenfalls unter Zugzwang, und ich werde daher diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Koll. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Meine Damen und Herren vom Gemeinderat! Es wäre ein Pokerspiel gewesen, wenn man es darauf hätte ankommen lassen. Was hätte die WAG gemacht, wenn wir hier nicht gekauft hätten? Ich glaube nicht, daß dann der Campingplatz gestorben wäre, aber sei's drum. Wie Freund Eichhübl schon gesagt hat, es gibt einige Argumente, die sich vortragen lassen, daß man diesem Antrag zustimmt. Um dem ganzen den tierischen Ernst zu nehmen, es ist sehr wichtig, daß dieser Bauzins von S 1,-- in einer Zeit niedrigster Inflation wertgesichert ist und wo man vielleicht in 2 bis 3 Jahren unsere Währung haben wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, weitere Wortmeldungen sehe ich schon noch.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium! Werter Gemeinderat! Ich bin nicht ganz so einverstanden damit, weil ich glaube, es würde sich überhaupt nichts ändern, wenn hier die Stadt das nicht ankaufen würde. Die WAG kann mit dieser feuchten Wiese nichts anderes anfangen, als sie an die Forelle oder an die Stadt als Campingplatz zu vermieten. Warum die WAG mit der Forelle Steyr einen Vorvertrag gemacht hat, ohne daß die Forelle Steyr Geld hat, ist mir auch nicht klar. Wer macht schon mit jemandem einen Vorvertrag und hat kein Geld. Wahrscheinlich war hier schon im Hintergrund die Stadt bei der WAG vorstellig und hat gesagt, daß wir das schon kaufen werden. Alleine aus diesem Grund werde ich dem Antrag nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich darf nur verweisen, daß die WAG schon einmal diese Äußerung getätigt hat. Es ist an einem seidenen Faden gehangen, daß der Campingplatz bzw. die Anlage Forelle weitergeführt werden

konnte und der Vertrag aufrecht geblieben ist. Jetzt aber ist der Vertrag ausgelaufen und sie haben streng darauf Bedacht genommen, das Grundstück zu veräußern bzw. auch selbst anders zu verwerten. Aufgrund der finanziellen Situation war es der Forelle nicht möglich, alles zusammen, nämlich die über 13.000 m2, zu kaufen. Den größeren Teil haben sie ohnehin gekauft. Wir beschließen ja hier diese 2. Fläche bzw. die 2 Parzellen, die es für die Forelle nicht möglich war, sozusagen mit dem Campingplatz zu übernehmen bzw. käuflich zu erwerben. Das ist eher eine Angelegenheit der Stadtgemeinde und bevor das zu einer weiteren Diskussion oder zu Streitigkeiten führt, daß der Campingplatz möglicherweise nicht mehr benützt werden kann, obwohl er sehr gerne angenommen wird, ist es das Recht und die Pflicht der Stadtgemeinde, hier Vorsorge für die Fortsetzung und Aufrechterhaltung zu treffen. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich möchte noch ergänzen, besonders für sie, Herr Kollege Fürweger. Wir waren nicht der Meinung, daß die Forelle kaufen soll. Wir haben das auch den Vorstandsmitgliedern der Forelle gesagt. Wir haben auch der WAG gesagt, daß wir diesen Vorgang nicht goutieren. Es ist nur ein Umstand tragend geworden, nämlich der, daß die Sektion Tennis der Forelle gezwungen war, ein neues Kabinenhaus zu errichten, weil das alte schon so desolat und abbruchreif war und die WAG eine Zustimmung zu dieser Errichtung nicht gegeben hat. Und mit diesem Druckmittel hat die WAG die Forelle dazu bewogen, dem Kauf zuzustimmen. Die WAG verkauft aber den größeren Teil dieses Grundstückes an die Forelle, und die werden dies auch „berappen“ müssen. Unsere Aktivität, nämlich jenen Teil des Grundstückes, wo der Campingplatz ist, zu erwerben, ist in Wirklichkeit eine Hilfestellung für die Forelle, die ein Tradtitionsverein in unserer Stadt ist, wo Olympiateilnehmer und wo Weltmeister und noch viele mehr gepaddelt haben. Und wir haben gesagt, daß wir uns auch nicht vorstellen können, wie auch der Tourismusverband, das hier in Frage zu stellen, ob es den Campingplatz gibt oder nicht, daß eine Rechtsunsicherheit eintritt, wo wir doch in letzter Zeit viel investiert haben usw. Es ist nicht nach unseren Vorstellungen gelaufen, aber wir haben das dann letztendlich getan, um der Forelle zu helfen und für uns auch den Campingplatz zu sichern.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? 1 Stimme F. Gibt es Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung F. Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Generalsanierung des gemeindeeigenen Objektes Haratzmüllerstraße 37. Bei einer Begehung durch die OKA, gemeinsam mit Vertretern der GWG, ist festgestellt worden, daß die Elektroinstallationen derart desolat sind und die Gefahr gebannt werden muß, daß hier das Objekt keinen Schaden durch einen Brand oder etwas anderes erleidet. Daher ist es notwendig die Generalsanierung durchzuführen. Und weil es ein gemeindeeigenes Objekt ist, sind dafür - so wie im Amtsbericht bzw. im Antrag festgehalten - S 1.000.000,-- zu beschließen.

27) GHJ2-103/96

Generalsanierung des gemeinde-

eigenen Objektes Haratzmüller-

straße 37

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 12.12.1996 wird der Überweisung des Betrages von S 1,000.000,-- an die GWG der Stadt Steyr zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,000.000,-- (eine Million)

bei der VA-Stelle 5/8461/010000.3 freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1,000.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu eine Wortmeldung des Koll. Schwager. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Das Haus Haratzmüllerstraße 37 ist ja nicht gerade die Stätte des Heiles. Im Gegenteil, es ist, wie wir alle wissen, dort schon manches passiert. Daß das Haus saniert gehört, ist ganz klar. Und wir wissen auch alle, daß dann, wenn man in so einem älteren Gemäuer an der Elektroinstallation etwas ein bißchen ändert, die OKA kommt und sagt, daß das und das geschehen muß. Aus diesem Gesichtspunkt sehe ich den Antrag auch vollkommen ein und bitte daher auch um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort? Kein Schlußwort gewünscht. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Gibt es keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im letzten Antrag von mir geht es um den Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 597/1 in Gleink.

28) ÖAG-1/97

Verkauf einer Teilfläche des

Grundstückes 597/1, KG Gleink,

an die „ER SIE ES“ Bauträger

GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichts der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 8. Januar 1997 wird dem Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 597/1, KG Gleink, im voraussichtlichen Ausmaß von 2.077 m2 an die „ER SIE ES“ Bauträger GmbH zum Kaufpreis von S 1.000,-- je Quadratmeter zugestimmt. Das endgültige Flächenausmaß ist bei der noch vorzunehmenden Vermessung der Liegenschaft festzulegen. Der gesamte Kaufpreis ist bei Vertragsunterfertigung zu entrichten. Der Verkauf erfolgt zur Errichtung von Eigentumswohnungen, wobei bei Bedarf die Einbeziehung einer Arztpraxis vorgesehen ist. Zur Sicherung des Vertragszweckes behält sich die Stadt am Kaufgegenstand das grundbücherlich einzutragende Vor- und Wiederverkaufsrecht vor. Die Kosten der Vertragserrichtung und der damit zusammenhängenden Steuern, Abgaben und Gebühren trägt die Käuferin. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich bitte dafür die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldung dazu gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. Tatzreiter.

Ich darf mitteilen, daß wir im Zuge unserer heutigen Sitzung Ausgaben in Höhe von S 36,256.300,-- beschlossen haben.

Wir kommen zur ***Aktuellen Stunde,*** Beginn: 19.17 Uhr

SPÖ? Keinen Beitrag.

FP? Herr Dr. Schwager. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Präsidium! Ich glaube, „aktueller“ geht es eigentlich nicht. Ich habe im Rahmen meiner Tätigkeit als Häuptling, wie ich hin und wieder sage, des Prüfungsausschusses die wirklich angenehme Gelegenheit gehabt, die tüchtige Beamtin Frau Helga Feller-Höller als solche kennen und ihre Arbeit schätzen zu lernen. Und ich freue mich daher aus diesem Gesichtspunkt, daß sie hier in unsere Mitte - in unserem Halbkreis - aufgenommen und von ihrer Fraktion hierher delegiert wurde. Ich habe hiezu, das möchte ich vorausschicken, keinerlei persönliche Bedenken gegen die Dame des Kontrollamtes bzw. der FA Kontrolle und Revision und will auch nicht so verstanden werden, daß ich von vornherein ihr irgend etwas auch nur verdachtsmäßig unterstellen wollte. Es geht mir nur um eines, und zwar um eine gewisse Optik, die nach außen hin, auch in der Politik, gewahrt werden soll. Es gibt keinerlei gesetzlichen Grundlagen, die der neuen Kollegin diese Mitarbeit hier in diesem Hause verbieten würde. Wir wollen es ihr aber auch nicht verbieten. Das einzige was ist, ist eben eine - wie ich gesagt habe - Optik, die daher kommt, daß wir Gott sei Dank in der Demokratie so verwachsen sind, daß einfach die Prinzipien der Gewaltentrennung uns schon eigen sind. Und das Prinzip der Gewaltentrennung besagt im wesentlichsten nichts anderes, als daß die Legislative, das wären also praktisch wir hier, von der Vollziehung streng zu trennen ist. Die Vollziehung zerfällt wieder in Verwaltung und Justiz. Natürlich ist sie keine leitende Beamte, und daher wäre sie, wenn man das jetzt auf Bundesebene hinein interpretieren wollte, keineswegs irgendwie mit Unvereinbarkeitsbestimmungen belastet. Noch einmal, es ist kein persönliches Mißtrauen und es ist auch kein Vorwurf. Ich habe nur auf diese Optik hingewiesen und bitte, in der Überzeugung, daß sie das auch tun werden, alles zu vermeiden, daß irgend etwas so aufkäme, als würde hier etwas ausgenützt werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dazu, SPÖ.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Es hat wohl das meiste der Koll. Tilman gesagt. Grundsätzlich freut es mich, daß man die Wertigkeit und Aufgabenstellung der Koll. Feller-Höller in ihrer Aufgabenstellung als weisungsgebundene Beamtin, die logischerweise auch der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, die sie bis jetzt nachvollziehbar gehalten hat und in Zukunft auch immer halten wird, so darstellt. Es ist ja nicht unbedingt so selbstverständlich in diesem Haus und ich denke, daß man dem direkten Vorgesetzten, SR. Gottlieb Zimmermann, Präs.-Dir. Dr. Alphasamer und auch unseren MD Dr. Schmidl Glauben schenken kann, daß, wie du schon gesagt hast lieber Koll. Tilman, die Unvereinbarkeit hier nicht zum Tragen kommt, sondern daß die Aufgabenstellung, die Koll. Höller in ihrem Kontrollwesen hat, durchaus zum Wohle und zum Dienste der gesamten Bevölkerung dienen kann. Und hier bin ich überzeugt, daß keine wie auch immer geartete Diskrepanz entstehen wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Von der F noch eine Wortmeldung dazu gewünscht? Nicht der Fall. ÖVP?

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Meine Damen und Herren! Wir leben in der Demokratie und - ob Unbedenklichkeit oder nicht - die Frau Gemeinderätin ist in den Gemeinderat entsandt worden, sie ist Bedienstete am Magistrat und ich glaube sie weiß selber, was gut und was schlecht ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. GAL? Keine Wortmeldung. Ein Thema ist erledigt, wünscht noch jemand eines anzusprechen.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt und ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 19.22 UHR.